Internationales Institut für Liberale Politik Wien

SOZIALWISSENSCHAFTLICHE SCHRIFTENREIHE

Peter W. Schulze

Zwischeneuropa als Wirtschaftspartner der EU oder als dauerhafte Krisenregion: Ukraine, Belarus und Russland

Der Autor **2**

UKRAINE **3**
1. Die Amtsperiode Juschenko: eine vertane Chance 3
2. Das Glaubwürdigkeitsdilemma der Politik 6
3. Optionen des Entwicklungsweges? 8
4. Aufschwung, Krise und Volatilität der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung von 2000 bis 2012: Parallelen und Unterschiede zu Russland 11
5. Die außerwirtschaftlichen Beziehungen der Ukraine und die Unwägbarkeiten der russisch-ukrainischen Gasbeziehungen 19
6. Die Achillesferse der ukrainischen Wirtschaft: Importe und Transit russischen Gases 24
7. Multivektorenpolitik: die Ukraine zwischen der EU und Moskau 26
8. Allgemeine Schlussfolgerungen 31

BELARUS **33**
1. Die wirtschaftliche und sicherheitspolitische Relevanz von Belarus im Machtdreieck Moskau – und Brüssel 33
2. Die Lage von Belarus zwischen Moskau und der EU: Einstellungen der Bevölkerung zum Entwicklungsweg 37
3. Mögliche Szenarien der Entwicklung 38
Schlussfolgerung: EU und GUS 39

RUSSISCHE FÖDERATION **41**
1. Eurasische Union: Modell der Gegenintegration als Pax Russicana für den GUS-Raum? 41
2. Asymmetrische Wirtschaftsentwicklungen in Europa: Die Überwindung der Wirtschaftskrise 43
3. Russlands Wirtschaft: Prognosen für 2012 und 2013 48
4. Prognose, Ausblick und eine vorsichtige Wertung 58

Bisher erschienen **61**

Internationales Institut
Liberale Politik Wien

REIHE STUDIEN **WIEN, SEPTEMBER 2012**

Der Autor

PD. Dr. Peter W. Schulze

Geboren im Dezember 1942; Studium der Politischen Wissenschaft und Geschichte in Berlin, London und der Stanford University, CAL/USA von 1965 bis 1969; Diplom (1970), Promotion (1974), Habilitation (1985) in Politische Wissenschaften; erneute (Um)Habilitation in Göttingen 2003. Lehrtätigkeit an der FU Berlin, an amerikanischen Colleges und der UC Berkeley von 1970 bis 1987; langjährige Tätigkeiten als Leiter von Außenbüros des Forschungsinstitutes der Friedrich Ebert Stiftung in Berkeley, London und Moskau. Leiter des Büros der FES in Russland vom September 1992 bis 2003. Seit 2004 Honorarprofessor für Vergleichende Lehre unter besonderer Berücksichtigung osteuropäischer Transformationsprozesse am Institut für Politikwissenschaft der Georg August Universität Göttingen.

Zahlreiche Publikationen zur Außen- und Innenpolitik der Sowjetunion, zum Kalten Krieg, zur Transformation von Gesellschaften und zur Entwicklung des postsowjetischen Neuen Russlands.

Peter W. Schulze

Zwischeneuropa als Wirtschaftspartner der EU oder als Dauerhafte Krisenregion: Ukraine, Belarus und Russland

UKRAINE:

Ein Staat ohne Autorität, eine Gesellschaft ohne Konsens, eine Politik ohne Plan und Kompass

1. Die Amtsperiode Juschenko: eine vertane Chance?

Wie kein anderes Land Ost- oder Zwischeneuropas, also jenem Band von Ländern zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer, nämlich Belarus, die Ukraine und Moldawien, veranschaulicht die politische Entwicklung in der Ukraine eine Tragik, die primär vom innenpolitischen Kräftespiel der Machtgruppen verursacht und des Weiteren noch durch das Einwirken externer Einflüsse verschärft wurde. Paradoxerweise trat diese Entwicklung in einem Zeitabschnitt ab 2005 ein, als die ukrainische Wirtschaft sich von der langandauernden sozialistischen Depression zu erholen begann und auf Druck der EU und der USA ein radikaler Richtungswechsel hin zu pluralistischen und demokratischen Verhältnissen in der Politik einsetzte.

Ein auf Reformen bedachter und westlich orientierter Präsident, Viktor Juschenko, wurde in frei und fair abgehaltenen Wahlen gewählt und führte das Land bis zum Jahre 2010.

Auch heute, zwei Jahre nach seiner Niederlage in den Präsidentschaftswahlen 2010 fällt ein abschließendes Urteil über seine Amtsperiode wenig schmeichelhaft aus. Trotz wirtschaftlichen Aufschwunges und Linderung der sozialen und materiellen Nöte der Bevölkerung trugen Ziele und der subjektive Führungsstil Juschenkos zur politischen Polarisierung des Landes und letztlich zum Scheitern seiner Präsidentschaft bei. Es gelang nicht, die staatliche Autorität wieder herzustellen. Der Einfluss externer Machtgruppen aus der Oligarchie und aus den Regionen wurde weder zurückgedrängt noch die Einheit des Landes mit Symbolen einer identifizierbaren Identität vorangebracht.

Das ist umso erstaunlicher, weil sich seine Präsidentschaft anfangs auf die in der „orangenen Revolution“ hochmotivierten und mobilisierten Bevölkerungsschichten, vor allem auf die urbane Intelligenz und Jugend stützte. Nach den Wirren und Anschuldigungen gegen den früheren Präsidenten Kutschma verfügte Juschenko über einen hohen Grad an Legitimation. Die Opposition brauchte mehrere Jahre um sich zu formieren. Jedoch brach nach zwei Amtsjahren die gesellschaftliche Unterstützung weg.

Seinem Nachfolger Viktor Janukowitsch scheint ein ähnliches Schicksal zuteil zu werden. Denn dessen gesellschaftliche Akzeptanz fällt schon nach zwei Jahren im Amt ähnlich verheerend aus wie die Juschenkos im zweiten Abschnitt seiner Amtsperiode.

Blicken wir noch einmal zurück und versuchen die Ursachen für das Scheitern des politischen Projektes des „nation-building", des brüchigen Konsenses zwischen Herrschaft und Bevölkerung sowie der fehlgeschlagenen Restitution von Staatsautorität zu ergründen.

1. Von Anfang an erwies sich die an die Macht gespülte politische Opposition als unfähig, die Impulse der „orangenen Revolte" in ein stringentes, gar nachhaltiges Handlungskonzept zur Konsolidierung demokratischer Institutionen und zur Wohlfahrt der Gesellschaft umzusetzen. Schlimmer noch: Die Selbstzerstörung des ukrainischen Demokratieansatzes vollzog sich ohne Not.

2. Weder gab es eine externe Bedrohung, - Moskau war in flagranti der Wahlmanipulation überführt worden und suchte sein Heil in Schadensbegrenzung, fiel also als Störfaktor aus - noch vermochten Kräfte der Opposition eine separatistische Karte auszuspielen oder frontal gegen den nun einsetzenden Reformkurs zu halten. Extern drohten kaum Gefahren, weil die Integrations- oder besser Kooperationsanstrengungen Moskaus, die Ukraine in einen „Einheitlichen Wirtschaftsraum" einzubeziehen, 2005 scheiterten und sich die ukrainische Politik vorbehaltlos auf die Europäische Union und auf die NATO ausrichtete.

3. Erstmals schien das Grundprinzip der 2002 verkündeten Sicherheitsdoktrin der EU aufzugehen, nämlich die EU mit einem Kranz von freundlichen Staaten zu umgeben, denen zwar keine automatische Beitrittsperspektive im Rahmen der verkündeten europäischen Nachbarschaftspolitik angeboten wurde, aber immerhin alle bis dato verfügbaren Privilegien zuteilwerden konnten, an den Programmen der EU zu partizipieren.

4. Inwieweit die Aufkündigung des multivektoralen Ansatzes, der bislang für die ukrainische Außenorientierung galt, aber unter Juschenko durch eine bedingungslose Westorientierung ersetzt wurde, zur Polarisierung der Gesellschaft und damit auch zur Destabilisierung des politischen Systems beitrug, kann nicht abschließend beantwortet werden. Zweifelsohne agierten in dieser Perspektive hintergründig die USA. Sie brachten u.a. durch ihre NGOs die politische Führung auf Westkurs, d.h. auf Kurs in die NATO[1].

[1] Die amerikanische Ukraine Politik war seither von den Vorstellungen des Geopolitikers Zbigniew Brezinski geprägt, der klar formulierte, dass sich die Ukraine niemals mit Russland mehr vereinigen dürfte. Denn die Westorientierung der Ukraine würde unweigerlich, so Brezinski, jedweden Großmachtanspruch Moskaus

Während eine EU- Option von der Mehrheit der Bevölkerung unterstützt oder wenigstens nicht ablehnend bedacht wurde, stieß die pro-NATO-Politik Juschenkos auf heftigsten Widertand. Die damit einhergehenden anti-russischen Polemiken taten ein Übriges zur Destabilisierung der Herrschaftsgruppen und griffen auf das gesamte Land über. Das Gespenst separatistischer Abspaltungen ging um oder wurde geschürt.

5. Der Kurs auf die NATO und damit die dritte Welle ihrer Ostexpansion wurde durch den Georgisch-Russischen Krieg 2008 gestoppt. Damit zerschellte am Zusammenwirken von externen Faktoren und der rasanten Polarisierung von innenpolitischen Kräften jener Zukunftsentwurf des „Grand Chessboard" von Zbigniew Brezinski. Der US-amerikanische Einfluss auf die ukrainische Politik nahm ab.

6. 2008 war aber nicht nur das Schicksalsjahr für die NATO-Osterweiterung. Die seit Herbst 2008 anbrechende Finanz- und Wirtschaftskrise erfasste auch die Ukraine und wirkte sich abträglich in den Beziehungen zur EU aus. Die EU sah sich aufgrund eigener Probleme nicht mehr in der Lage dem Land mehr als eine vertiefte und breite Kooperationsperspektive anzubieten. Die Westorientierung Juschenkos blieb ohne greifbaren Erfolg, was die Legitimation der Führung entscheidend unterminierte.

7. Innenpolitisch verspielte Juschenko jegliche Chance aus der amorphen aber mobilen und hochmotivierten Protestbewegung eine Regierungspartei zu formen, die den Reformprozess hätte tragen und weiterführen können. Im Gegenteil: das politische System zeigte Anzeichen byzantinischer Cliquenwirtschaft, war unfähig zum Kompromiss und verkam in einem heillosen Kampf aller gegen alle. Weder wurde die Macht der Oligarchie gebrochen noch kulturelle und regionale Animositäten behoben und somit kein Versuch unternommen, die sozial-ökonomischen Differenzen zwischen den Landesteilen abzumildern Am Ende überwog die Selbstdemontage der Herrschaft. Schlimmer jedoch war die Diskreditierung demokratischer Reformen.

Diese Entwicklung ist umso tragischer, weil die Amtszeit Juschenkos zusammenfiel mit einer langen Wachstumsphase der ukrainischen Wirtschaft, die bis 2008 anhielt und in der die Inflation unter Kontrolle gebracht werden konnte, sich imposante Wachstumsraten des BIP zeigten, Löhne real anstiegen und der Staat über den Zufluss von Revenuen gestalterische Aufgaben übernehmen konnte, zu denen er erstmals seit dem Untergang der Sowjetunion in der Lage war.

---

vereiteln und demzufolge Moskau in die eurasische Weite abdriften lassen. Siehe dazu: Peter W. Schulze, Die wirtschaftliche und energiepolitische Position der Ukraine zwischen der EU und Russland, in: Erich Reiter (Hg.) Entwicklungstendenzen in Osteuropa-Mit Schwerpunkt Ukraine, Wien/Köln etc. 2011, S. 53ff; Zbigniew Brezinski, The Grand Chessboard. American Primacy and it's Geostrategic Imperatives, New York 1997, S. 113.

Das Unvermögen der Reformer um Juschenko wog umso schwerer, weil anders als beispielsweise in den 1990er Jahren der Jelzin-Ära in Russland, keine objektiven, sozioökonomischen Begründungen für das politische Versagen angegeben werden konnten. Im Russland Jelzins oder in der Ukraine Kutschmas der 1990er Jahre konnten Staatsversagen und das Stocken der demokratischen Transformation noch mit widrigen ökonomischen Faktoren und dem ablehnend-hilflosen Mangel an Unterstützung durch die EU und USA bemäntelt werden. Auf solche Ausflüchte konnte die politische Führung unter Juschenko nicht rekurrieren.

Chancen wurden nicht genutzt und anders als im Putinschen Russland[2], das vom Beginn des neuen Millenniums eine ähnliche ökonomische Wachstumsperiode wie die Ukraine bis 2008 durchlief und in der sowohl die staatliche Autorität rekonstituiert, die Gesellschaft konsolidiert und der Staat erfolgreich gegen verselbständigte Machtgruppen aus der Jelzin-Ära der 1990er Jahre vorgehen konnte, verstrickte sich die ukrainische Politik in einem heillosen Machtkampf zwischen Regierung, Präsident und Parlament. Selten wurden diese Auseinandersetzungen programmatisch oder inhaltlich geführt. Subjektive Motive und partikulare Eigeninteressen überwogen und verstellten jegliche Orientierung an die Wohlfahrt der Gesellschaft. Im Gegensatz zur russischen Entwicklung kam es weder zur Rekonstitution staatlicher Autorität noch zur Bildung von sozial und programmatisch verorteten Parteien oder Organisationen der Interessenartikulation gesellschaftlicher Gruppen. Die amorphe, zivilgesellschaftliche Protestbewegung zerfiel nach 2005 und/oder flüchtete in die innere Immigration

2. Das Glaubwürdigkeitsdilemma der Politik

Eine Expertenumfrage zum ukrainischen Parteiensystem vom Mai 2010 kommt demzufolge auch zum Schluss, dass politische Reformen kaum etwas bewirkten. Die Mehrheit der befragten Experten (70%) bezweifelt, dass beispielsweise durch die Einführung des Mehrparteiensystems das politische System gestärkt wurde. Eher trat das Gegenteil ein: Stagnation. Lediglich 8% bewerteten diese Entwicklung im Parteienwesen als Fortschritt. Noch verheerender fällt das Urteil aus, wenn 90% jener Experten meinen, dass die bestehenden Parteien in erster Linie die Interessen der Finanz- und Wirtschaftskreise vertreten[3].

Deshalb verwundert es kaum, dass von Anbeginn des Millenniums 2001 bis 2011 das Misstrauen der Bevölkerung gegenüber den ukrainischen Parteien um die 40% oszillierte[4]. Nicht damit

---

[2] Siehe dazu: Peter W. Schulze, Genesis und Perspektiven des politischen Systems in Russland, in: Gernot Erler/Peter W. Schulze (Hg.) Die Europäisierung Russlands. Moskau zwischen Modernisierungspartnerschaft und großmachtrolle, Frankfurt 2012, S. 49ff.

[3] Ukraine-Analysen Nr. 102, 27.03.2010, S.8.

[4] Ukraine-Analysen Nr. 102, 27.03.2010, S.6.

genug: über 60% der Befragten sahen keinen programmatischen Unterschied und weitere 20% erkannten „kaum“ einen Unterschied zwischen den Parteipositionen. Denen wird rundheraus abgesprochen, dass sie eine Vorstellung davon hätten, den Staat zu führen oder die Interessen der Bürger zu schützen. Ein hohes Maß an Korruption (75%), Geringschätzung der eigenen Bevölkerung (75%), mangelnde Unabhängigkeit der Gerichte (70%) sind demzufolge auch die Hauptvorwürfe gegen das politische System. Das durchgängig negative Urteil fällt besonders vor der Projektionsfläche ins Gewicht, dass die befragten Bürger weder den Mangel an einer freien Presse, noch deren Kontrolle oder einen beschränkten Zugang zu Informationen bemängeln. Außerdem sieht faktisch niemand die Demokratie in der Ukraine bedroht (0%)[5]!! Das Übel musste also bei den politischen Herrschaftscliquen verortet werden.

Infolgedessen verloren Regierung, Parteien und der Präsident an politischer Glaubwürdigkeit, zogen sich die gesellschaftlich engagierten Bürgerinitiativen angewidert vom Erscheinungsbild der politischen Führungen aus der Politik zurück. Politisch wies die Ukraine Züge eines „failed States“ auf und entsprechend votierte in den Präsidentschaftswahlen 2010 die Wählerschaft gegen den Amtsinhaber Juschenko. Weil über 36,8 % der Bevölkerung in Umfragen sogar die Existenz einer verantwortungsvollen Staatsmacht in der Ukraine bezweifelten und mehr als ein Drittel der Befragten in einer Umfrage aus dem Jahr 2008 das Krisenmanagement der Staatsmacht negativ einschätzten[6] und nur knappe 2,6% der Befragten überhaupt etwas Positives am Wirken der Staatsmacht sahen, war der Ausgang der Präsidentschaftswahlen 2010 eigentlich vorgezeichnet.

Viktor Janukowitsch, noch 2004 mit Wahlbetrug stigmatisiert, konnte angesichts einer solchen Stimmung unter den Wählern die Wahlen 2010 auch gegen die einzig noch verbliebene und akzeptierte politische Oppositionskraft aus dem Reformlager, Julia Timoschenko, gewinnen.

Aber wie schon eingangs bemerkt, scheint Janukowitsch ein ähnliches Schicksal zu erleiden wie sein Amtsvorgänger. Schenkt man derzeitigen Umfragen Glauben, so ergibt sich ein erschreckendes Bild.

Weder der Präsident oder die Regierung noch das Parlament können heute auf eine breite und gefestigte Unterstützung und Anerkennung durch die Bürger zählen.

Die vorbehaltlose Zustimmung für Janukowitsch belief sich 2010 auf knapp 40% und fiel seither bis zum Ende 2011 auf unter 10%. Entsprechend wuchs das Misstrauen von unter 30% auf über 60%. Die Einstellungen zur Regierung wichen von dieser Kurve kaum ab. Auch die Unterstützung für die Arbeit des Parlamentes bewegte sich seit Beginn des Millenniums

[5] Ukraine-Analysen, Nr. 102, 27.03.2012, S.10

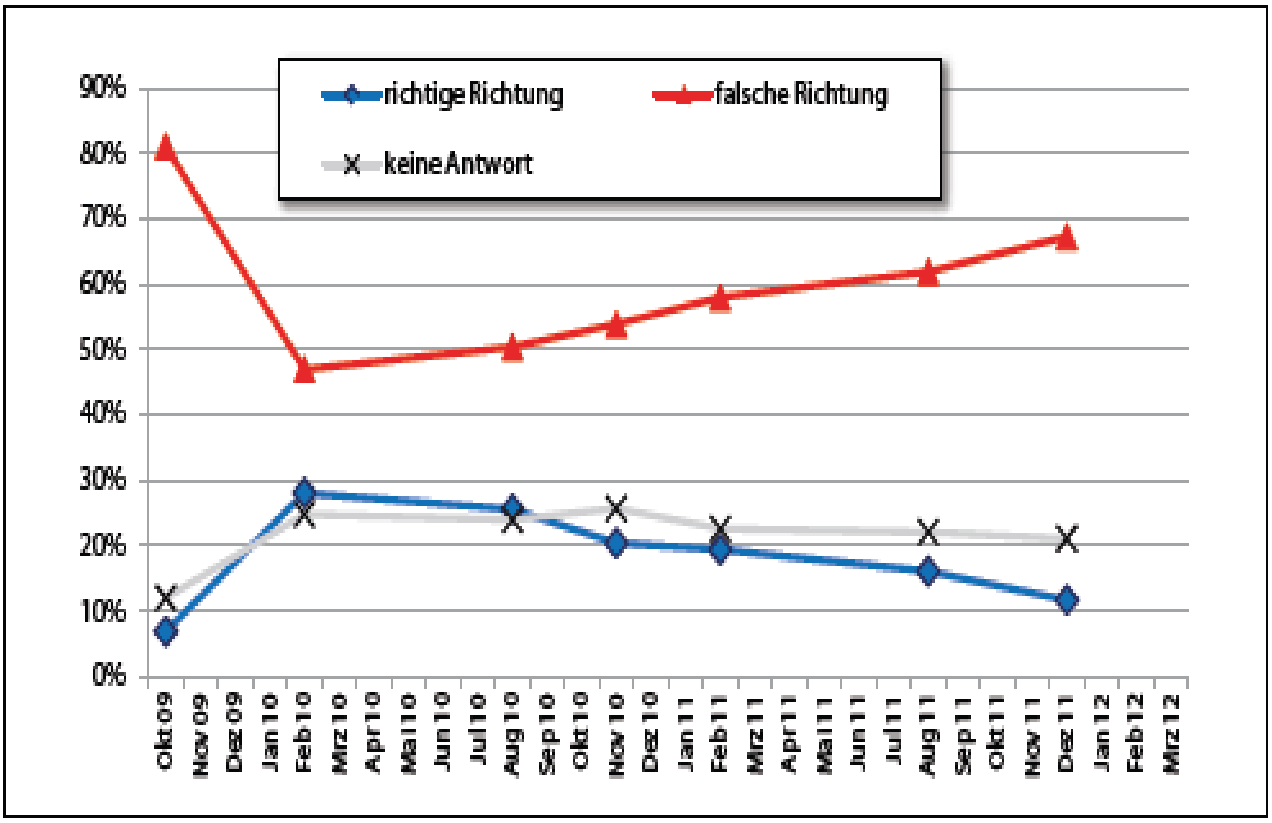
[6] Ukraine-Analysen, Nr. 46, 28.10.2008, S.15.

unverändert um die 10% Marke. Die negative Einschätzung der Parlamentsarbeit schwankte während dieser Zeitspanne ungebrochen bis 2004 um die 50%, um dann in der Phase der „orangenen Revolte“ auf 20% zurückzufallen. Seitdem nahm die abträgliche Einschätzung des Parlamentes in den Augen der Bevölkerung stetig zu und erreichte im Oktober 2011 ihren vorläufigen Höhepunkt mit knapp 70%[7]. Mit Ausnahme der „orangenen“ Zwischenphase widerspiegelt diese Entwicklung auch Tendenzen im politischen System Russland. Auch dort stehen Parlament und Parteien auf der unteren Rangordnung gesellschaftlicher Anerkennung und den zerstrittenen Oppositionsparteien wird kaum Beachtung zuteil.

3. Optionen des Entwicklungsweges?

Fehlende Akzeptanz und wachsender Legitimationsverlust von Regierung und Präsidentschaft Janukowitsch ließen kaum Erwartungen aufkommen, dass sich die Ukraine auf einen richtigen Entwicklungsweg befindet.

Richtiger oder falscher Entwicklungsweg des Landes?



Quelle: repräsentative Umfragen des Razumkow-Zentrums, http://www.razumkov.org.ua/eng/poll.php?poll_Id=66

Quelle: Ukraine-Analysen, Nr. 101, 13.03.2012, S.14.

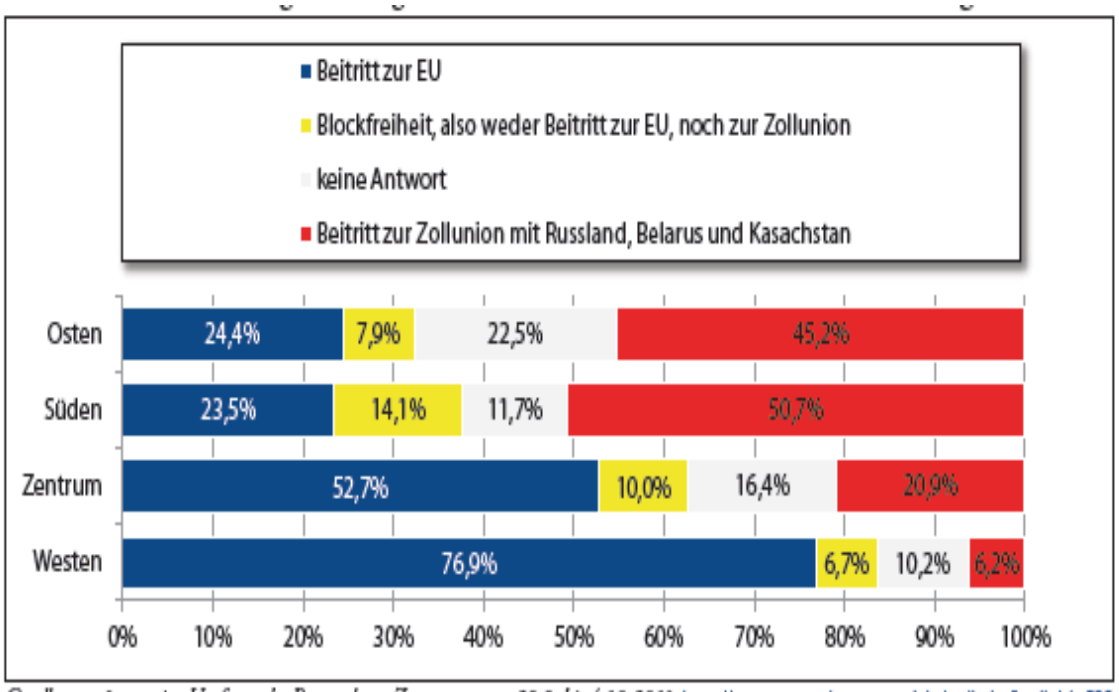
[7] Ukraine-Analysen, Nr. 101, 13.03.2012, S.13.

Nur knapp 10% der Bevölkerung wähnte Ende 2011, dass sich die Ukraine in die richtige Richtung bewege. Nahezu 70% der Befragten sind hingegen vom Gegenteil überzeugt. Diese Einschätzung reflektiert nicht nur die innenpolitische Stimmungslage und die Enttäuschung über die Wirtschaftspolitik der politischen Führung. Darin widerspiegelt sich auch die außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitische Spannungslage der Ukraine. Zu schwach als Staat und wirtschaftlicher Akteur ihre Eigenständigkeit gegen äußeren Druck zu behaupten, ist sie faktisch ***zum geopolitischen Streitobjekt zwischen Moskau und Brüssel*** geworden.

Gegen Ende 2011 wurde in einer Umfrage dieser Thematik nachgegangen und nach dem möglichen Entwicklungsweg der Ukraine gefragt. Obendrein sollten die Beziehungen zwischen Kiew und Moskau eingeschätzt und die Frage erörtert werden, ob sich die ukrainische Bevölkerung eine Positionierung gegen Moskau und den völligen Bruch mit Moskau vorstellen könnte. Aufgrund der spezifisch-regionalen Besonderheiten des Landes, die sich sowohl wirtschaftlich wie ethnisch-national und demzufolge auch politisch manifestieren, trafen voraussagbare Beurteilungen ein

Der Beitritt zur EU war erwartungsgemäß am wenigsten im „pro-russischen" Ostteil des Landes ausgeprägt (24,4%). Ein ähnliches Ergebnis erbrachte der Süden, die Krim und die Schwarzmeerregion. Hingegen votierten über 52% der Befragten im Kiewer Zentrum und überwältigende 76,9% im Westteil des Landes für einen EU-Beitritt.

Welchen Weg der Integration soll die Ukraine beschreiten- nach Regionen?



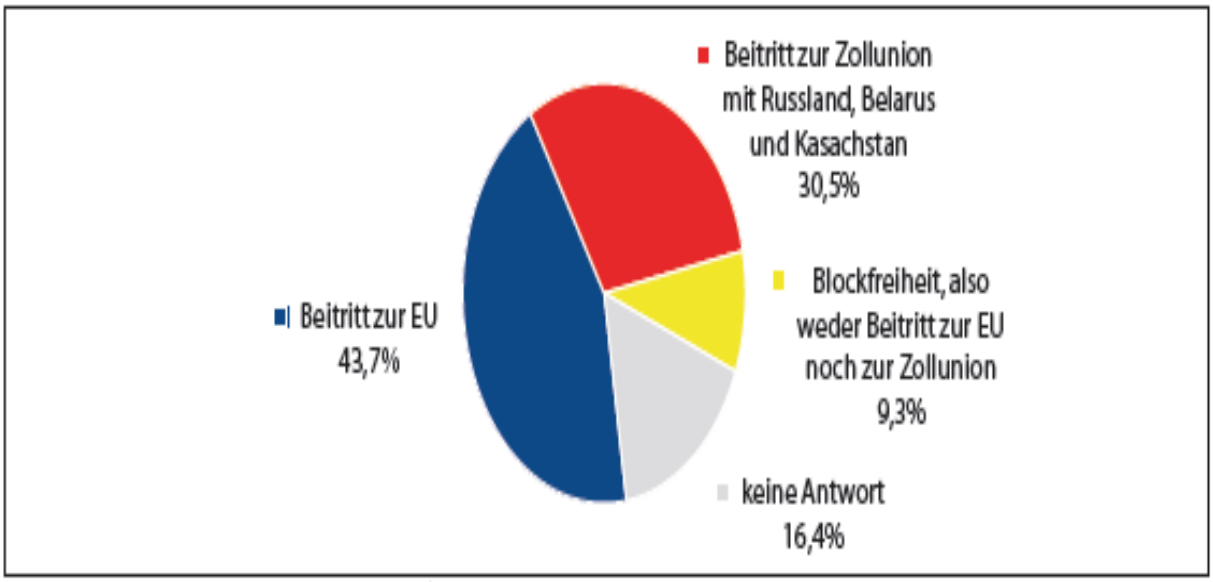
Quelle: repräsentative Umfrage des Razumkow-Zentrums vom 29.9. bis 4.10.2011, http://www.razumkov.org.ua/ukr/poll.php?poll_id=599

Quelle: Ukraine-Analysen, Nr. 98, 13.12. 2011, S.6.

Entsprechend fiel die Orientierung zur Zollunion mit Belarus, Russland und Kasachstan aus. In der westlichen Ukraine und in der Region um Kiew stimmten einer solchen Option nur zwischen 6% und 20% der Befragten zu. Als völlig abwegig wurde von allen Landesteilen jedoch ein eigenständiger Entwicklungsweg oder eine neutrale Positionierung angesehen.

In diesen Äußerungen schwingt die Einsicht mit, dass erstens eine Multivektoren- oder Schaukelpolitik langfristig nicht durchhaltbar ist und zweitens die Ukraine selbst zu schwach sei, einen eigenständigen Entwicklungsweg zu beschreiten.

Integrationsoptionen der Ukraine



Quelle: repräsentative Umfrage des Razumkow-Zentrums vom 29.9. bis 4.10.2011, http://www.razumkov.org.ua/ukr/poll.php?poll_id=599

Quelle: Ukraine-Analysen, Nr. 98, 13.12. 2011, S.5.

Gegenwärtig zeichnet sich eine Art innenpolitische Pattsituation ab, denn keine der beiden auf externe geopolitische Akteure zielenden Orientierungen ist politisch mehrheitsfähig und damit durchsetzbar. Es sei denn, dass sich im Lande selbst gesellschaftspolitische Umwälzungen ereignen oder die Systemkonkurrenz zwischen Brüssel und Moskau in eine andere Qualität umschlagen würde. Jedoch würden dann die Karten neu gemischt.

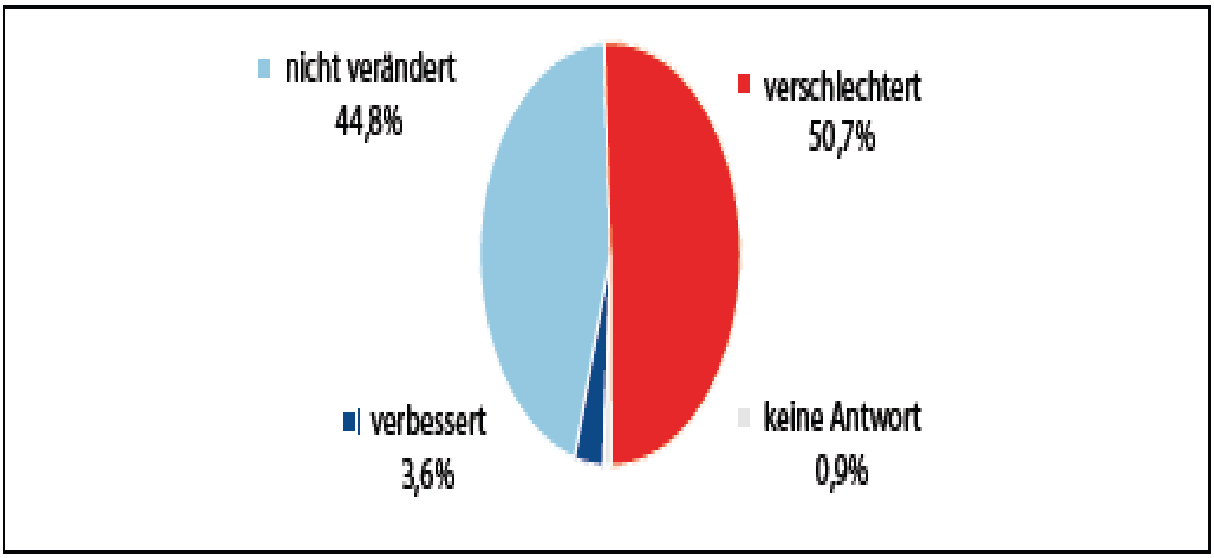
Denn trotz der regionalen Präferenzen für den einen oder anderen externen Kooperations-/Integrationspartner überwiegt in der ukrainischen Gesellschaft der von der Mehrheit getragene Wunsch, dass die Ukraine und Russland zwar unabhängig voneinander ihren Weg gehen sollten, aber freundschaftlich miteinander verbunden bleiben. Diese Meinung wird mehrheitlich (ca.70%) durchgängig vom Westen bis zum Osten und Süden der Ukraine geteilt[8].

4. Aufschwung, Krise und Volatilität der wirtschaftlichen Entwicklung von 2000-bis 2012: Parallelen und Unterschiede zu Russland

Von 2000 bis 2008 erzielten Russland und die Ukraine phänomenale Wachstumsraten des BIP, die real über 7% und um ein Vielfaches über den EU-27-Durchschnitt lagen. Motor der wirtschaftlichen Entwicklung waren im Falle der Ukraine vornehmlich Metallexporte und die Zunahme der industriellen Produktion. Das russische Wirtschaftswachstum wurde durch die immens gestiegene Nachfrage von Energieträgern und Rohstoffen getragen.

Allerdings verlief im Unterschied zur Russischen Föderation die wirtschaftliche Entwicklung der Ukraine ungleichmäßiger. So wies das BIP in besagtem Zeitraum starke Schwankungen auf, die durch Veränderungen bei der Nachfrage aus den asiatischen Wachstumsregionen und durch die sehr enge Exportstruktur ukrainischer Waren hervorgerufen wurden. Immerhin führte die positive Wirtschaftsentwicklung zu einer Verbesserung der sozialen Lage der Menschen. Die Inflationsrate sank von 2005 bis 2006 auf unter 10%, um dann wieder bis 2008 auf über 25% hochzuschnellen. Hingegen gab es einen kontinuierlichen Anstieg der Durchschnittslöhne, der selbst durch die Finanzkrise nicht unterbrochen wurde[9]. In der Finanzkrise fluktuierte ab 2008 die Arbeitslosenquote zwischen 7,4 und 8,1%. Die sozialen Sicherungssysteme funktionierten einigermaßen und wie in Russland bildete sich auch in der Ukraine eine, wenn auch kleinere, Mittelschicht heraus.

Veränderung der sozialmateriellen Lage in den letzten 12 Monaten (Oktober 2011)



Quelle: repräsentative Umfrage des Ukrainischen Demokratiezentrums vom 1. bis 7.10.2011, http://polityka.in.ua/info/561.htm

Quelle: Ukraine-Analysen, Nr. 99, 24.01.2012, S.15.

Bemerkenswert erscheint, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise nicht drastisch durchschlug und sich im Bewusstsein der Bevölkerung als Krise festsetzte. Denn immerhin bekundeten fast 45% der Bevölkerung, dass sich ihre materielle Lage nicht verschlechtert habe, jedoch wuchs eine sozial motivierte Unzufriedenheit ab 2010. Unabhängig von der regionalen Lage, beklagten die Befragten eine Verschlechterung ihrer materiellen Lage (über 50%) und hier vor allem den

[8] Ukraine-Analysen, Nr. 98, 13.12. 2011, S.6.

Anstieg der Inflation. Anders als in Russland wurde die politische Führung der Ukraine für die Verschlechterung der Lebenslagen und für die steigende Inflation verantwortlich gemacht[10].

Bei dieser Kritik manifestiert sich ein fundamentaler Unterschied zur russischen Entwicklung in den Krisenjahren ab 2008. Folgt man den Umfragen des unabhängigen Lewada- Instituts aus Moskau, so schwankte die Bewertung der beiden Präsidenten Putin und Medwedew zwischen 2000 und Juni 2011 konstant um die 70%. Mit der Amtsübergabe an Medwedew stieg dessen Rating rapide und schnell an, so dass sich Juni 2011 nahezu ein Gleichstand zwischen Putin und Medwedew ergab[11]. Auffällig positiv sind die Bewertungen von Präsident, Premierminister und Regierung während der Wirtschaftskrise 2008 bis 2010. Für die russische Regierung schwanken sie in diesem Zeitraum zwischen 50 und 60%. Vertrauensbekundungen zu Medwedew und Putin rangierten im Bereich um 40%, während ihre Tätigkeit während der Krisenzeit nur von ca. 20% der Befragten eher negativ eingeschätzt wird. Die Zustimmungsraten liegen über 70%[12]. Die Differenz zum Vertrauensverlust der ukrainischen Führung ist immens.

Betrachtet man die Entwicklung des ukrainischen BIP, so weisen die teils heftigen Ausschläge auf der Wachstumskurve auf Faktoren, die jenseits von Einwirkungsmöglichkeiten der ukrainischen Politik und Wirtschaft liegen, nämlich auf die hohe Abhängigkeit der ukrainischen Exporte von Nachfragefaktoren und Preisfluktuationen auf dem Weltmarkt[13]. So stieg das reale BIP von 5,9% im Jahre 2000 auf 9,2% im Jahre 2001, um im nächsten Jahr wiederum auf 5,2% zu fallen und dann bis 2004 erneut auf 12,1 % zu klettern. Danach erfolgte wiederum ein Absturz auf 2,7% im Jahre 2005. Dem folgte erneut eine Phase des Wiederaufschwungs, die bis 2007 anhielt. Im letzten Quartal 2007 stürzte das BIP auf 2,1% ab. Die Finanzkrise hatte die ukrainische Wirtschaft voll getroffen[14]. Erst 2010 erholte sich die Wirtschaft wieder und das BIP zeigte eine positive Wende.

Zwar besteht eine solche Dependenz von Preisbewegungen auf den internationalen Märkten auch für russische Wirtschaft, die mit ihrer Lastigkeit auf Energie – und Rohstoffexporten ebenfalls hochgradig von externen Faktoren abhängig ist, aber im Unterschied zur Ukraine ist die russische Wirtschaft sektoral breiter aufgefächert und verfügt über eine kaufkräftige Binnennachfrage.

---

[9] Ukraine-Analysen, Nr. 93, 28.06.2011, S.13.

[10] Ebenda, S.15.

[11] RusslandAnalysen, Nr. 224, 15.07.2011 Grafiken 27 und 28, S.28.

[12] RusslandAnalysen, Nr. 224, 15.07.2011 Grafiken 27 und 28, S.28.

[13] Ausgelöst durch externe Effekte schwankten in der Ukraine die Wachstumsraten des BIP im Zeitraum 2000 bis 2008 zwischen 2% und 12%

[14] Siehe dazu die Graphiken in : Ukraine-Analysen Nr.50, 27.01.2008, S.27.

Vergleichen wir diese sprunghaften Ausschläge mit der russischen Wirtschaftsentwicklung, so ergibt sich für Russland ein gleichförmiges, stetes Anwachsen des BIP im Verlauf der Wachstumsphase 2000 bis 2008. Auch in den Krisenjahren 2008 bis 2010 war der russische Absturz zwar beträchtlich, aber weniger dramatisch. Das russische BIP ging etappenweise von 8,5% im Jahre 2007 auf 5,2% im darauffolgenden Jahr zurück, um schließlich im Krisenjahr 2009 auf minus 7,9% zu fallen. Aber schon im folgenden Jahr 2010 wurde wieder ein Wachstum von 4,2% erzielt. Dennoch waren die Einbrüche bei der Industrieproduktion beträchtlich. Auch die Investitionen gingen 2009 enorm zurück. Aufgefangen wurde die Krise durch die immensen Exportüberschüsse in der Handelsbilanz. Bedenkt man die Haupthandelsländer Russlands, so bereitete der Rückgang der Importe für einige Länder der EU-27 erhebliche Probleme.

Die russische Wirtschaft konnte erstaunlich schnell von den Folgen der Krise erholen und begab sich ab 2009 wieder auf Wachstumskurs.

Makroökonomische Indikatoren Russland 2007 bis 2012 (Prognose)

	2007	**2008**	**2009**	**2010**	**2011**	**2012 (progn.)**
GDP, % Veränderung	8,5	5,2	-7,8	4,3	4,3	4,9
Industrielle Produktion, % Veränderung	6,8	0,6	-9,3	8,2	4,7	3,4
Investitionen, % Veränderung	22,7	9,9	-15,7	6,0	8,3	13.8
Externe Verschuldung, Mrd. USD	35,8	28,2	29,5	32,2	32,1	33,6
Exporte, Mrd. USD	355,2	471,8	304,0	427,8	522	179,8
Importe Mrd. USD	223,1	292	191,9	260	323.2	100,2
Inflation, 12 Monate, %	11,9	13,3	9,8	8,8	6,1	3,6
Durchschnittlicher Lohn, Euro	388	475	422	520	580	660

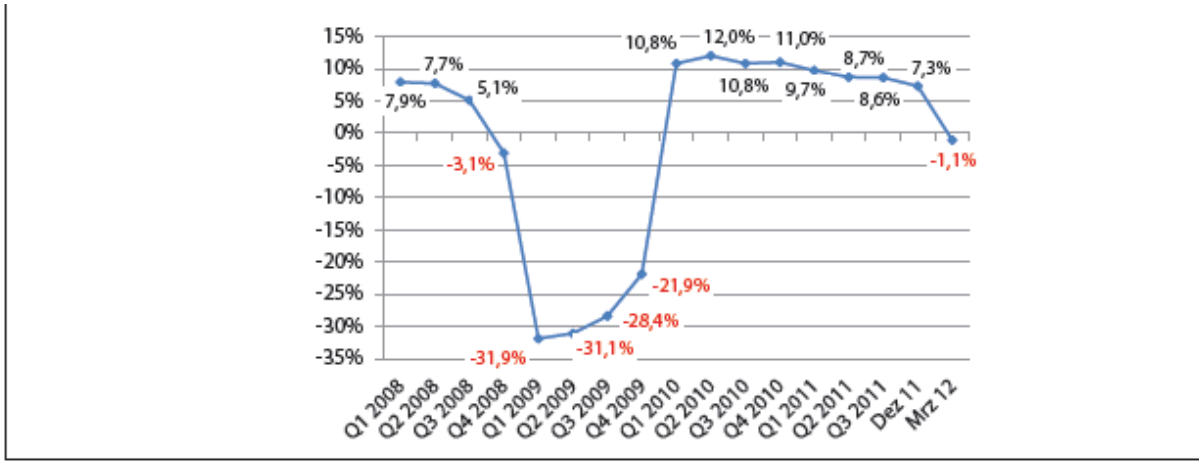
Quelle: Bank of Finland, BOFIT, Russia Statistics (18.Juni 2012); http://www.suomenpankki.fi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/Pages/default.aspx

RusslandAnalysen, Nr. 234, 24.02.2012, S.8.

In der Ukraine führte die üppige Kreditaufnahme auf internationalen Kapitalmärkten, steigende Inflationsraten aufgrund ungebremster Binnennachfrage, die durch Lohnsteigerungen und private Verschuldungen ausgelöst wurde, bereits 2007 zu kritischen Prognosen für den weiteren Wirtschaftsablauf. Vorboten der Finanz- und Wirtschaftskrise zeigten sich in der Ukraine ab dem viertem Quartal 2007. Der rapide Absturz und die einseitige Exportausrichtung sowie die enge Palette an Exportgütern, in erster Linie Metallprodukte, verunmöglichten eine „weiche Landung". Die Industrieproduktion brach mit minus 30% weg. Der Rückgang des BIP war mit minus 15% am dramatischsten von allen GUS-Ländern. Nur in den Baltischen Staaten stützte das BIP noch tiefer. Erst im ersten Quartal 2010 erfolgte eine leichte Erholung und die Produktion stieg erneut auf plus 10,8% an.

Dank der gestiegenen Nachfrage aus dem asiatisch-pazifischen Raum, insbesondere aus China nach Metallerzeugnissen schwankte zwischen dem ersten Quartal 2010 und zweiten Quartal 2011 die Industrieproduktion zwischen 12,0% und 8,6%. Aber bereits im dritten Quartal 2011 schwächte sich die Nachfrage erneut ab und die Industrieproduktion ging erheblich zurück, um im ersten Quartal 2012 einen Minuswert von 1,1 % zu erreichen.

Industrieproduktion im Vergleich zum Vorjahresquartal (2012 zu 2011)



Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor.

Quelle: Ukraine-Analysen. Nr. 104, 22.05.2012, S.14.

Dennoch schien sich die ukrainische Wirtschaft aufgrund externer Wachstumseffekte, die sich positiv bis zum vierten Quartal 2011 auswirkten, zu erholen. Es kam zum Anstieg des BIP und auch für 2012 wird mit einer durchschnittlichen BIP Wachstumsrate von ca. 2,5 % gerechnet.

Im Vergleich zum ökonomisch-depressiven EU-Wirtschaftsraum mit geschätzten ca. minus 0,5% steht die ukrainische Wirtschaft somit noch strahlend da. Im internationalen Vergleich rangiert

sie knapp hinter Polen (2,6%) und vor Südafrika (2,3%). Die USA und Deutschland liegen noch dahinter. Selbst Russland wird Mühe haben den mutlmaßichen Zuwachs am BIP von 3,5 % zu realisieren[15].

Im Zuge der wirtschaftlichen Stabilisierung wuchs mit steigender Binnennachfrage das Interesse ausländischer Anleger. **Auslandsinvestitionen** stiegen ab 2003 moderat aber kontinuierlich. Gleichermaßen nutzen ukrainische Großkonzerne die relativ günstigen Bedingungen auf den internationalen Kapitalmärkten, um sich Kapital für die Modernisierung ihrer Produktion zu verschaffen. Hier ähneln sich die Situationen in Russland und der Ukraine. In beiden Ländern vergeben die heimischen Banken nur mittel- bzw. kurzfristige Kredite und das binnenländische Zinsniveau liegt beträchtlich über den üblichen internationalen Margen.

Im Vergleich zur Russischen Föderation sind die Kapitalzuflüsse für Direktinvestitionen jedoch bescheiden. Laut Rosstat flossen bis zum ersten Halbjahr 2011 ca. 124 Mrd USD an Direktinvestitionen nach Russland. Der Zustrom unterliegt erheblichen Schwankungen, aber selbst in den zurückliegenden Krisenjahren schwankten die Zuflüsse zwischen sieben und dreizehn Mrd. USD jährlich[16].

Dagegen beliefen sich die kumulierten Direktinvestitionen in der Ukraine zum Jahresbeginn 2012 insgesamt auf ca. 49,4 Mrd. USD. Im europäischen Vergleich rangiert die Ukraine damit auf einen der hinteren Plätze[17]. Ähnlich wie in Russland dominieren unter den Herkunftsländern der Kapitalzuflüsse Zypern mit 25,6 % (2011) und Deutschland mit 15,0%. Russische Direktinvestitionen beliefen sich auf ca. 7,3 %. Sie lagen noch unter denen der Niederlande mit 9,8% und nicht weit vor Investitionen aus Österreich mit 6,9 %. Bemerkenswert ist, dass sich das hohe politische Interesse Washingtons an der Ukraine nicht in den Investitionsvolumina amerikanischer Konzerne abbildet.

Die Investitionen gingen zu 33% (2011) in den Finanzsektor und zu 26,5% in die verarbeitende Industrie[18].

Bedeutend negativer fällt das Bild aus, wenn die Entwicklung der ukrainischen Direktinvestitionen selbst betrachtet wird. Sie fielen im Jahre 2008 um 2,6 % und gingen im Krisenjahr 2009 um 41,5% zurück. 2010 fielen sie erneut um ca. 2%. In der Russischen Föderation beliefen sich trotz wirtschaftlicher Flaute die Brutto-Anlageinvestitionen 2010 auf über 21%.

---

[15] Ukraine-Analysen, Nr. 104, 22.05.2012, S.14.

[16] Germany Trade& Invest, Wirtschaftsdaten kompakt: Russische Föderation, Stand November 2011, ¾.

[17] German Trade& Invest, Wirtschaftstrends Ukraine. Jahreswechsel 2010/2011, S.7. : www.gtai.de.

[18] Angaben nach : Germany Trade & Invest, Wirtschaftsdaten kompakt: Ukraine, Mai 2012, 2/4

Während die private Verschuldung ukrainischer Konzerne auf den internationalen Märkten seit 2005 stetig wuchs, verharrte die **Außenverschuldung des Staates** auf relativ niedrigem Niveau. Der ukrainische Staat war seit dem Finanzcrash von 1998 vom internationalen Kapitalmarkt nahezu ausgeschlossen. Zahlen für die öffentliche Verschuldung liegen verlässlich für 2009 vor. Die Außenverschuldung des Staates betrug demnach ca. 23 Mrd. USD und die Innenverschuldung 12 Mrd. USD. Insgesamt also ca. 35 Mrd. USD an öffentlichen Schulden.

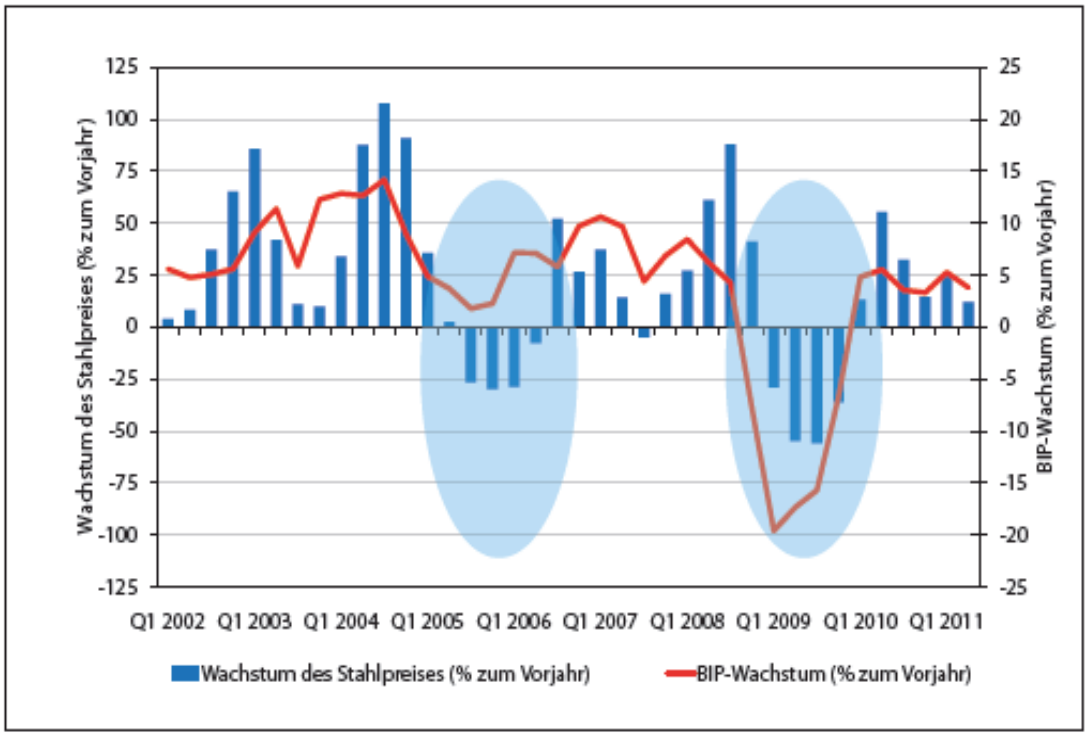
Hingegen ging die Verschuldung von Banken und Industrieunternehmen steil nach oben. Nach Schätzungen belief sich die private Auslandsverschuldung 2010 auf ca. 75 Mrd. USD[19]. Die Brutto-Auslandsverschuldung insgesamt wuchs ständig und betrug 2012 ca.126, 2 Mrd. USD. Im Vergleich dazu, aber auch im Vergleich zu anderen BRIC-Staaten und Schellenländern lag die russische Staatsverschuldung auf extrem niedrigem Niveau. Sie betrug 2010 ca. 10% des BIP und würde nach Schätzungen geringfügig über 10% im Jahre 2013 liegen[20].

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich die ukrainische Wirtschaft nicht aus ihrer extrem vulnerablen Abhängigkeit von Metallprodukten als Hauptexportgut hat lösen können. Außerdem hat die Wirtschaft in den zurückliegenden „fetten" Wachstumsjahren von 2000 bis 2008 weder begonnen sich zu diversifizieren noch gezielt Erneuerungsinvestitionen in der Produktion einzuleiten oder die Produktpaletten zu erweitern.

[19] Siehe dazu: Kateryna Malyhina In der Schuldengrube ,in: Ukraine-Analysen 66, 18.12. 2009, S.13ff.

[20] RusslandAnalysen, Nr. 234, 24.02.2012, S.6.

Stahlpreise und Wirtschaftswachstum von 2002 bis 2011



Quelle: Bloomberg, Thomson Reuters, Raiffeisen RESEARCH.

Quelle: Ukraine-Analysen, Nr. 94, 13.09. 2011, S.8.

An diesen Versäumnissen zeigen sich die Schleifspuren einer noch ungebrochenen oligarchischen Dominanz in der Wirtschaft. Diese profitieren vom Zusammenspiel mit korrupten Staatsbürokraten und zeigen wenig Interesse an Erneuerungen, solange sie quasi-monopolistische Positionen innehaben. Sie beuten den industriellen Kapitalstock bis aufs letzte aus, ohne erforderliche Erneuerungsinvestitionen zu tätigen. Infolgedessen wehren sie sich auch gegen jede Art von Modernisierungsinitiative.

Als Folge einer solchen Fehlentwicklung sind die Betriebe insbesondere in der Stahlbranche international kaum wettbewerbsfähig und extrem vom Zustrom billiger Energie abhängig.

Nur über Dumpingpreise und mit hohen Subventionen können sie bestehen. Die ungestörte Versorgung mit billiger Energie für ihre energieineffizienten Produktionsanlagen ist die Achillesferse der ukrainischen Wirtschaft. Bricht diese weg, sind die wirtschaftlichen und sozialen Folgen unkalkulierbar. Denn den Pulsschlag der BIP-Entwicklung geben die Preise für die Stahlexporte an.

Weil die Ukraine zudem ihre strukturellen Probleme, die größtenteils politisch bedingt sind[21], nicht hat lösen können, kann mit einer nachhaltigen Konsolidierung der ukrainischen Wirtschaft

[21] Germanv Trade& Invest nennt im Bericht zum Jahreswechsel 2010/2011, S. 6 dann auch folgende Probleme: partielle Handlungsunfähigkeit der Regierung, häufige Änderungen der Gesetze, Außerkraftsetzung des

mittelfristig kaum gerechnet werden. Auch die Ratifizierung des EU-Abkommens würde keine schnelle Verbesserung bringen.

5. Die außenwirtschaftlichen Beziehungen der Ukraine und die Unwägbarkeit der russisch –ukrainischen Gasbeziehungen

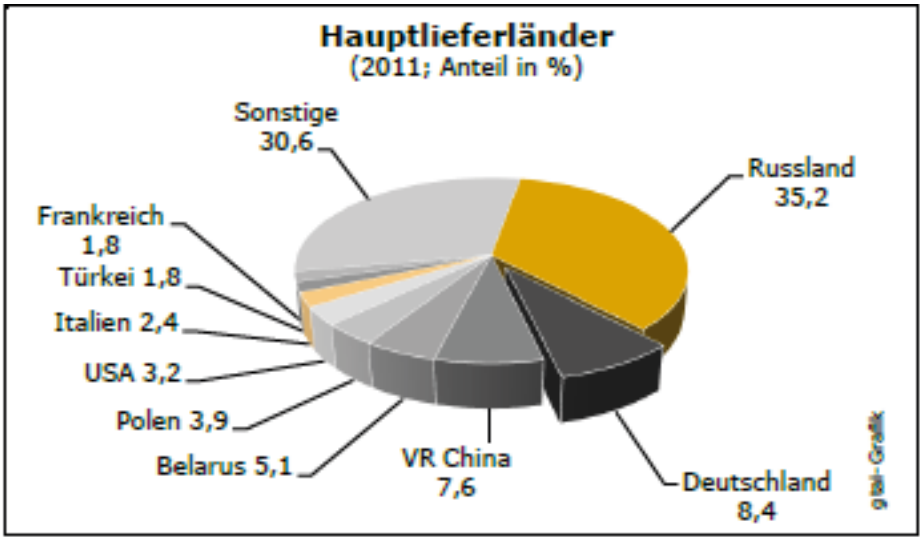
In den außenwirtschaftlichen Beziehungen haben sich seit Anbruch der Finanz-und Wirtschaftkrise kaum nennenswerte Veränderungen ergeben. Zwar blieb Russland ein wichtiger Handelspartner, aber im Zuge der wirtschaftlichen Erholung suchte die Ukraine ihre Handelsströme weiter zu diversifizieren.

Die anhaltend hohe Nachfrage nach Rohstoffen aus den pazifischen Wachstumsregionen und Chinas lenkte die metallurgischen Exporte des Landes. Erlöse aus den Exporten wurden zum Rettungsanker des staatlichen Budgets. Sie wurden zugleich auch zur Begleichung der Energieimporte aus Russland benötigt. Inzwischen arrivierten die Europäische Union und China zu wichtigen Handelspartnern.

Hingegen zeigt der Handel mit Russland wenig Dynamik. Die Exporte in die EU waren 2007 mit 28,3% schon höher als die in die Russische Föderation (25,7%). Ukrainische Importe folgten dieser Tendenz.

Wie schon angedeutet sind die Importe aus den USA gemessen an Russland, Deutschland und China sehr bescheiden.

Ukrainische Handelspartner: Importe 2011



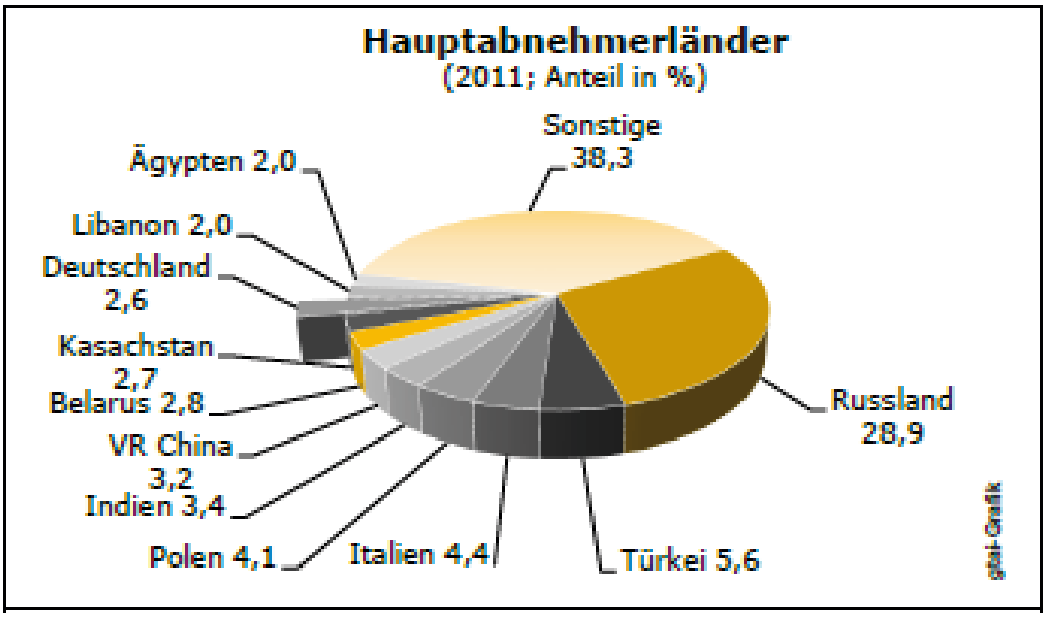
Quelle: Germany Trade & Invest, Wirtschaftsdaten kompakt: Ukraine, Mai 2012, 2/4.

Handelsabkommen mit Russland und vor allen den engen durch die Finanzkrise bedingten Handlungsspielraum der Regierung.

Bei den Exporten der Ukraine ergibt sich ein ähnliches Bild.

Besonders dynamisch entfaltete sich der Handel mit der EU-27 nach 2010. Allerdings mit der Konsequenz, dass sich die ukrainische Handelsbilanz noch negativer entwickelte. So verdoppelten sich zwar die Einfuhren der EU-27 von 2009 bis 2011 von ca. 7 auf 15 Mrd. Euro. Aber im gleichen Zeitraum nahmen die Exporte der EU in die Ukraine von 13 Mrd. Euro auf 21 Mrd. Euro zu[22].

Ukrainische Handelspartner: Exporte 2011

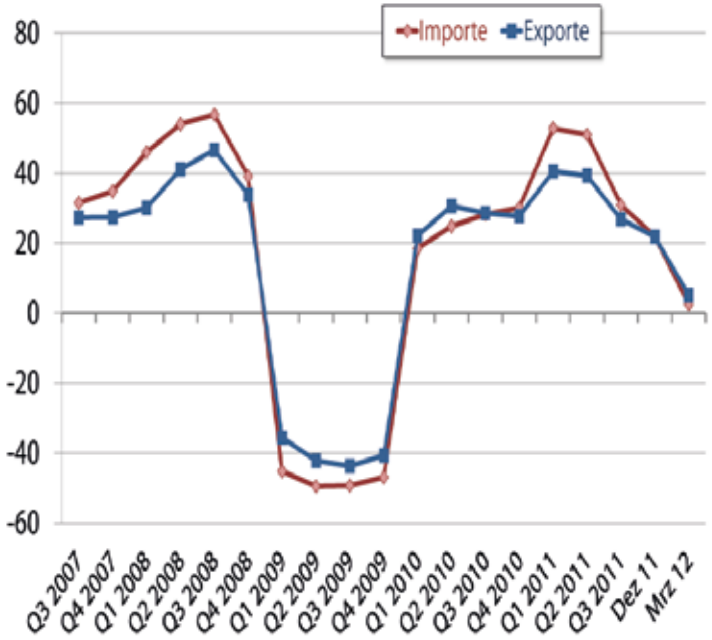


Quelle: Germany Trade & Invest, Wirtschaftsdaten kompakt: Ukraine, Mai 2012, 3/4.

Schon die Import-Export –Relation zwischen 2000 und 2008 zeigte deutlich, dass seit 2005 die Importe kontinuierlich über den Exporten lagen und besonders ab Januar 2005 in die Höhe

[22] Germany Trade & Invest, Wirtschaftsdaten kompakt: Ukraine, Mai 2012, 3/4.

Importe und Exporte im Vergleich zum Vorjahresszeitraum (in Mill. USD, %)



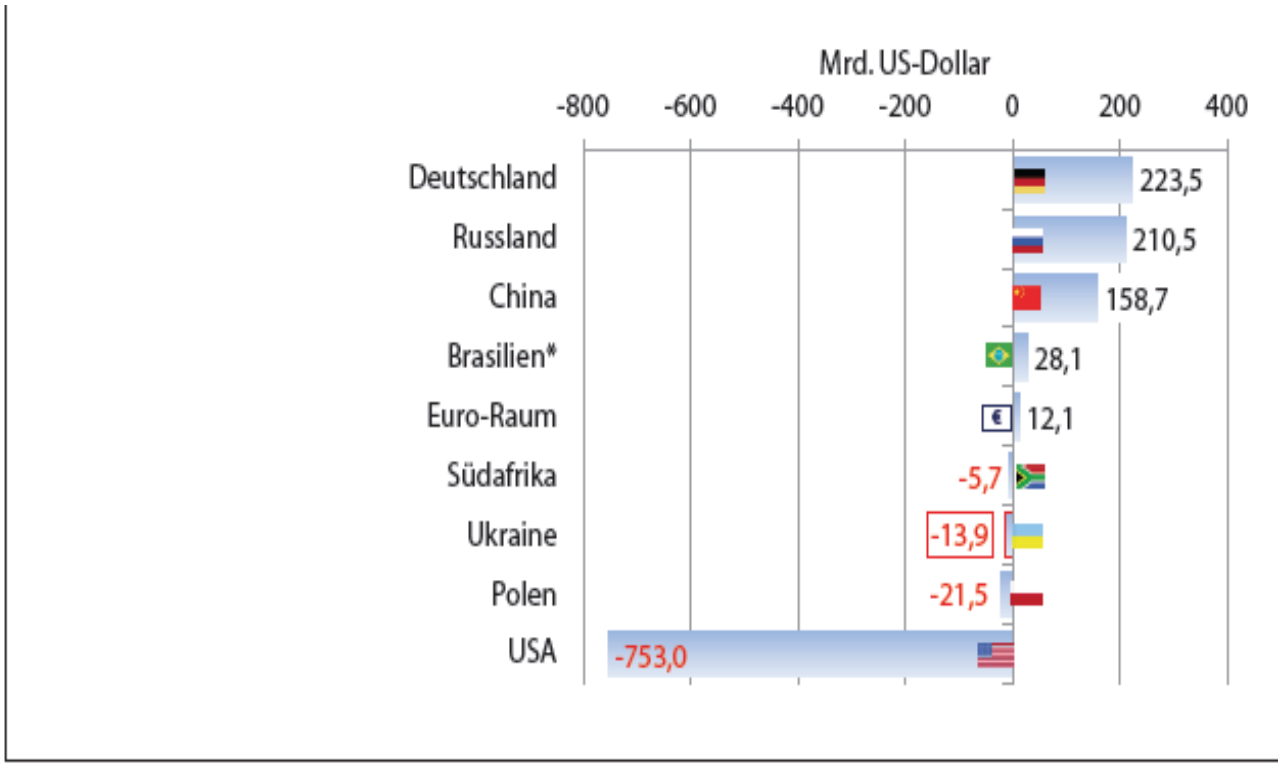
	Importe	Exporte
Q3 2007	31,5	27,3
Q4 2007	34,8	27,4
Q1 2008	46,0	30,1
Q2 2008	54,0	41,1
Q3 2008	56,7	46,6
Q4 2008	39,1	33,8
Q1 2009	-45,2	-35,6
Q2 2009	-49,5	-42,2
Q3 2009	-49,3	-43,7
Q4 2009	-46,9	-40,7
Q1 2010	18,5	22,1
Q2 2010	24,8	30,6
Q3 2010	28,2	28,6
Q4 2010	30,1	27,7
Q1 2011	52,8	40,5
Q2 2011	51,0	39,3
Q3 2011	30,9	26,8
Dez. 2011	21,9	21,8
Mrz. 2012	2,5	5,2

Quelle: Ukraine-Analysen, Nr. 104, 22.05.2012, S.16.

schnellten. Ein Grund dafür war die steigende Binnennachfrage nach Konsumgütern, die durch eine hohe Zunahme der Nominallöhne von ca. 36,6% ausgelöst wurde.

Vergleichbar dazu verläuft der Export. Ab 2006 laufen beide Entwicklungen nahezu synchron. Ab 2011 bricht sowohl für Exporte als auch für Importe die Phase des Aufschwungs erneut ab. Dennoch ergibt sich aufgrund höherer Importe ein Minus in der Handelsbilanz.

Handelsbilanz der Ukraine im internationalem Vergleich der letzten 12 Monate in Mrd. US-Dollar



*Anmerkung: Zahlen für März 2012, *= April 2012.*
Quelle: The Economist, http://www.economist.com, *19.05.2012*

Quelle: Ukraine-Analysen, Nr. 104, 22.05.2012, S.18.

Blicken wir auf die russischen Außenwirtschaftsbeziehungen so zeigt sich ein grundlegend anderes Bild. Zwar gibt es eine gewisse Parallele zum führenden Exportgut der Ukraine, weil Energieträger und Rohstoffe die russische Exportstruktur dominieren, aber aufgrund der anhaltenden Nachfrage hat die russische Wirtschaft Rekorderlöse in den zurückliegenden Jahren einfahren und sich ein exorbitantes Kapitalpolster zulegen können.

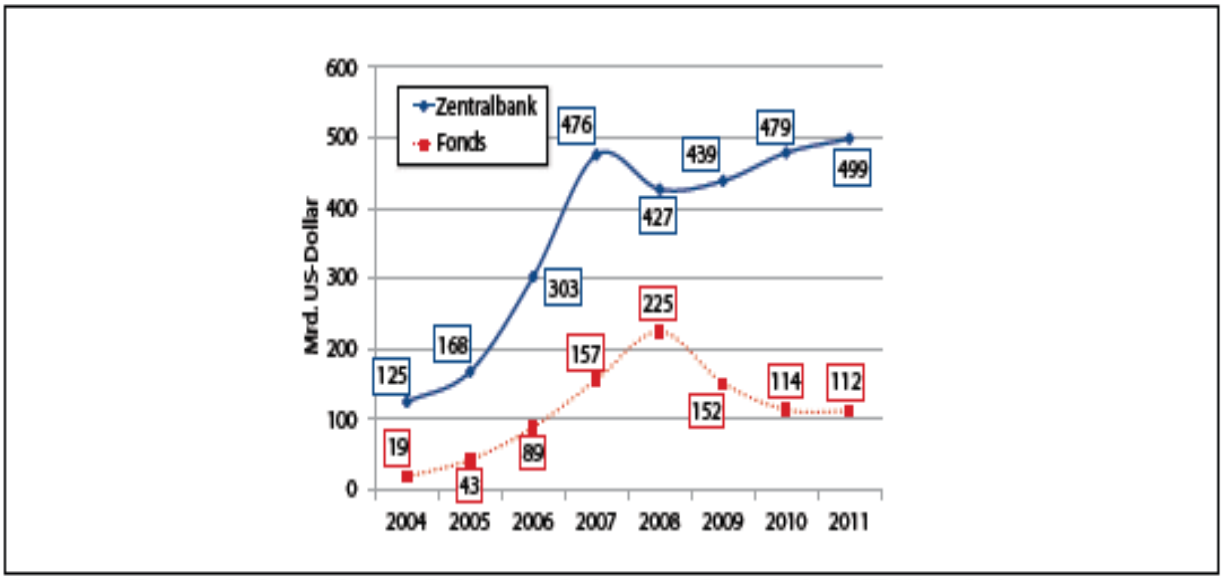
Russische Handelsbilanz: Exporte und Importe seit 2001 in Mrd. USD

Quelle: Bank of Finland Institute for Economies in Transition, BOFIT Russia Statistics, http://www.boffi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/

Quelle: RusslandAnalysen, Nr. 234, 24.02.2012, S.10.

Die Handelsüberschüsse erbrachten immense Kapitalrücklagen bei der russischen Zentralbank. Die Daten zeigen überdies deutlich, dass Moskau krisenbedingt auf Rücklagen

Devisen- und Goldreserven der russischen Zentralbank und Wert der staatlichen Vermögensfonds seit 2004 (Jahresende in Mrd. USD)



Anmerkung: Vermögensfonds: 2004 bis 2008 Stabilisierungsfond, seit 2008 Reservefonds und Wohlfahrtsfonds.
Quelle: Bank of Finland Institute for Economies in Transition, BOFIT Russia Statistics, http://www.boffi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/

Quelle: RusslandAnalysen, Nr. 234, 24.02.2012, S.9.

zurückgreifen musste - und konnte -, um Konzerne, die sich auf den internationalen Kapitalmärkten verschuldet hatten und ihre Kreditzinsen nicht mehr bedienen konnten, vor dem Ruin zu bewahren. Die Rücklagen der Zentralbank gingen um ca. 50 Mrd. USD zurück und die Einlagen des Strukturfonds wurden nahezu halbiert.

6. Die Achillesferse der ukrainischen Wirtschaft: Importe und Transit russischen Gases

Von besonderer Bedeutung für die ukrainische Wirtschaft und für den Staatshaushalt sind die Einnahmen aus dem Gastransit.

Ungefähr 80% der russischen Gasexporte nach Westeuropa strömten bis 2011 durch die Ukraine. Durch Belarus flossen ca. 20%. Ab 2006 wurde der Gaspreis stufenweise für beide Länder angehoben, so dass sich die Schere zwischen den Einnahmen aus dem Gastransit und den Kosten für den eigenen Gasimport immer weiter öffnete. Für die Ukraine betrug die Differenz 2010 ca. sechs Mrd. USD[23]. Die Importpreise stiegen von ca. 50 USD im Jahr 2005 auf 238 USD im Jahre 2009. Der Preisauftrieb heizte die Inflation an. Die Krise bremste nur leicht die Inflation ab[24].

Erst mit dem Abkommen 2009 zwischen Putin und Ministerpräsidentin Julia Timoschenko wurde eine beiderseitig erfolgversprechende Vereinbarung getroffen. Nach dem Wahlsieg von Janukowitsch 2010 wurde dieser Vertrag in Charkow[25] alsbald auf eine neue Grundlage gestellt. Trotzdem nutzte Janukowitsch das frühere Abkommen, um gegen seine politische Widersacherin vorzugehen und ihr den Prozess wegen Amtsmissbrauchs bei den damaligen Verhandlungen mit Premierminister Putin machen zu lassen.

Mehrere Faktoren werden sich in baldiger Zeit abträglich für die Ukraine auswirken. Sie ist in Gefahr ihre dominante Position im Gastransit zu verlieren. Das wird zu Einnahmeverlusten und zu Lücken im Staatshaushalt führen.

---

[23] RusslandAnalysen, Nr. 204, 02.07.2010, S.10.

[24] Bis 2005 wurde die Ukraine faktisch von Moskau durch Gaslieferungen zu russischen Binnenmarktpreisen subventioniert. Die Preiserhöhungen für die Ukraine waren da keine Ausnahme oder gar der Versuch „Energie als Waffe“ einzusetzen wie es medial verbreitet wurde. Obwohl Gazprom seine größten Verluste auf dem russischen Binnenmarkt verzeichnet, war dort eine rasche Erhöhung aus politischen und sozialen Gründen nicht durchsetzbar.

[25] Am 21.April 2010 unterzeichneten beide Regierungen in Charkow einen Vertrag über den Gashandel und die Schwarzmeerflotte. In drei Dokumenten werden die Bedingungen im beiderseitigen Gashandel geklärt und diese Übereinkunft mit der Verlängerung des Pachtabkommens über den Schwarzmeerhafen Sewastopol verbunden. Die Pachtdauer wird um 25 Jahre bis zum Jahre 2042 verlängert. Die Vereinbarungen über den Gashandel präzisieren den Vertrag vom 19.1.2009, dessen Laufzeit bis 2019 reicht und verflechten diesen mit dem Pachtvertrag.

1. Durch die technologischen Entwicklungen bei der Gasförderung, zum einen durch die Schwemme an Flüssiggas – die USA sind zum Selbstversorger bei Gas geworden - und zum anderen durch die technologisch ausgereiften aber ökologisch problematischen Fracking-Methoden zur Aufbereitung und Erschließung von nicht-konventionellen Gas, wird mittel-bis langfristig weniger Gas durch die Ukraine geleitet werden. Des weiteren sind mehrere mitteleuropäische Länder sind dabei, nicht-konventionelle Gas zu fördern, um ihre hohe Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen zu reduzieren. Diese Entwicklung wird auch die russischen Gasexporte beeinträchtigen.
2. Die Schwierigkeiten beim Gastransit durch die Ukraine haben Pläne reifen und zur Ausführung kommen lassen, die allesamt eines gemeinsam haben: die Ukraine wird umgangen.
3. Über die 2011 fertiggestellte Nord Stream Pipeline, die 2012 um einen weiteren Strang erweitert wird, können dann an die 60 Mrd. Kubikmeter Gas direkt von Wyborg/Russland in Nordwestrussland nach Greifswald in Mecklenburg-Vorpommern fließen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass zusätzlich noch zwei Pipeline-Stränge hinzukommen.
4. Der südliche Gaskorridor, gleichwie ob das europäische Projekt Nabucco in seiner ursprünglichen Version- was eher unwahrscheinlich ist- oder in der kompakten Version mit ca. 10 Mrd. Kubikmeter Gas aus Aserbaidschan realisiert wird. Die Inbetriebnahme dieser Leitung umgeht die Ukraine. Kommt noch die russische South Stream Pipeline hinzu, so wird der Gastransit durch die Ukraine nochmals reduziert. Diese Projekte sollen ab 2015 umgesetzt werden.

Gleichwelche Option realisiert wird, diese Umgehung schmälert die Einnahmen aus dem Gastransit der Ukraine.

Der Anteil der Ukraine an Transitpipelines für russisches Gas wird sich von 73% im Jahre 2008 auf unter 60% (prognostiziert) im Jahre 2016 verringern[26]. Wird die Erweiterungen von Nord Stream angepackt und kommt es zum Südgaskorridor, dann gehen die Einnahmen aus dem Gastransit noch weiter zurück.

[26] UkraineAnalysen, Nr. 73, 27.04. 2010, S.9.

7. Multivektorenpolitik: die Ukraine zwischen der EU und Moskau

Zweifelsohne lag die Ukraine seit der Auflösung der UdSSR im Spannungsfeld zwischen Moskau und der Europäischen Union. Ihre Lage war weniger prekär, solange Russland einerseits zu schwach war als gestaltender Akteur in der GUS aufzutreten und die EU andererseits nicht willens war, eigene Verantwortung für den osteuropäischen Raum zu übernehmen.

Diese Lage wurde meisterhaft durch die Multivektorenpolitik des damaligen Präsidenten Kutschma ausgereizt. Und interessanterweise wurde diese Politik sowohl in Moskau als auch in Brüssel nicht als konfliktiv interpretiert.

Die Lage und damit die Einschätzung änderten sich mit dem Wahlsieg Juschenkos 2005, der die Multivektorenpolitik zugunsten einer einseitig-dominanten Westorientierung aufkündigte.

Initiativen der EU schließlich, im Sinne der Solana-Doktrin und gedrängt durch Vorstöße der baltischen Staaten und Polens, die wiederum von den nordischen Staaten der EU unterstützt wurden, haben bis zum Ausbruch der Finanzkrise die EU zum geopolitischen Akteur wider Willen in Osteuropa gemacht. Wider Willen, weil die EU bis heute weder eine Strategie für den postsowjetischen Raum noch für Russland hat, aber dort Flagge zeigte. Die Osterweiterung der EU, flankiert durch die NATO-Osterweiterung, entfaltete somit eine Eigendynamik, die durch partikulare Interessen einiger Mitteleuropäischer Staaten angefeuert wurde. Diese verfolgten das wohlbegründete Anliegen, sich mit einem Vorfeld an freundlichen, kooperationswilligen Staaten im Osten zu umgeben, sich quasi ein Glacis gegen Moskau zu schaffen. Bei diesem Vorgehen, das erstaunlicherweise die mögliche Gegenwehr Moskaus nicht mit einbezog oder diese als überwindbar ansah, fehlten Kompass, Plan und Strategie. Flankiert durch die Interessen der USA in der ersten Dekade des neuen Millenniums wurden die geopolitische Durchsetzungsfähigkeit und die Akzeptanz einer solchen Politik unter den Mitgliedsstaaten der EU maßlos überschätzt.

Für Moskau kam diese Entwicklung überraschend und führte sowohl zu einer fundamentalen Änderung der russischen EU-Politik als auch zur politischen Aufwertung Brüssels als geopolitisches Machtzentrum in Europa. Die auf „soft power" beruhende Attraktionswirkung der EU wurde zum ausschlaggebenden Machtfaktor in den europäischen Westregionen der GUS. Sie verstärkte Bestrebungen dortiger Führungen ihren eigenen Weg zu staatlicher Souveränität zu beschreiten und sich der EU anzunähern. Das gilt selbst mit Einschränkungen für Belarus[27]. Infolgedessen scheiterte auch Moskaus Versuch 2003 mit der Übereinkunft von Jalta eine Art

[27] Siehe dazu die umfassenden Beiträge von Heinz Timmermann in: Piehl, Ernst/Schulze, Peter W./ Timmermann, Heinz, Die offene Flanke der Europäischen Union, Russische Föderation, Belarus, Ukraine und Moldau, BMV Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2005; und Timmermann in: Schneider-Deters, W./Schulze,

Gegenmodell vertiefter Kooperation, allerdings ohne Souveränitätstransfer auf integrierte und supranarionale Institutionen, einzuleiten. Der „*Einheitliche Wirtschaftsraum*“ kam nicht zustande, weil die Ukraine sich verweigerte und Belarus nur zögerlich zur Mitwirkung bereit war.

Damals wie heute gilt, dass aus der Sicht und Interessenlage Moskaus Kooperationsbemühungen in der GUS in wirtschaftlicher, politischer und sicherheitspolitischer Hinsicht ohne das Mitwirken der Ukraine wenig erfolgversprechend sind. Das trifft für die jetzige *Zollunion* ebenso zu wie für die Konzeption einer *Eurasischen Union*, bei der erstmals an supranationale Institutionen und damit an einem begrenzten Souveränitätstransfer gedacht ist[28]. Zweifellos hat die seit 2008 anhaltende Finanzkrise, die zu einer Staatsschuldenkrise ausuferte und die gesamte EU in Bann hält, die Außenwirkung Brüssels nahezu paralysiert. Unklar ist allerdings, welche mittel- und langfristigen Wirkungen diese Krise zeitigen wird. Jedoch kann man davon ausgehen, dass sich die Einstellungen der politischen Führungen in den ost- oder zwischeneuropäischen Staaten verändern werden. Das umso profunder je länger die Krise anhält und Fragmentierungs-erscheinungen in der EU sichtbar werden.

Legen wir jedoch ukrainische Daten zugrunde, die im Krisenjahr 2010 erhoben wurden, so sind Annahmen sicher nicht so abwegig, dass sich damalige Unsicherheiten verstärken könnten und die pro-EU-Orientierung von Bevölkerungsschichten nicht anwachsen wird.

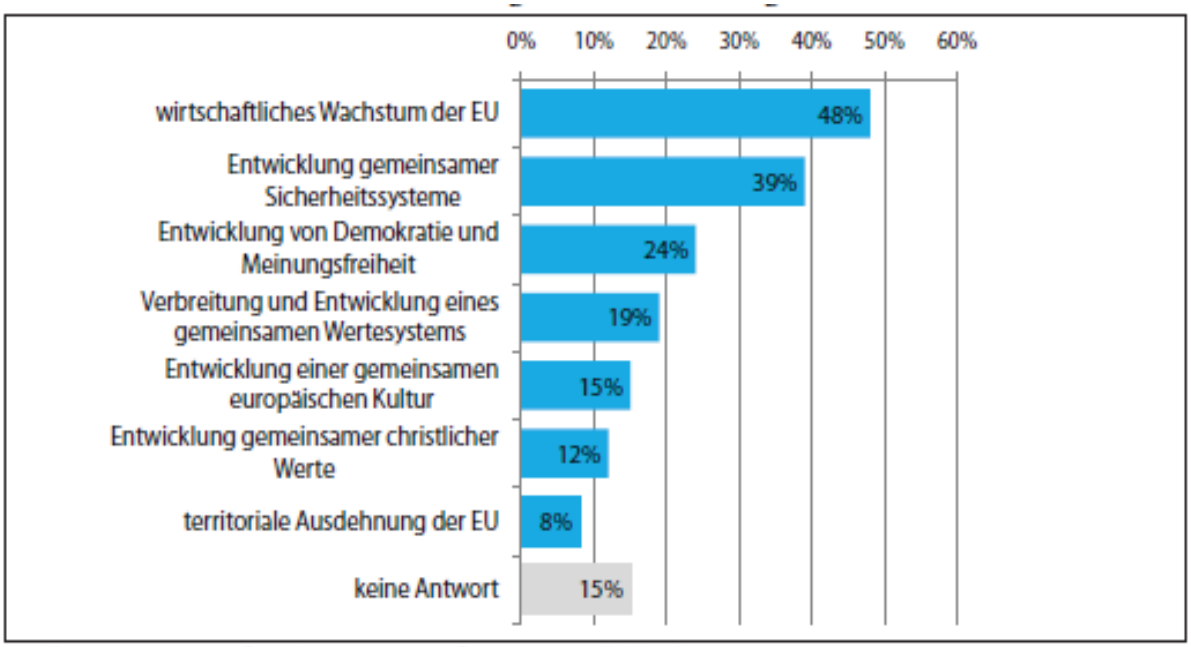
In den damaligen Erhebungen wurde nach einer möglichen Integrationsalternative in die EU oder in Moskaus *Zollunion* bzw. *Eurasische Union* gefragt. Mitgedacht werden muss, dass auch im Jahre 2010 der Beitritt der Ukraine in die EU nur als langfristige Option, wenn überhaupt, denkbar wäre. Nicht nur der Zustand der EU-27, auch die sozialökonomische Lage der Ukraine machen für die nächste Dekade(n) einen Beitritt unwahrscheinlich. In den Ergebnissen kommen daher einerseits erstaunlich realistische aber auch ideologisch-normativ überhöhte Positionen zum Ausdruck.

So erscheinen Präferenzen, die in der Tradition der Multivektorenpolitik begründet liegen. Für eine stärkere Annäherung an die EU werden primär wirtschaftliche Vorteile genannt. Sie bleiben auch unter Janukowitsch die Triebkraft einer Westorientierung.

Die Werte des „acquis communautaire“ der EU, also Demokratie, Meinungsfreiheit, Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit oder ein Bekenntnis zur europäischen Kultur etc. sind den Befragten eher drittrangig.

Peter W./ Timmermann, H., Die Europäische Union, Russland und Eurasien. Die Rückkehr der Geopolitik, BWV-Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2008.

Relevanz der EU-Werte für die ukrainische Bevölkerung



Quelle: repräsentative Umfrage des IFAK Instituts für Deutsche Welle Trends vom 9. bis 20.12.2010, http://www.ifak.com.ua/?cat=5

Quelle: Ukraine-Analysen, Nr. 88, 08.03.2011, S.15.

Selbst die Entwicklung gemeinsamer Sicherheitssysteme, hier wittert die ukrainische Bevölkerung wahrscheinlichen den NATO-Pferdefuß, wurden allenfalls von 39% der Befragten bejaht.

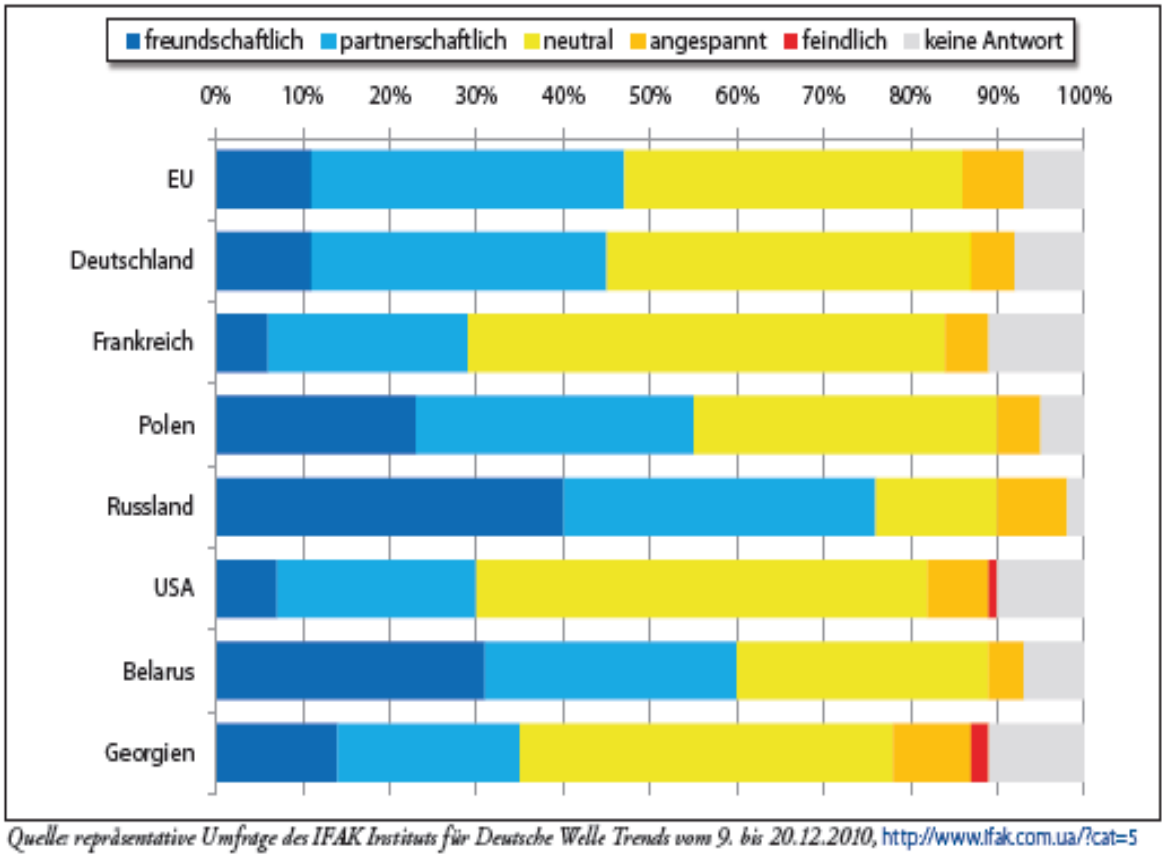
Diese Angaben sind vor dem Hintergrund bemerkenswert, weil sich schon ein autoritärer Kurs des Präsidenten Janukowitsch kurz nach der Wahl 2010 zeigte. Entschieden lehnt man die territoriale Ausdehnung und damit eigentlich auch den Beitritt der Ukraine zur EU ab

Erstaunliches kommt auch in den Aussagen zutage, wenn nach der Außenorientierung der Ukraine gefragt wird.

Auffällig ist dabei, dass zu den USA nur knapp 10% freundschaftliche Beziehungen und ein Drittel eher partnerschaftliche Beziehungen anstreben. Über 10% votieren für freundschaftliche Beziehungen zur EU, auch zu Deutschland und weit über 40% wollen partnerschaftliche Beziehungen zur EU und zu Deutschland.

[28] Siehe dazu: Uwe Halbach, R Russlands Ambitionen einer Eurasischen Union, in: Erler. Gernot / Schulze, Peter W. (Hg.) Die Europäisierung Russlands. Moskau zwischen Modernisierungspartnerschaft und Großmachtrolle, Frankfurt 2012, S. 214 ff.

Einschätzung der Beziehungen der Ukraine zu



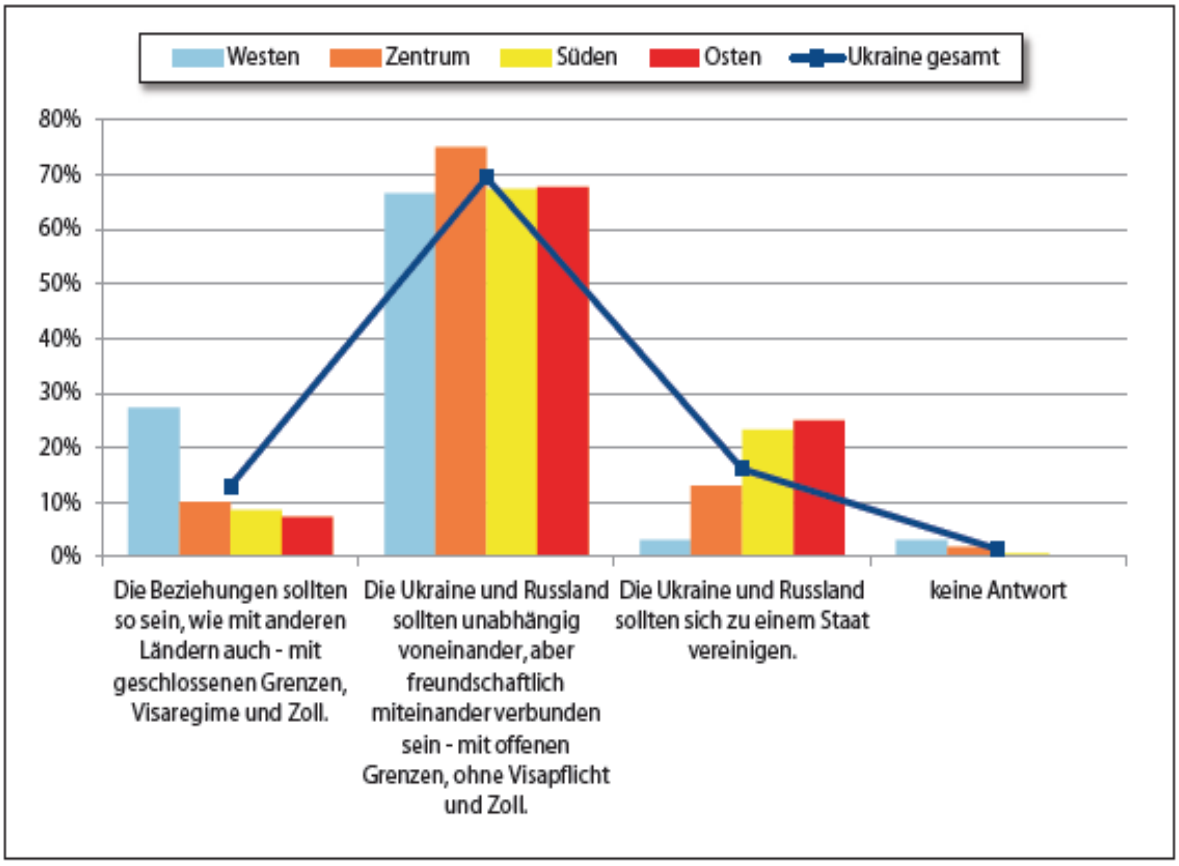
Quelle: Ukraine-Analysen, Nr. 88, 08.03.2011, S.14.

Aus naheliegenden Gründen, Polen hatte sich immer als Anwalt ukrainischer Interessen in der EU verstanden, fällt die Votierung für Warschau überaus positiv aus. Über 20% streben freundschaftliche und über 50% partnerschaftliche Beziehungen zu Warschau an.

Gänzlich unerwartet ist jedoch die durchgängig positive Einschätzung der Beziehungen zu Russland, die bereits in anderen Umfragen für Überraschung sorgte. So fordern 40% freundschaftliche Bezugnahmen zu Russland und nahezu 80% treten für partnerschaftliche Beziehungen ein.

Bedenkt man hierbei die ethnisch-demographischen Besonderheiten der Ukraine, die sich zergliedern lässt in einen pro-russischen Osten und Süden, einen ausdifferenziertes aber mehr pro-EU orientiertes Zentrum und die nahezu radikal pro-westliche Orientierung der westlichen Ukraine, so überraschen die ermittelten Werte.

Welche Beziehungen soll die Ukraine zu Russland haben



Quelle: repräsentative Umfrage des Internationalen Instituts für Soziologie in Kiew vom 4.11. bis 15.11.2011,
http://kiis.com.ua/ua/news/view-110.html

Quelle: Ukraine-Analysen, Nr. 98, 13.12.2011, S.6.

In der Bilanz tritt die überwältigende Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung für freundschaftliche und partnerschaftliche Beziehungen zu Russland ein. Diese Einstellung ist auch im Westen der Ukraine mehrheitsfähig. Zwischen beiden Ländern besteht im Bewusstsein der ukrainischen Bevölkerung eine „*Sonderbeziehung*", die sich von anderen Ländern abhebt. Aber eine Fusion wird abgelehnt.

Solange diese Einstellung im Bewusstsein der ukrainischen Bevölkerung verankert ist, wird eine einseitige gegen die eine oder andere Option verstoßende Politik ohne innenpolitische Konflikte nicht durchsetzbar sein.

Damit ist die ukrainische Multivektorenpolitik ähnlich wie die trianguläre Ausrichtung der russischen Außenpolitik das Gebot jeglicher Regierung. Diese Politik spiegelt auch die außenwirtschaftliche Ausrichtung wider.

Nur diese Einstellung ist natürlich Faktoren unterworfen, die außerhalb der Einwirkungsmöglichkeiten der ukrainischen Politik stehen. Zu nennen wären hier einerseits die

abnehmende Attraktionskraft der EU und andererseits eine erfolgreich sich entwickelnde *Eurasische Union*, wenn sie denn realisiert wird.

Bei dieser Gleichung hat die ukrainische Politik trotz aller wirtschaftlichen Problemlagen, denen sie zukünftig verschärft ausgesetzt sein wird, einen essentiellen Pfand in der Hand: Sie verfügt gegen Moskau über einen größeren Handlungsspielraum als gegenüber der EU, so wie sie heute besteht. Mit Moskau kann sie über die Modalitäten einer stärkeren Kooperation auf Augenhöhe verhandeln. Moskau braucht die Ukraine um Konzeptionen von vertiefter Kooperation und gegebenenfalls von Integration zu verwirklichen. Ohne Mitwirkung der Ukraine sind solche Vorstellungen nicht realisierbar. Das entspricht auch eher den Interessen der herrschenden Machtgruppen im Land, die ein hohes Maß an Autonomie bewahren und ihre Privilegien nicht unter die Aufsicht Moskaus stellen oder gar teilen bzw. aufgeben wollen. Weil die EU jedoch auf lange Zeit keine Beitrittsperspektive für die Ukrainer anbieten kann, sie aber gehalten ist, dort Stellung zu beziehen, kann Kiew seine Multivektorenpolitik für geraume Zeit noch weiter bedienen und die Westorientierung als Gegengewicht und Verhandlungspfand in den Verhandlungen mit Moskau nutzen.

8. Allgemeine Schlussfolgerungen

Wie schon angedeutet, kann nicht erwartet werden, dass sich die ukrainische Wirtschaft auf einen soliden und nachhaltigen Wachstumspfad begeben wird. Die nach Warengruppen gering diversifizierte und durch metallurgische Produkte bestimmte Exportstruktur der ukrainischen Wirtschaft muss bei Rezessionserscheinungen in den Absatzmärkten mit erheblichen Produktionsrückgängen und Gewinneinbrüchen rechnen. Verschärft sich diese Tendenz in der EU-27 und auch in den asiatischen Wachstumsregionen kommt unweigerlich der Staatshaushalt unter Druck. Außerdem ist mit einer weiteren Belastung des Staatshaushaltes zu rechnen, da mit Realisierung der Gasleitungen, die die Ukraine umgehen, Einnahmequellen schrumpfen.

Negative Auswirkungen auf die Beschäftigung und auf die Löhne sind also zu erwarten und könnten einen Teufelskreis in Gang setzen, der den ukrainischen Staat erneut auf den Bankerott zutreiben könnte.

Dieses Szenarium ist nicht unrealistisch. Denn verdichten sich die Abschwächungstendenzen in der Weltwirtshaft und kommt es in den asiatischen Wachstumsregionen aber auch in der EU-27 zu Produktionseinbrüchen, wie sie sich schon im Falle Chinas und der EU zeigen, so stellen sich für die ukrainische Wirtschaft schier unlösbare Aufgaben. Vom Rückgang des BIP im Europa der 27 werden die ukrainischen Exporte schon jetzt außerordentlich getroffen, denn die wichtigsten EU-Handelspartner der Ukraine sind die Krisenländer des Mittelmeerraumes. Italien ist der

größte Handelspartner, hat aber 2012 einen BIP-Rückgang von ca. 0,5% zu erwarten. Ähnlich ist es mit Spanien, Portugal, Griechenland und Irland bestellt. Die Verluste im Handel mit der EU könnten sich auf über 10% belaufen[29]. Die Verluste im Handel mit der EU und anderen Regionen könnten das BIP-Wachstum auf ca. 2% und darunter begrenzen.

Damit stellt sich die Frage, ob die Ukraine die sich abzeichnende Krise durchstehen kann. Dagegen sprechen ökonomische Faktoren und Entwicklungen, die sich außerhalb der Einwirkungsmöglichkeiten ukrainischer Politik vollziehen.

- Die negative Handelsbilanz und die Erhöhung der öffentlichen wie privaten Schulden werden den Handlungsspielraum der politischen Führung einengen.

- Die erweiterten Ausbauperspektiven für Nord Stream und die Realisierung des südlichen Gaskorridors werden die Transitbedeutung der Ukraine für Gazprom mindern und sich abträglich auf das ukrainische Budget auswirken, weil Einnahmen aus dem Gastransit schrumpfen. Diese Entwicklung könnte sich mittelfristig durch die Umstellung auf erneuerbare Energien, ein Ansatz der in vielen EU-Ländern anläuft, noch negativer auf die Haushaltslage auswirken.
- Die EU wird für die nächste Dekade mehr mit der Bewältigung ihrer finanzpolitischen Probleme beschäftigt sein, so dass wenig Spielraum für eine aktive Umsetzung der Östlichen Partnerschaft bleibt. Damit verliert die EU an Attraktionskraft und in diese ausgedünnte Sphäre könnte die russische Politik mit konkreten wirtschaftlichen Kooperationsangeboten vorstoßen.

Daran wird das Assoziierungsabkommen auch wenig ändern, dass auf dem EU-Ukraine-Gipfel am 19.12.2011 in Kiew beschlossen, aber aufgrund der Timoschenko-Affäre nicht unterschrieben wurde. Das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine wurde zwar am 30.3.2012 in Brüssel paraphiert, aber die Ratifizierung wird wohl noch einige Zeit auf sich warten lassen. Sollte der Justiz-Skandal um Timoschenko eskalieren, droht die Aussetzung bis nach den Parlamentswahlen. Nüchtern betrachtet, wird das Abkommen der ukrainischen Wirtschaft keine neuen Absatzmärkte öffnen. Es hat eher eine Symbolfunktion und kann als Verhandlungspfand gegen Moskau eingesetzt werden[30].

---

[29] http://ukraine-nachrichten.de/makro%C3%B6konomische-szenarien-2012-hauptfaktoren-prognosen_3474_meinungen-analysen

[30] Diese Entwicklung illustriert grell das staatsmännische Versagen der Kiewer Führung unter Janukowitsch. Als vermeintlicher „pro-russischer" Kandidat hatte er sich gegen Moskaus Pläne der Zollunion und des Beitritts zur geplanten Eurasischen Union gestemmt und die Ukraine fast bis an die Schwelle eines langfristigen Vertrages über den Beitritt zum EU-Binnenmarkt herangeführt. Gleichzeitig konfligierte sein subjektives Beharren auf Machtsicherung mit den normativen Regeln und Prinzipien der EU, entfernte also die Ukraine von der EU-Wertegemeinschaft und stürzte sie in eine sicherheits- und machtpolitisches Vakuum. Siehe dazu: Winfried

All diese Faktoren berühren die ukrainische Wirtschaft und haben Folgen für die Konsolidierung von Gesellschaft und für die Stabilität des politischen Systems.

Die Ukraine wird aufgrund ihrer fragilen und kopflastigen Industriestruktur, vor allem aber auch aufgrund der polarisierten, konsensunfähigen politischen Herrschaftscliquen kaum ein solider Faktor in der europäischen Sicherheitsgleichung werden: Es sei denn, dass zwischen der EU und Russland die gemeinsame Verantwortung für das Land in Zukunft an Vorrang gewinnt.

Denn beide Seiten, weder Moskau noch Brüssel, können an einer fragilen, politisch und wirtschaftlich am Abgrund balancierenden so großen Macht in Zwischeneuropa ein Interesse haben.

BELARUS:
Weder Brücke noch Barriere im europäisch-russischen Spannungsbogen

1. Die wirtschaftliche und sicherheitspolitische Relevanz von Belarus im Machtdreieck Moskau-und Brüssel

Von den Staaten Zwischeneuropas, sehen wir einmal von Moldawien ab, dass sicher zu den wirtschaftlich anfälligsten und ärmsten Ländern gehört und noch durch den Transnistrien-

Schneider Deters, Die Ukraine-Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union, Berlin (erscheint

Konflikt politisch wie wirtschaftlich beeinträchtigt wird, liegt Belarus in einem „labilen Beziehungsdreieck“ (Timmermann), dass durch Moskau und Brüssel konditioniert wird.

Belarus hat die langwährende Phase der Selbstisolierung, die innenpolitisch mit der Konsolidierung des Machtsystems unter Präsident Lukaschenko korrespondierte, hinter sich gelassen und zeigt schüchterne Ansätze, sich einerseits von Moskau stärker abzugrenzen und andererseits zur EU zu öffnen[31]. Dieser Prozess ist kaum durch innenpolitische Kräfte ausgelöst worden, sondern wurde extern durch Veränderungen der russischen Politik angestoßen.

Belarus ist wirtschaftlich zu schwach und innenpolitisch zu instabil, trotz des harten autoritären Kurses gegen die politische Opposition, um als eigenständiger und relevanter Akteur die Agenda im Dreieck Moskau, Minsk und Brüssel zu beeinflussen. Das Land verfügt kaum über Allianzpartner in der GUS. Und der Unionsvertrag, der 2009 sein zehnjähriges Bestehen erfuhr und Belarus mit Russland vereinen sollte, hat sich bisher als Totgeburt erwiesen.

Aufgrund seiner geopolitischen Lage verfügt Minsk aber über eine wichtige Position in der russischen Westpolitik, die nicht nur sicherheitspolitisch sondern auch energiepolitisch begründet ist. Belarus ist erstens der Schutzwall an der russischen Westgrenze gegen NATO und EU. Ideologisch fungiert Minsk zweitens als Abschreckungsfaktor, um der EU zu signalisieren, dass es auch andere Entwicklungsoptionen in der russischen Politik geben könnte. Drittens verlaufen durch Belarus Öl- und Gaspipelines. Als Transitland für russische Energielieferungen nach Westeuropa befindet sich Belarus in einer ähnlichen Lage wie die Ukraine. Sowohl die Nord Stream Gaspipeline mit ihrem Ausbauvermögen als auch eine mögliche Südumgehung, South Stream und Nabucco, werden oder könnten sich negativ auf das Durchleitungsvolumen auswirken und somit die Ertragslage des belarussischen Haushalts beeinträchtigen. Die von Moskau angehobenen Einfuhrpreise für den Ölimport haben die Gewinnchancen für den Export von Energie bereits geschmälert. Bislang fungierte die belarussische Wirtschaft als Ölexporteur, weil das Öl entweder direkt oder zu Diesel und Benzin raffiniert, mit Gewinn an internationale Energiemultis in Europa weiterverkauft wurde.

Darüber hinaus verarbeiteten die beiden staatlich kontrollierten Raffinerien Mosyr und Nowopolozk das russische Öl und belieferten die wenig energieeffiziente heimische Industrie. Die russischen Preiserhöhungen hatten auch in Belarus zur Suche nach Diversifizierungsmöglichkeiten geführt und seit 2010 bezieht Belarus sogar Öl aus Venezuela. Ferner wurden Verhandlungen mit Kasachstan und dem Iran angebahnt. Selbst mit Litauen

---

im September) 2012.

[31] Ein mit der EU abgeschlossenes Partnerschafts- und Kooperationsabkommen wie ein Interimsabkommen wurden zwar 1996 unterzeichnet, aber ruhen seither.

laufen Verhandlungen über den Bau eines Flüssiggasterminals. Die belarussischen Diversifizierungsanstrengungen auf dem Energiesektor wie die Suche nach mehr wirtschaftlicher Unabhängigkeit von Moskau zahlten sich in der Finanzkrise ab 2008 aus. Minsk erhielt von Venezuela, China, der Weltbank und dem IMF Finanzspritzen. Einher geht diese Öffnung mit kleinen Schritten zur Liberalisierung der Wirtschaft, um ausländische Direktinvestitionen einzuwerben. So laufen Verhandlungen mit China über ein Investitionsvolumen von über zehn Mrd. USD. Im Vergleich mit anderen Investoren ist diese Investition jedoch nicht so dramatisch hoch. Den höchsten Anteil an Investitionen hält Russland (72%), gefolgt von Österreich mit 10%. China und Deutschland liegen bei jeweils 1%. Noch davor rangieren die Niederlande und England.

Das gesamte Investitionsvolumen verdoppelte sich von 5,9 Mrd. USD im Jahre 2008 auf über 10 Mrd. USD 2011. Allerdings waren die Investitionshöhen in der Krise ab 2008 rückläufig[32].

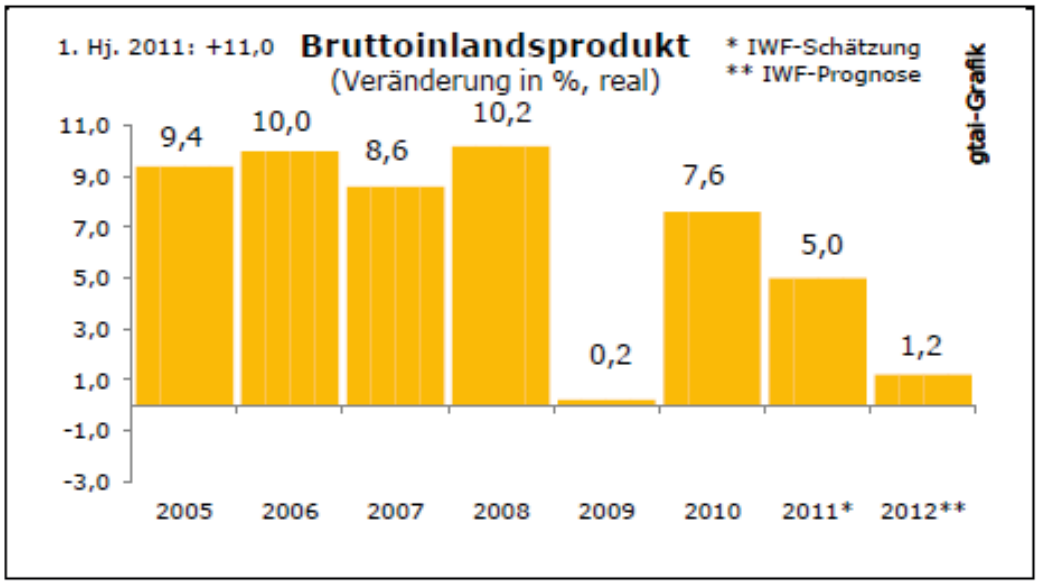
Ähnlich wie Russland und die Ukraine durchschritt Belarus trotz seiner politischen Marginalisierung in Europa eine lebhafte Wirtschaftsentwicklung seit 2000. Wie in Russland und der Ukraine stürzte jedoch die belarussische Wirtschaft im Krisenjahr 2009 ab. Der IMF musste mit einem Stützungskredit eingreifen und die belarussische Währung wertete um 40% ab. Die Erholung setzte aber erstaunlich schnell ein. Wie in den genannten GUS-Ländern wuchs das BIP 2010 mit 7,6% erheblich. Danach erfolgte wiederum eine Abschwächung und mit anhaltender Wirtschaftskrise könnte die belarussische Wirtschaft wieder ins Trudeln geraten.

Zwar wurde der Vorkrisenstand nicht erreicht, aber die wirtschaftliche Erholung verlief wesentlich rascher als in einigen EU-Mitgliedsländern. Auffällig sind bei der BIP-Verwendung der relativ niedrige Staatsverbrauch (16%) und die hohen Bruttoanlageinvestitionen (40,6%)

Wachstumsmotoren der belarussischen Wirtschaft waren 2010 neben den Exporten an Energie und mineralischen Erzeugnissen (Kali), Chemie und Nahrungsmitteln auch industrielle Erzeugnisse. Dies entspricht auch in etwa der Einfuhrstruktur nach Warengruppen.

[32] Germany Trade &Invest, Wirtschaftdaten kompakt: Belarus, Stand November 2011, 2/5.

Entwicklung des BIP (% zum Vorjahr)



Quelle: Germany Trade & Invest, Wirtschaftsdaten kompakt: Belarus, Stand November 2011, 1/4.

Ein Blick auf die Hauptabnehmerländer belarussischer Waren und auf die Lieferländer zeigt die Dominanz der GUS und hier vor allem von Russland.

Im Jahre 2010 kamen 58,8% der Importe aus der GUS, wobei Russland mit 51,2% traditionell der Haupthandelspartner blieb. Auf die Ukraine entfielen 5,4%. Deutschland lag mit 7% noch vor China (4,8%) und Polen (3,3%).

Ein ähnliches Bild ergibt sich beim Export.

Der Hauptabnehmer belarussischer Waren bleibt Russland mit 38,3%. Exporte in die GUS beliefen sich auf insgesamt 53,5%. In die Ukraine und in die Niederlande gingen etwa 10% und nach England 3,9% der Ausfuhren. Deutschland rangiert mit 1,8% noch hinter Polen (3,5%)[33].

Im Januar 2010 trat Belarus der von Moskau inspirierten Zollunion bei. Die Verhandlungen mit der WTO sind noch nicht abgeschlossen[34]. Minsk hat dort einen Beobachterstatus. Belarus ist Mitglied der Zollunion, trat der Eurasischen Union bei und agiert seit Jahren in der EURASEC.

[33] Germany Trade &Invest, Wirtschaftsdaten kompakt: Belarus, Stand November 2011, 2/4-3/4.
[34] RusslandAnalysen, Nr. 212, 17.12.2010, S.22.

2. Die Lage von Belarus zwischen Moskau und der EU: Einstellungen der Bevölkerung zum Entwicklungsweg

Im Jahrbuch 2010 für Belarus, herausgegeben vom Belarussischen Institute for Strategic Studies[35] werden Einstellungen der Bevölkerung zu eventuellen Entwicklungswegen des Landes wiedergegeben. Unter dem imposanten Titel, „Geopolitical preferences"[36] wurde nach den Beziehungen zur EU und zu Moskau gefragt. Leider sind die Fragen so formuliert, dass alternative Optionen, wie ein eigener Sonderweg oder aber Selbständigkeit mit enger Anlehnung an Moskau etc. nicht auftauchen. Das mindert die Aussagekraft dieser Daten. Dabei ergibt sich ein anderes Bild als in der Ukraine, in der die Union mit Russland auf wenig Gegenliebe stieß.

Nach der belarussischen Befragung von 2010 votierten in den ersten vier Monaten mehr als 50% der Befragten für eine Union mit Russland und weniger als 30% wollten sich der EU anschließen. Für die Bewahrung des souveränen belarussischen Staates sprach sich jedoch die Mehrheit der Bevölkerung aus. Die Daten veränderten sich bis zum Ende des Jahres, wobei aber interessanterweise die Option für Russland nachgab und die Zahl der Unentschlossenen stieg. Erklärungen für die Schwankungen könnten aus den externen Beziehungen, aus dem gespannten Verhältnis zu Moskau abgelesen werden, denn der Druck Moskaus zur Schuldenbegleichung wuchs in der Krise[37].

Aus den Daten und Einstellungen geht ziemlich deutlich hervor, dass erstens die Bevölkerung dem westlichen Verteidigungsbündnis NATO extrem misstrauisch gegenübersteht, dass zweitens die Kirche, der Präsident und die Armee innenpolitisch an der Spitze der Werteskala stehen, und dass man ein balanciertes Verhältnis zur EU und zu Russland wünscht.

Das Belarus ähnlich wie die Ukraine an der Schnittstelle zweier überlappender Integrations-oder Kooperationsräume liegt, hat sich im Bewusstsein der Bevölkerung als Richtschnur für die zukünftige Entwicklung verfestigt.

Daraus lassen sich für die Politik der EU einige Grunderfordernisse ableiten.

1. Kommt es aufgrund eines Referendums in Belarus zu einer Union mit Russland, eine Option die gegenwärtig nicht auf der Agenda steht, so wird die EU kaum Möglichkeiten haben, diese Entwicklung zu stoppen. Die Nichtbeachtung eines solchen Referendums durch Brüssel hätte nur symbolischen Wert.

---

[35] Belarussischen Institute for Strategic Studies, Belarussian Yearbook 2010, Minsk 2011.
[36] Ebenda, S. 237.
[37] Ebenda, S.71f.

2. Eine Union mit Russland böte überdies die Möglichkeit, das Projekt des gesamteuropäischen Wirtschaftsraumes einträchtiger zu verwirklichen, wenn denn Brüssel wirklich sich in diese Richtung aufmachen würde.
3. Gleichwelche Entwicklung eingeleitet wird, die EU sollte primär auf die Liberalisierung der staatsdominierten belarussischen Wirtschaft pochen und sich für investitionsfreundliche Rahmenbedingungen einsetzen. Die Gewährleistung des reibungslosen Transitverkehrs für Personen, Waren, Energieträger, Kapital- und Dienstleistungen werden über wirtschaftliche Wachstumseffekte zur sozialen Gliederung der Gesellschaft beitragen und sich mittelfristig auch politisch auswirken.
4. Die EU wäre wohl beraten, die in der „Road Map" vom 2005 niedergelegten Berührungspunkte hinsichtlich des Gemeinsamen Europäischen Raumes, also von Sicherheit, Kooperation und Konfliktregulierung anzuwenden und Regelungen mit Moskau zu finden. Hier berühren sich die Sicherheitsdoktrinen der EU und Moskaus für die Stabilisierung des zwischeneuropäischen Raumes.
5. Aus Moskauer Sicht liegt Belarus in der russischen Einflusssphäre, so dass Interventionen der EU, sollten sie nicht mit Moskau abgestimmt sein, als Verletzung der eigenen Interessen interpretiert werden.

3. Mögliche Szenarien der Entwicklung

Im Wesentlichen sind drei Entwicklungen vorhersehbar:

- **Kontinuität des derzeitigen Regimes Lukaschenko um den Preis wirtschaftlicher Öffnung**

Die Machtbasis des derzeitigen Herrschaftssystems ist durch zwei Faktoren geschwächt worden. Erstens hat sich der Druck Moskaus erhöht wie die Lage bei den Energielieferungen illustriert. Zweitens bröckelte die gesellschaftliche Unterstützung durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise.

Werden die soziale Stabilität und die materiellen Erwartungen der Bevölkerung auf Dauer durch eine stagnierende oder sogar rückläufige Wirtschaftsentwicklung tangiert, so wird das Regime mittelfristig gezwungen sein, das Tempo und das Ausmaß von Deregulierungen in der Wirtschaft zu erhöhen und sich noch stärker um ausländische Direktinvestitionen zu bemühen.

Eine offene Hinwendung des Regimes auf die EU ist jedoch kaum zu erwarten, denn sie wäre durch Forderungen der EU konditioniert und würde das Regime unterminieren. Moskau bleibt folglich in einer Position der letzten Verteidigungslinie und hat daher ein veritables Interesse an der Sicherung des bestehenden Schwebezustandes, bzw. des Status Quo. Solche

Interessenwahrnehmung verbietet auch das aktive Eintreten für einen eventuellen „Regime Change".

- .**Demokratischer Regimewandel oder Putsch der Nomenklatura**

Die große Unbekannte für das Überleben des derzeitigen Regimes ist die Wirtschaft. Verschärfen sich wirtschaftliche Abschwungtendenzen und werden sie nicht durch Zugeständnisse Moskaus (Energiepreise) bzw. durch Investitionen externer Mächte kompensiert oder aufgefangen, könnte sich neben der zu befürchteten administrativ-repressiven Entwicklung auch die Opposition als zukünftiger Gestalter der Politik durchsetzen. Hierbei käme es darauf an, eine für Moskau tolerierbare Führungspersönlichkeit zu finden, die das Land nicht gegen Moskau in Position bringen würde.

Eine Variante dieses Szenarios wäre ein Putsch aus der Mitte der Nomenklatur mit dem Ziel, gemeinsam mit Alternativkräften eine nach **Ost *und* West offene Große Koalition der Vernunft** zu bilden (Timmermann).

- **Repression gegen den demokratischen Aufbruch**

Die Situation in Kirgistan bekundet, dass Moskau wenig Bereitschaft zeigt, sich als Interventionsmacht in bürgerkriegsähnliche Verhältnisse der GUS hineinziehen zu lassen. Nun mag entgegnet werden, dass die zentralasiatischen Republiken weniger präsent und relevant für die europäische Politik des Kreml seien als Belarus. Das mag einerseits stimmen, vernachlässigt aber andererseits die gesamteuropäische Dimension der russischen Politik. Solange Europa, d.h. die EU als der Modernisierungspartner Russlands fungiert und sich demzufolge die russische Politik zwar ablehnend aber nicht konfrontativ gegen einige Forderungen und Ziele Brüssels verhält, würde eine wie auch immer verdeckte oder offene Unterstützung repressiver Praktiken in Belarus gegen Oppositionelle, die Beziehungen zwischen der EU und Moskau immens belasten. Mit anderen Worten: Die bedingungslose Unterstützung der »letzten Diktatur in Europa« lohnt sich für Russland nicht.

Eher ist eine Verständigung in einem solchen Konfliktfall zwischen Moskau und Brüssel angezeigt.

Schlussfolgerung: EU und GUS

Unmittelbar nach dem georgisch-russischen Krieg von 2008, in dem die EU erstmals als geopolitischer Akteur auftrumpfen und sich als Stabilisierungsfaktor für Osteuropa und dem Kaukasus ins Spiel bringen konnte, scheint die EU an die Grenzen ihrer Osterweiterung und damit auch ihrer Einflussnahme gestoßen zu sein.

Die Verhandlungen über den Abschluss des PKA mit Russland stocken seither, ein Durchbruch scheint vor allem an der russischen Maximalforderung der Visafreiheit zu scheitern. Das Assoziierungsabkommen mit der Ukraine, die an ihrer Position in der GUS als „Teilnehmer“ und nicht als Mitglied festhält, wurde zwar paraphiert, aber nicht unterschrieben. Zu Belarus besteht eine Art „Nicht-Beziehung“, die jedoch durch wirtschaftliche Verbindungen konterkariert wird. Ihre Entsprechung findet diese Beziehung zwischen der EU und Belarus im russisch-belarussischen Verhältnis. Lukaschenkos Forderung nach Gleichberechtigung mit Moskau fixiert den Unionsvertrag als virtuelle Idee ohne Aussicht auf Erfolg.

Gegenüber den Ländern Zwischeneuropas und des Kaukasus öffnet die EU ihre Märkte, wenn überhaupt, nur sehr zögerlich. Brüssel läuft damit Gefahr, dass sich diese Länder zwangsläufig über kurz oder lang auf Moskau oder auf andere Wirtschaftsregionen im Mittleren Osten, in der arabischen Welt oder Asien rückbesinnen müssen. Denn nach 20 Jahren Transformation und Ausbildung von nationaler Souveränität verflüchtigt sich auch das Trauma nationaler Führungscliquen, wieder von Moskau eingesammelt zu werden. Die Fluchtreflexe werden schwächer. Diese Angst begründete seither die Abwehr enger kooperativer oder sogar integrativer Vorschläge wie sie von Moskau seit 2003 mit dem „einheitlichen Wirtschaftsraum“ und danach mit den Projekten der Zollunion und der Eurasischen Union thematisiert wurden.

Blicken wir in die Zukunft, so drängt sich die Frage auf, ob die gegenwärtig sichtbaren Desintegrations- oder Umbrucherscheinungen in der EU so behoben werden, dass daraus eine qualitativ geschlossene Gemeinschaft entsteht, die sich möglicherweise auf eine kleinere Kerngruppe von tief integrierten und konsensbasierten Ländern stützt und damit auch nach außen handlungsfähig wird.

Oder ob die EU über einen längeren Zeitraum faktisch nach außen und das heißt nach Osten, wahrscheinlich auch nach Süden, machtlos bleibt. In welche Richtung sich die EU auch bewegen wird, sie hat als handlungsfähiges Subjekt im Kontext der labilen Multivektorenverhältnisse zwischen Moskau, Brüssel und den zwischeneuropäischen Staaten, eine schwierige Aufgabe zu lösen, nämlich die Balance zu wahren zwischen der Förderung demokratischen Wandels und der eingeforderten strategischen Partnerschaft mit Russland. In diesem Kontext wird die Kooperation zwischen Brüssel und Moskau schlechthin zum Erfordernis einer kooperativen Politik. Nicht im Sinne eines Sicherheitskondominiums über die Köpfe der betroffenen Staaten hinweg, aber zum Ausbau und zur Nutzung des bestehenden Kooperationspotenzial zur Stabilitätsförderung in diesem Raum.

RUSSISCHE FÖDERATION:
Gegner oder Partner: Asymmetrische Entwicklungen zwischen der EU und der Russischen Föderation

1. Eurasische Union: Modell der Gegenintegration als Pax Russicana für den GUS-Raum?

Noch vor den Wahlen zur sechsten Staatsduma unternahm der russische Premierminister und erklärte Präsidentschaftskandidat Wladimir W. Putin im Oktober 2011 einen Vorstoß, die stockenden Bemühungen um einen engeren, womöglich sogar integrativen Zusammenschluss der GUS-Länder voranzubringen. Eine Eurasische Union, als Gegenmodell zum westeuropäischen Integrationsprozess sollte unter Führung Moskaus die bislang vergeblichen Bemühungen die GUS-Staaten wirtschaftlich und politisch zusammenzuführen, endlich zum erfolgreichen Abschluss bringen. Diese Zielsetzung wurde zur künftigen Priorität russischer Außenpolitik erklärt. Eines stand von vornherein fest, dass damit keine Wiederbelebung imperialer Absichten oder gar eine Sammlungspolitik slawischen Bodens von Moskau angepackt werden sollte. Solche Vorhaben, die gegenwärtig unter rechtslastigen Gruppen der aufbegehrenden Protestbewegung herumgeistern, aber im Kreml kaum Resonanz, eher Furcht auslösen, würden außerdem auf den erbitterten Widerstand der seit dem Untergang der UdSSR fest in Machtpositionen verankerten und mit Privilegien ausgestatteten nationalen Führungseliten aus Politik und Wirtschaft in den kaukasischen, zentralasiatischen GUS Staaten stoßen und auch in der Ukraine, Belarus oder Moldawien kaum Rückhalt finden. Das Desaster des Unionsvertrages zwischen Belarus und Russland illustriert solche Versuche anschaulich. Selbst mit großzügigsten Offerten wäre die Aufgabe von Souveränität, das Einhegen von politischen Handlungsspielräumen und die Reduzierung von Entscheidungsfreiheiten der nationalen Führungscliquen in den anvisierten GUS-Ländern von Moskau kaum durchzusetzen. In Ländern wie der Ukraine, würden sich auch oligarchische Gruppen aus dem schwerindustriellen Osten des Landes, gegen solche Vorhaben zu wehren wissen. Daher sind auch Einschätzungen westlicher Experten und Medien absurd, dass sich im Gewande der Eurasischen Union eine neue Version des untergegangenen Sowjetimperiums herausbilden könnte, sozusagen eine *UdSSR light*. Ebenso abwegig sind Annahmen, dass damit die Abkehr Russlands von Europa, d.h. von der Europäischen Union eingeläutet würde, dass nun das eurasische Zeitalter für Moskau anbreche[38].

[38] Christian Wipperfürth, Eurasien: Eine Option oder Illusion?, in: Gernot Erler/Peter W. Schulze (Hg.) Die Europäisierung Russlands. Moskau zwischen Modernisierungspartnerschaft und Großmachtrolle, Frankfurt 2012, S. 229ff argumentiert vorsichtig diese Option.

Eher ist der damaligen Ankündigung und Begründung Putins Glauben zu schenken, dass es sich bei diesem Zusammenschluss um eine Art Defensivstrategie handele, nämlich eine Abschottung von Teilen des postsowjetischen Raumes gegen die Osterweiterungsambitionen der EU vorzunehmen, bevor diese wieder aus ihrer Stagnation erwache, d.h. ihre selbstgemachte Staatsschuldenkrise überwinde. Die gegenwärtige Schwäche und die abnehmende Attraktionskraft der EU in Osteuropa haben für die russische Politik, so könnte argumentativ unterlegt werden, faktisch ein "*window of opportunity*" geöffnet, dass mit eigenen Konzeptionen gefüllt werden soll. Dabei sollen die bestehenden Bausteine, nämlich die Zollunion zwischen Russland, Kasachstan und Belarus mit der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft, die außerdem Kirgistan und Tadschikistan umfasst, zusammengeführt werden. Ob das Vorhaben gelingt, steht auf einem anderen Blatt und kann von Moskau aus nicht dirigiert werden.

Wenn auch Putin in seiner vormaligen Position als Premierminister betonte, dass die Eurasische Union kein Gegenmodell zur Europäischen Union sei und vor allem sich nicht von dieser abgrenzen oder gar gegen die EU positionieren soll, denn die EU und vor allem einige ihrer Mitgliedstaaten fungierten als wichtige Ressourcen für den russischen Modernisierungsprozess, so bleibt dennoch abzuwarten, ob sich diese Union, wenn sie denn realpolitisch zustande kommen sollte, wirklich zu einem Bindeglied zwischen Asien und Westeuropa mausern könnte. Dass solche Vorstellungen in russischen Führungskreisen seit langem kursieren und möglicherweise auch durch den WTO-Beitritt des Landes weiter beflügelt wurden, ist auf frühere Äußerungen Putins zurückzuführen, der wiederholt im Sinne einer alten sozialdemokratischen Tradition vom einheitlichen Wirtschaftraum zwischen Lissabon und Wladiwostok sprach, dem wirtschaftspolitischen Gegenstück oder Unterbau zu der einst von Präsident Medwedew vorgeschlagenen gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur. Während der Medwedew Vorstoß auf wenig Gegenliebe in westeuropäischen Kreisen stieß und daher einstweilen in der Versenkung verschwand- in Korfu wird nicht zielführend verhandelt-, sind infrastrukturelle Vorhaben besonders im Transportbereich und eine Vielzahl von ausländischen Direktinvestitionen in Industrie-und Technologiesektoren weiter gediehen. Sie haben durchaus Chancen als Mosaiksteine solch ein Grand Design zu verwirklichen.

Ausgeschlossen ist, dass die beabsichtigten und im Ergebnis noch offenen Vorstöße hin zur Eurasischen Union gegen die EU gerichtet sind. Die EU bleibt der wichtigste Finanz- und Handelspartner sowie Technologielieferant für den Modernisierungsprozess Russlands, der nunmehr von der normativ-ideologischen Dimension befreit in eine praktische und industriepolitisch konkrete Phase eintreten kann. Das jedenfalls ist zu hoffen, denn dann können die miteinander verzahnten industriell- technologiepolitischen Prozesse auch Reformen im Bildungssystem anstoßen, sich gesellschaftspolitisch auswirken und letztlich vielleicht sogar die

immer wieder beschworenen KmU's ins Leben rufen, die Russland für seine wirtschaftliche Erneuerung so nötig braucht.

Um jedoch die wirtschaftlich und finanziell gebeutelten Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zu einem noch intensiveren Mitwirken an der 2007 verkündeten „Modernisierungspartnerschaft" mit Russland zu motivieren, bedarf es ebenfalls wirksamer Anstrengungen auf russischer Seite: Rechtunsicherheiten müssen beseitigt, der Korruption Einhalt geboten und bürokratische Verschleppungs- und Verhinderungsstrategien zurückgedrängt werden. All diese Faktoren stehen im Zusammenhang und können nur bedingt einzeln angegangen oder gelöst werden.

2. Asymmetrische Wirtschaftsentwicklungen in Europa: Die Überwindung der Wirtschaftskrise

Spätestens seit den schier aussichtslosen Rettungsanstrengungen[39] für Griechenland und für andere fragile Staaten des Mittelmeerraumes müssen wir uns mit der Idee vertraut machen, dass sich Europa, die Russische Föderation eingeschlossen, im Umbruch befindet. Asymmetrische Tendenzen hatten schon vorher die Integrationsfähigkeit der EU unterlaufen. Die EU, spezifisch die Euro-Zone, ist in der Krise, wenn nicht gar in der Auflösung begriffen oder zumindest im Prozess, Spreu vom Weizen zu trennen. Das hat, wie bereits am ukrainischen Fall exemplifiziert, Rückwirkungen auf Osteuropa. Die Attraktionskraft des Integrationsmodells schwindet. Diese Sicht der Dinge ist nicht nur auf Osteuropa beschränkt: an anderer Stelle warnte jüngst Joseph Stieglitz die asiatischen Staaten davor, das europäische Modell zu imitieren[40].

In Europa hat sich ein Prozess der wirtschaftlichen und damit auch der sozialen und politischen Ungleichmäßigkeit sowie Ungleichzeitigkeit von Entwicklung eingestellt, der sich spätestens seit dem neuen Millennium ankündigte. Aber imperial-transatlantisches Großmachtgehabe,

---

[39] Siehe dazu den fulminanten Beitrag des Ex-Bankers der WestLB, Ludwig Poullain, Weiter ungehalten in Cicero Nr. 9, 2012, S.90ff.

[40] Auch im transatlantischen Bündnis zeigen sich deutliche Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise und erfordern ein Umdenken. Folgt man Überlegungen des ehemaligen Verteidigungsministers Volker Rühe, der seinerzeit zu Beginn der 1990er Jahre ein glühender Verfechter der NATO-Osterweiterung war, so befindet sich nicht nur die EU sondern auch die NATO in einer existentiellen Krise. Siehe dazu: Volker Rühe/Ulrich Weisser, in: Cicero, 12.05.2012. Rühe und Weisser bemängeln, dass die NATO eine nach innen gerichtete Strategie verfolgt, die aber keine solche ist, weil sie keine Vorstellung davon hat wie sie ihre Relevanz unter dem Druck der Veränderungen im internationalen Staatensystem erhalten kann. Die Gegnerschaft zu Russland wird, so die Autoren, die NATO nicht zusammenhalten. „Die Nato muss sich für die strategischen Herausforderungen in Asien, Europa, Russland und den USA in die weltpolitisch veränderte Landschaft neu einfügen. Eine globale Rolle kommt für das Bündnis nicht infrage. Sie sollte sich auf die europäische Peripherie mit all ihrem Krisen- und Konfliktpotenzial beschränken. Angesichts der Herausforderungen für unsere Sicherheit gilt es, den Gefahren zu begegnen, die sich im südlichen Krisenbogen entwickeln. Dort sind schließlich die Interessen Europas, Amerikas und Russlands gefährdet."Letztlich treten beide Autoren für eine feste Verklammerung der USA mit Europa und Russland ein. „Amerika, Europa und Russland gehören im Grunde zusammen. Wohin sonst sollte sich Russland kulturell, politisch, ökonomisch und strategisch orientieren?"

Militärinterventionen und herbeigeredete Konfliktszenarien lenkten ideologisch von den grundlegenden Problemen des Kontinents ab, ja verdeckten diese. Staatsverschuldung und Eurokrise sowie die abnehmende internationale Wettbewerbsfähigkeit von Mitgliedsstaaten der EU illustrieren jene Veränderungsprozesse in der globalen Wirtschaft, in der nur noch vereinzelte Sektoren aus den europäischen oder US-amerikanischen Wachstumszentren die Bedingungen einer neuen Arbeitsteilung definieren. Die EU ist diesem Prozess stärker ausgesetzt als beispielsweise die Russische Föderation. Paradoxerweise wirkt sich die vielfach verspottete Abhängigkeit der russischen Wirtschaft vom Export kruder Rohstoffprodukte und von Energieträgern gegenwärtig weniger desaströs aus als der Wettbewerb in Produktgruppen mit hohen Wertschöpfungsanteilen.

Im Vergleich zu manchem EU-Staat kann die russische Wirtschaftspolitik Grosso modo auf sehenswerte Erfolge hinweisen. Zwar sind die Wachstumsraten des BIP nicht mehr so imposant wie in den ersten acht Jahren des neuen Millenniums, sie nähern sich westeuropäischen Verhältnisse an, aber Moskau kann immer noch auf die fünf großen Erfolge seiner Wirtschaftspolitik setzen.

Die Inflationsrate[41] *sinkt annähernd auf 5%, die Wachstumsrate des BIP liegt bei 5%, die Leistungsbilanz ist positiv, der Haushalt ist nicht defizitär und über 500 Mrd. USD liegen als Rücklagen bei der Zentralbank.*

Dass sich die russische Wirtschaft dennoch auf dünnen Eis bewegt und Konjunktureinbrüche wie schon 2008 bis 2010 das Wirtschaftswachstum zukünftig einschneidend beeinträchtigen können, ist freilich auch der russischen Führung klar. Hier liegt das Motiv für die weitergeführte Modernisierungsanstrengung, die hoffentlich unter dem neuen Präsidenten in eine mehr realwirtschaftliche Richtung gelenkt werden wird. Das solche Anstrengungen einen Zeithorizont von mehreren Dekaden umfassen, ist offensichtlich und wird durch Erfahrungen nachholender Entwicklung aus andern Wachstumszentren der globalen Wirtschaft bestätigt.

Nichtsdestotrotz bleibt die Zeitschiene ein wesentlicher Faktor, ebenso wichtig ist die Vorbereitung des innen-, gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Raums für die Modernisierungsschritte. Dabei stehen objektive Widerstände einer schrittweisen, Branche für Branche erfassenden Modernisierung und Erneuerung weiterhin im Wege.

Folgende Barrieren, die hier nur skizziert werden können, behindern die Umsetzung einer umfassenden Modernisierung[42]:

---

[41] RusslandAnalysen, Nr. 234, 24.02.2012, S. 9.

[42] Für eine ausführliche Erläuterung siehe: Peter W. Schulze, Genesis und Perspektiven des politischen Systems in Russland, in: Gernot Erler/Peter W. Schulze (Hg.) Die Europäisierung Russlands. Moskau zwischen Modernisierungspartnerschaft und Großmachtrolle, Frankfurt 2012; Derselbe, eine neue Etappe der Transformation: Modernisierung, Machtsicherung und kooperative Großmachtpolitik, in: Russland modernisiert sich – oder doch nicht?: in: IILP, Sozialwissenschaftliche Reihe Heft 36/37, Wien Dezember 2011, S.5ff.

- Eine klare Konzeption über die Ziele, Prioritäten und Entwicklungsschritte der Modernisierung auf Basis einer nüchternen prognostischen Analyse, welche Nischen und Sektoren mit eigenen Kräften zukünftig erreicht und besetzt werden können, fehlt bislang.

- Demzufolge fehlt die Klarheit mit welchen Instrumenten und mit welchen gesellschaftlichen Kräften, seien es die Kooperation mit externen Unternehmen oder die Mobilisierung endogener Innovationspotentiale, diese Ziele erreicht werden können. Dieser Ansatz ist nur punktuell und ziemlich verquast angegangen worden: Beispiel Skolkovo.

- Die Verzahnung von endogenen FuE-Potentialen mit internationalen Forschungs- und Entwicklungszentren wurde eingeleitet, aber müsste intensiviert werden. Besonders den ausgebildeten Forschungspersonal sollten mehr Chancen zur Umsetzung ihrer Arbeiten eingeräumt werden.

- Die Unterstützung von Rechtschutzorganen und die Schaffung einer unabhängigen Justiz zur Durchsetzung von Normen und Garantien wie zur Konfliktregelung zwischen Wirtschaftssubjekten sind bislang kaum erkennbar.

- Ineffiziente und korrupte staatliche Bürokratien ohne jedwede pro- Business Orientierung geben weiterhin den Ton an und verbauen die erforderliche Umsetzung von Modernisierungsmaßnahmen. Das trifft für nahezu alle Ebenen der Russischen Föderation zu.

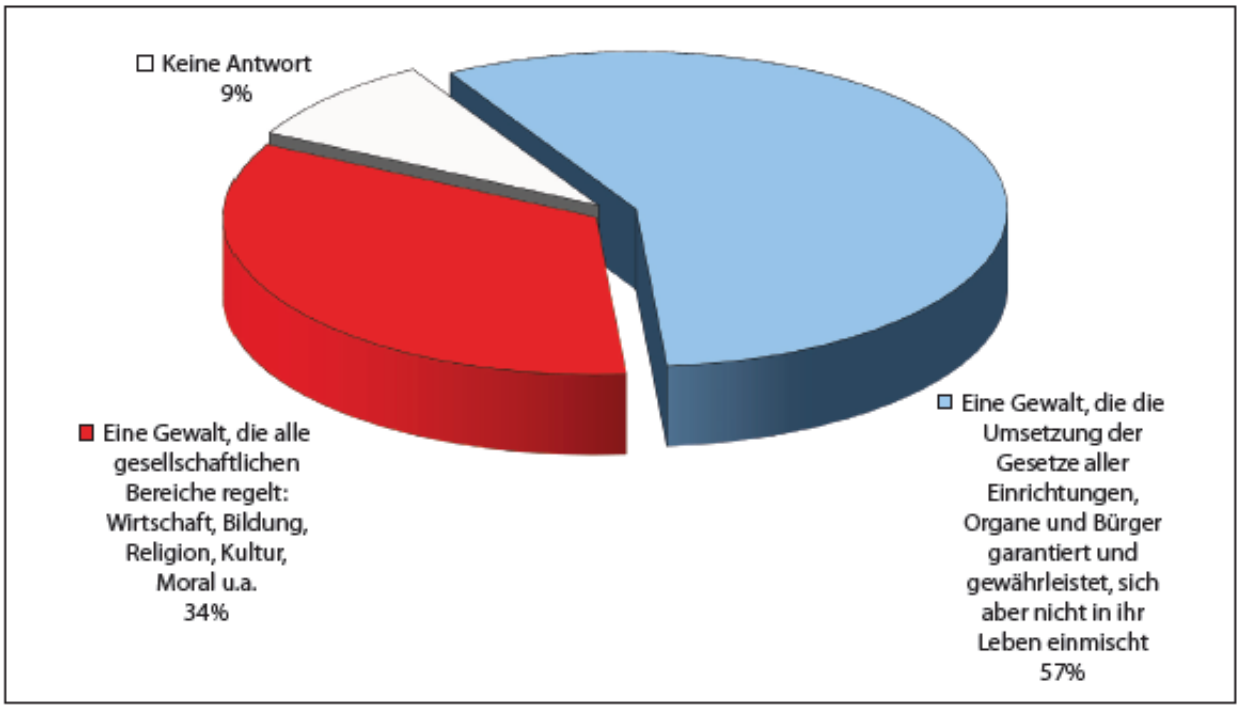
- Der Umbau und die Erneuerung des Bildungssystems sind für den Modernisierungsansatz zentral, um befähigtes Humankapital an Ingenieuren, Techniker, Managern, Administratoren und qualifizierten Facharbeitern heranzubilden. Ferner muss die noch ungenügend ausgebaute Transportinfrastruktur vorrangig aufgebaut werden.

Diese Liste ist beliebig verlängerbar. Jedoch sollte man sich nicht im Irrglauben wiegen, dass der Modernisierungsprozess nicht schon begonnen hat. Aber eben dessen Langfristperspektive lädt zu schnellen kurzatmigen Bewertungen ein.

Ebenso erstaunlich ist, schenkt man Umfragen Glauben, dass sich das bisher sehr stark auf einen starken Staat fixierte öffentliche Interesse, langsam dem europäischen oder westlichen Verständnis von Staatlichkeit annähert. So glaubt nur eine verschwindend kleine Minderheit, und

das schon seit Jahren, der russische Staat sei „stark“[43]. An die 40% meinen noch, dass er „relativ“ stark sei. Hingegen sieht der Rest eher die Schwäche der staatlichen Autorität und Durchsetzungskraft als gegeben an. Deswegen treten auch 40% der Befragten für eine Stärkung des Staates ein. Und eine ebenso große Zahl will den Staat unter gesellschaftlicher Kontrolle stellen[44].

Staatsverständnis im Wandel



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, zuletzt vom 1.–20. Mai 2011, http://www.levada.ru./press/2011051701.html

Quelle: RusslandAnalysen, Nr. 224, 15.07.2011, S.20.

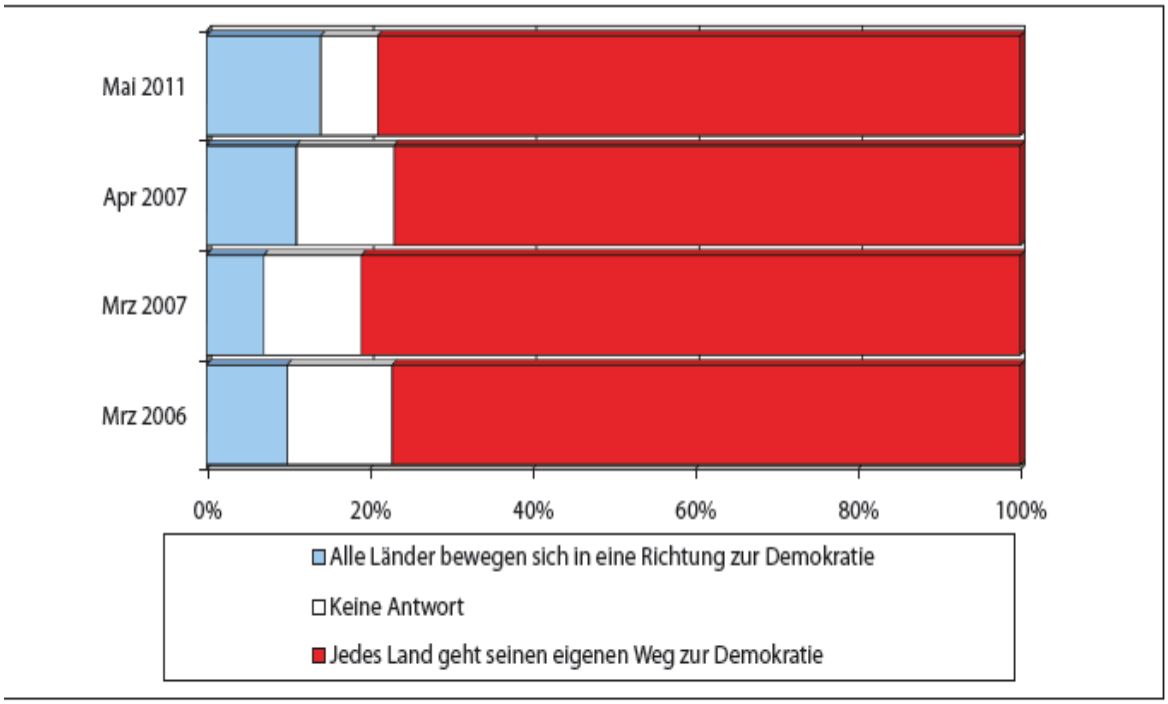
Hier deutet sich ein fundamentaler Wandel im Staatsverständnis der Bevölkerung an, der sich vor Zeiten in westeuropäischen Staaten anbahnte. Abgesehen von der unverhohlenen Forderung, der russische Staat solle sich modernisieren, sich zum „enabling state“, also zur Dienstleistungsagentur für die Gesellschaft transformieren, beharrt die Mehrzahl der Bürger darauf, dass sich trotz der allgemeinen Tendenzen zur Demokratisierung der politischen Ordnungen, jede Gesellschaft ihren eigenen Weg gehen müsse. Diese Auffassung richtet sich weder gegen Demokratievorgaben noch gegen estrebungen, westeuropäische Länder um Rat und Erfahrung anzugehen.

---

[43] RusslandAnalysen, Nr. 224, 15.07.2011, S.21.

[44] RusslandAnalysen, Nr. 224, 15.07.2011, S.20.

Bewegen sich die Länder auf einem einzigen Weg auf die Demokratie zu, oder geht jedes Land seinen eigenen Weg?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, zuletzt vom 13.–16. Mai 2011, http://www.levada.ru./press/2011062304.html

Quelle: RusslandAnalysen, Nr. 224, 15.07.2011, S.17.

Ein Zwischenfazit lässt sich bereits erstellen, dass auf Kontinuität unter den Entscheidungsträgern hindeutet:

Nämlich, dass der russische Modernisierungsprozess sich nicht ohne eine intensive Kooperation mit industriell und technologisch entwickelten Staaten erfolgreich umsetzen lässt. Russland benötigt die Kooperation in dieser perspektivisch essentiellen Frage mit den wichtigsten Mitgliedsländern der EU, so diese denn auch wollen oder noch können. Aber es mehren sich auch andere Stimmen, die andere Optionen vorschlagen. Solche Umpolung würde nicht unbedingt einen raschen oder fundamentalen Richtungswechsel implizieren, aber dem Zuschnitt der triangulär ausgerichteten russischen Außenpolitik eine andere Akzentuierung geben. Aus Konkurrenz und Sicherheitsgründen kann vorerst China eine solche Rolle nicht übernehmen. Mit Ausnahme Japans, das aufgrund der Kurilen-Problematik noch nicht den russischen Markt, abgesehen von Gebrauchtfahrzeugen in Sibirien und wenigen Pilotprojekten, für sich öffnen wollte, stehen die restlichen pazifischen Tigerstaaten bereit, in eine solche sich öffnende Bresche zu springen. Südkorea ist mit Direktinvestitionen sehr rührig, Indonesien und Malaysia sind wichtige Märkte für russische Rüstungsgüter geworden; Singapur hat beste Handelskontakte und schließlich entwickelt sich zu Indien in Fragen der Hochtechnologie eine erfolgversprechende Kooperation. Und erstaunlicherweise scheinen die intensiven Handelsverbindungen und

sicherheitspolitischen Gemeinsamkeiten im Schwarzmerraum zu einer Transformation der türkisch-russischen Beziehungen beigetragen zu haben: von Erbfeindschaft ist keine Rede mehr.

3. Russlands Wirtschaft: Prognosen für 2012 und 2013

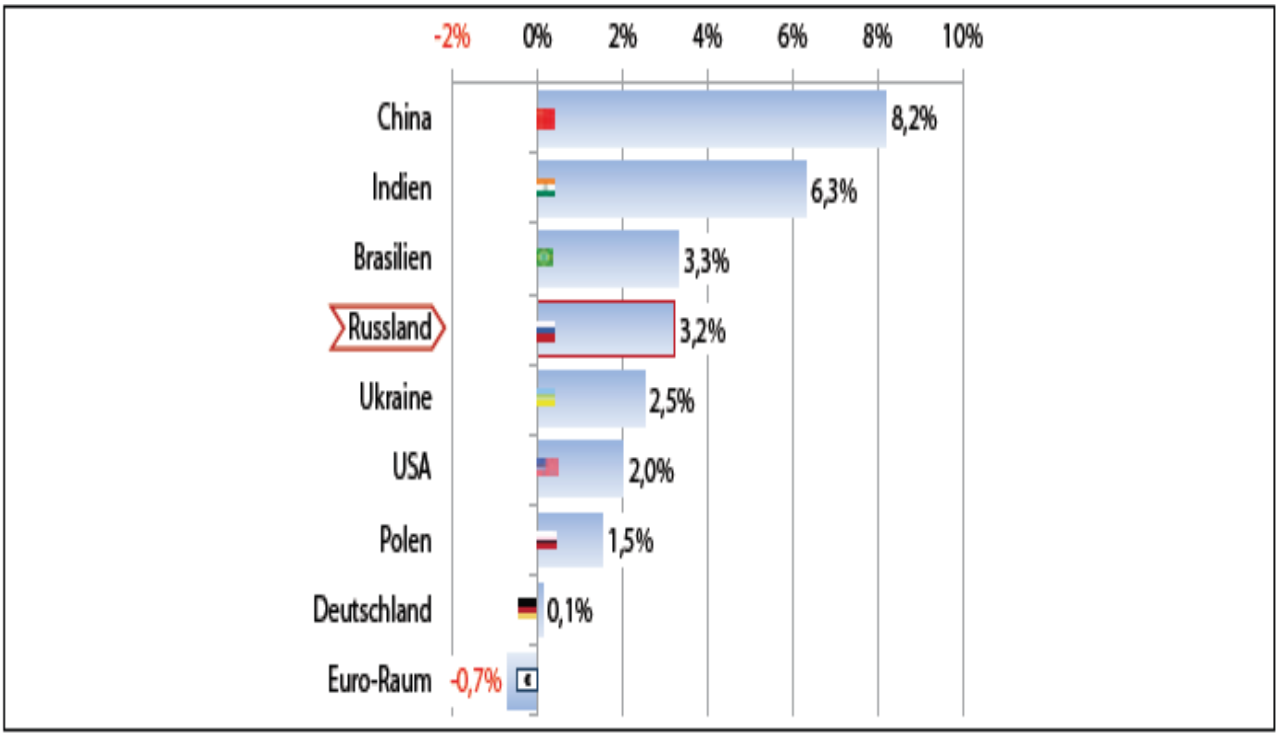
Blicken wir auf die russische Wirtschaftsentwicklung seit der Krise von 2008, so sollen folgende Daten hervorgehoben werden, die dann mit aller gebotenen Vorsicht auf die zukünftige Entwicklung projiziert werden können.

Die russische Wirtschaft hat sich von der tiefen Rezession relativ rasch erholt, aber die Zuwachsraten des BIP lagen unter früheren Erwartungen. Für die Jahre 2012 und 2013 werden Zuwächse von 3,2% und 4% prognostiziert[45]. Die Wirtschaft wird also langsamer wachsen als vor 2008. Diese Prognosen basieren auf der Entwicklung der Energiepreise, primär dem Ölpreis. Der private Konsum ist relativ robust, jedoch verhaltener als vor 2008. Die Exporte expandierten weniger stürmisch und die binnenländische Investitionstätigkeit lag bei mageren ca. 3%, also geringfügig unter dem Plateau von 2008. Für 2012 und 2013 werden Investitionsraten von 6,6% und 6,4 % erwartet[46]. In diesen Entwicklungen drückt sich eine gewisse Zurückhaltung beim privaten Konsum und bei Investitionen aus, denn die Krisenerfahrung hat den ungebremsten Optimismus von vor 2008 fortgesetzt auf steigende Rohstoff- und Energiepreise zu vertrauen, beschädigt. Russland machte nicht zum ersten Mal die Erfahrung, nicht nur Teil der wachsenden globalen Wirtschaft, sondern auch anfällig für deren Krisen zu sein, die in anderen Regionen ihren Ursprung hatten. Das war 1998 wie auch zu Beginn 2000 der Fall.

Zwar liegt das Land im internationalen Vergleich der BIP-Wachstumsraten und gemessen an den BRIC-Partnern Indien und China nur auf einen mittleren Rang, aber im Vergleich zum Euro-Raum, der mit minus 0,7% ein negatives Wachstum aufweist, steht Moskau immer noch präsentabel da.

[45] BOFIT Forecast for Russia 29.9.2011, BOFIT Forecast for Russia 2011-2013, S.1.

BIP-Prognose für das Jahr 2012 im Vergleich zum Vorjahr



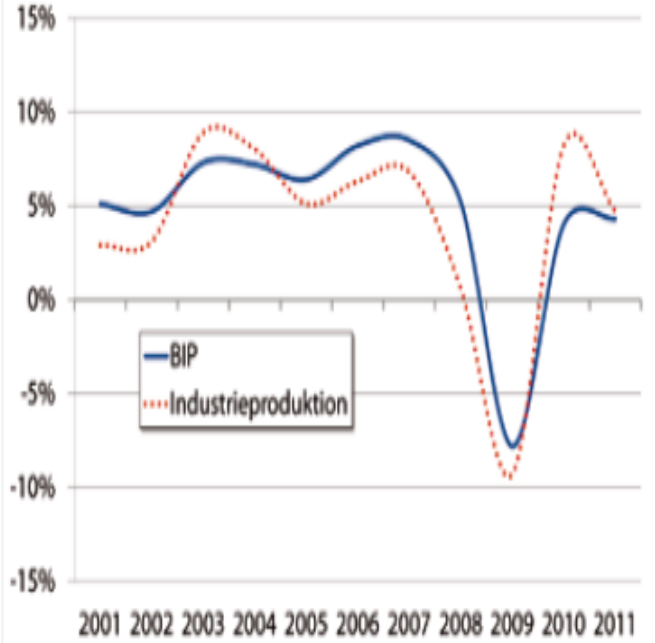
Quelle: The Economist, http://www.economist.com/markets/indicators/

RusslandAnalysen, Nr. 234, 22.04.2012, S.8.

Ähnlich wie in der ukrainischen Wirtschaft kann eine extrem hohe Interdependenz zwischen der Industrieproduktion und dem BIP ausgemacht werden. Beide Größen bewegen sich im Gleichtakt.

[46] Germany Trade& Invest, Wirtschaftstrend kompakt Jahresmitte 2012. Russland, http://www.gtai.de/GTAI/Content/DE/Trade/Fachdaten/PUB/2012/05/pub201205298022_17036.pdf.

BIP und industrielle Produktion seit 2001



	BIP	Industrie-produktion
2001	5,1%	2,9%
2002	4,7%	3,1%
2003	7,3%	8,9%
2004	7,2%	8,0%
2005	6,4%	5,1%
2006	8,2%	6,3%
2007	8,5%	6,8%
2008	5,2%	0,6%
2009	-7,8%	-9,3%
2010	4,0%	8,2%
2011	4,3%	4,7%

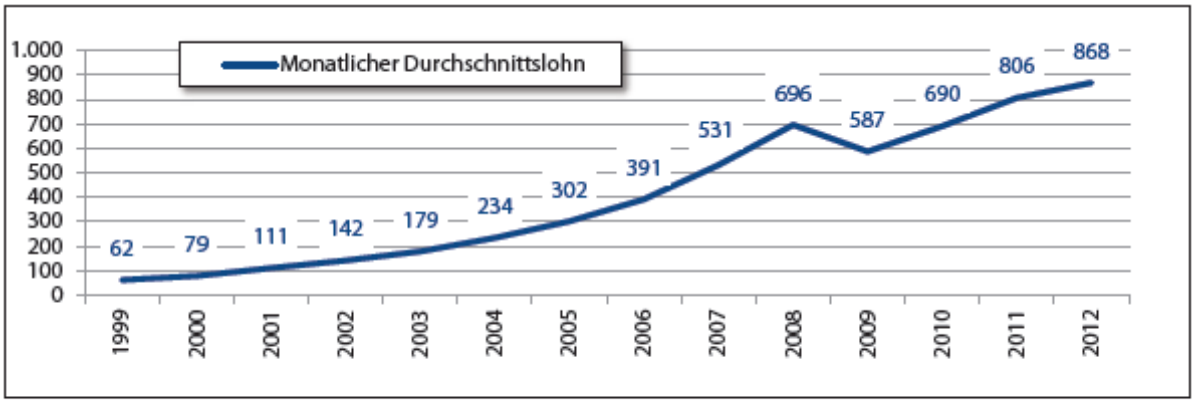
Quelle: Bank of Finland Institute for Economies in Transition, BOFIT Russia Statistics, http://www.suomenpankki.fi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/Pages/default.aspx

RusslandAnalysen, Nr. 234, 22.04.2012, S.8.

Der schwache Abschwung beim privaten Konsum hat allerdings seit der Krise 2008 zu einem Rückgang der Inflationsrate beigetragen. Die Inflationsrate fiel von 18,6% im Jahre 2001 auf 9,0 % im Jahre 2006 um dann bis 2008 in der Boom-Phase auf über 13% zu steigen. In der Krise fiel sie auf 8,8% und belief sich 2011 auf 6,1%[47].Der private Konsum ist zum Wachstumsmotor der Konjunktur geworden. Jedoch weicht die Zurückhaltung bei Lohn- und Einkommenssteigerungen der letzten beiden Jahre. Moderate Lohnsteigerungen im Privat-wie Staatssektor (an die Inflationsraten angepasst) sind zu erwarten.

[47] RusslandAnalysen, Nr. 234, 22.04.2012, S.9.

Monatliche Durchschnittslöhne in US Dollar



Anm.: Die Zahl für 2012 bezieht sich auf April.

Quelle: Bank of Finland Institute for Economies in Transition, BOFIT Russia Statistics, http://www.bof.fi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/

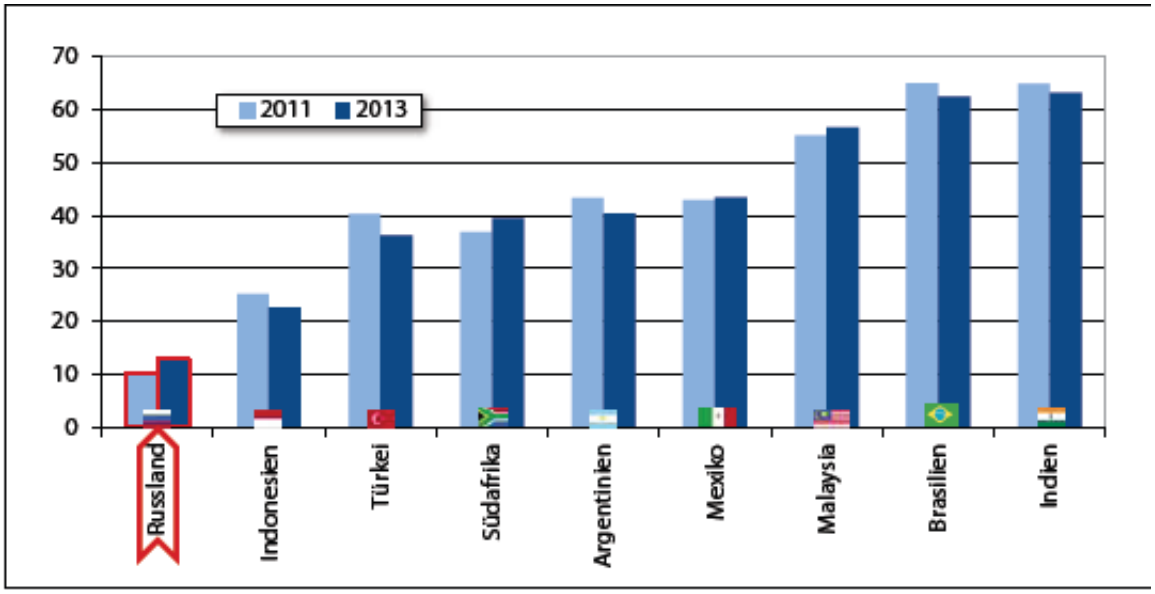
Quelle: RusslandAnalysen, Nr.240, 15.06.2012, S.14.

Die vor den Dumawahlen versprochene Aufbesserung sozialer Programme und die vorgesehene mittelfristige Erhöhung der Verteidigungsausgaben werden sich dämpfend auf die Investitionstätigkeit des Staates auswirken. Investitionen in die reale Wirtschaft werden durch den Staat abnehmen[48].

Und im internationalen Vergleich gibt es eine gewisse Plausibilität für diese Einstellung. Die Höhe der russischen Staatsverschuldung unter den Schwellenländern und BRIC-Staaten mit Ausnahme Chinas, ist äußerst komfortabel. Selbst wenn die Wahlversprechungen ab 2012 greifensollten, bliebe der Zuwachs an Staatsschuld immer noch gering.

[48] RusslandAnalysen, Nr. 234, 22.04.2012, S.19.

Russische Staatsverschuldung im internationalem Vergleich (% des BIP)



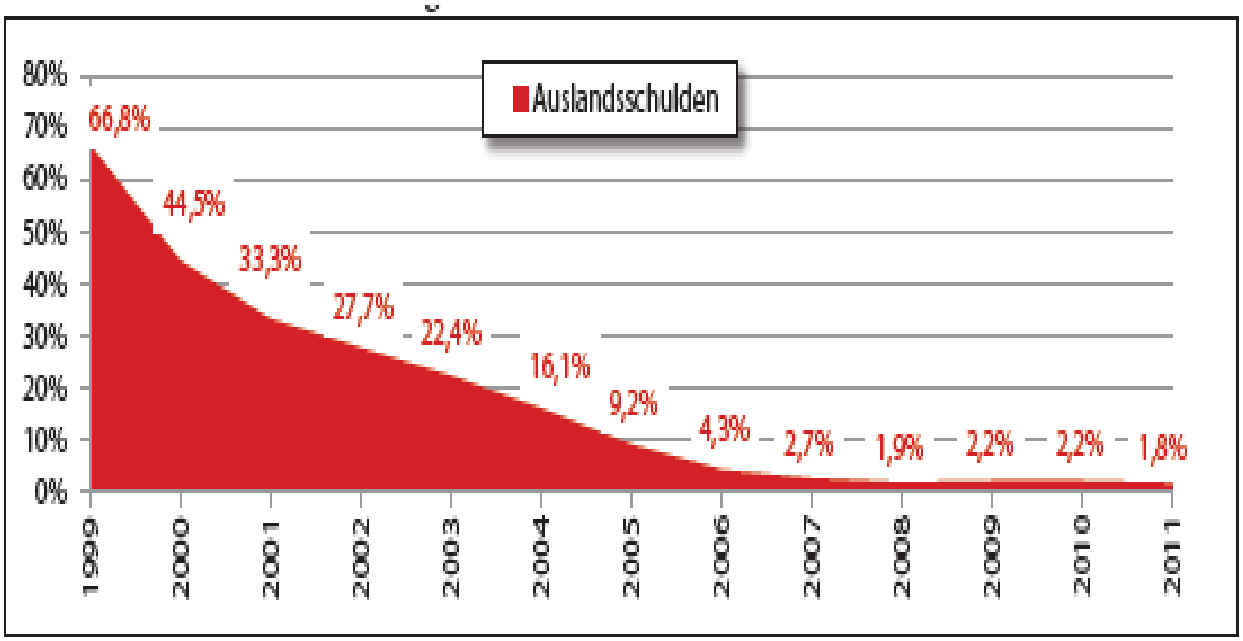
Quelle: IWF, Raiffeisen RESEARCH

RusslandAnalysen, Nr. 234, 24.02.2012, S.6.

Im Vergleich zum Euroraum würde Russland die Maastricht-Kriterien besser erfüllen als manches Land der Euro-Zone. Die ausländische Staatsschuld lag 2011 gemessen am BIP bei ca. 1,8%. Die gesamte Auslandsverschuldung von Staat und Banken sowie Wirtschaftsunternehmen lag 2010 bei ca.473, 73 Mrd. USD[49].

[49] http://de.rian.ru/business/20100405/125767020.html,

Auslandsverschuldung des russischen Staates (als Anteil am BIP)



Quelle: Bank of Finland Institute for Economies in Transition, BOFIT Russia Statistics,
http://www.bof.fi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/

RusslandAnalysen, Nr. 240,15.06.2012, S.14.

Die Krise ist jedoch nur bedingt ausgestanden. Sie lebt im Bewusstsein von Politik und Bevölkerung fort. Zwar sind Konsumgewohnheiten nicht drastisch verändert worden, es wird weiter geprasst und die relativ niedrige Sparquote deutet darauf hin, dass finanzielle Sicherheit oder Rücklagen für regnerische Tage noch nicht im Bewusstsein der russischen Bevölkerung angekommen sind. Aber die Mittelklasse des neuen Millenniums erlebte ihre erste Krise und reagierte entsprechend. Ein neues gesellschaftspolitisches Bewusstsein stellte sich ein. Partizipation, Transparenz der Entscheidungen werden angemahnt und hier nähern sich die Proteste der Straße mit den ansonsten eher auf Erhalt des Status quo fixierten Interessen der Mittelklasse.

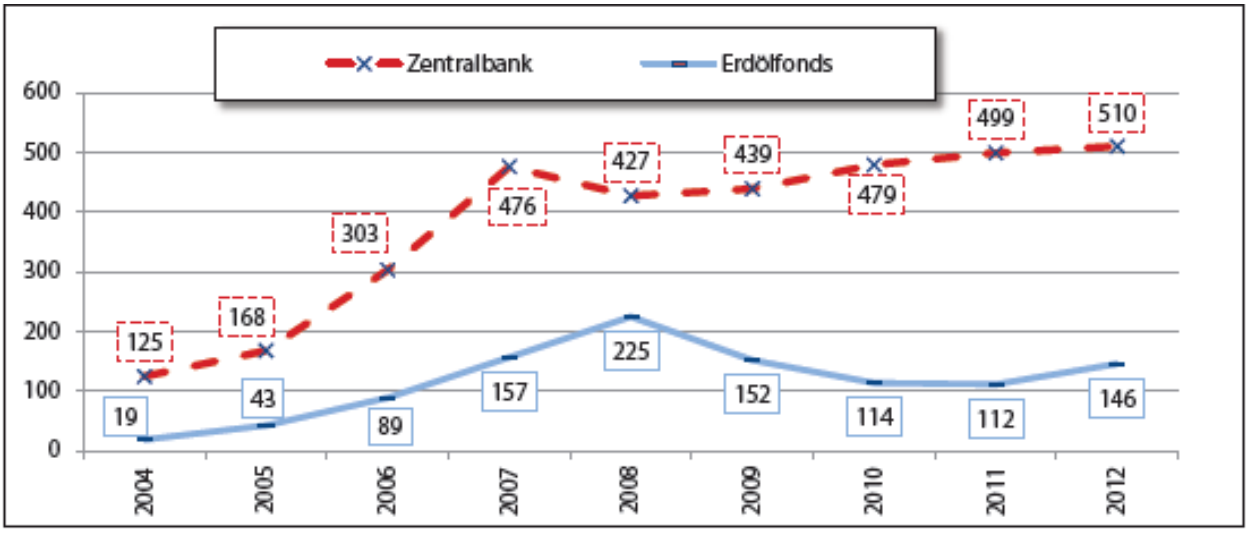
Haushaltspolitisch hat Moskau 2011 wieder mit einem geringfügigen Plus abgeschlossen und liegt hier vor seinen Konkurrenten aus der BRIC-Familie[50].

Im Zuge der wirtschaftlichen Erholung und der ungebremsten Handelsüberschüsse konnten die Rücklagen bei der russischen Zentralbank, die in den Krisenjahren für die Begleichung externer Verbindlichkeiten eingesetzt wurden, ihren Vorkrisenstand wieder erreichen. Die Rücklagen der

[50] RusslandAnalysen, Nr. 234, 22.04.2012, S.9.

Fonds, die in der Krise nahezu halbiert wurden, verharren auf einem stabilen Niveau, werden also nicht mehr abgezogen.

Zentralbankreserven und Erdölfonds (staatliche Fonds) in Mrd. USD



Anm.: Die Zahl für 2012 bezieht sich auf Mai.
Quelle: Bank of Finland Institute for Economies in Transition, BOFIT Russia Statistics, http://www.bof.fi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/

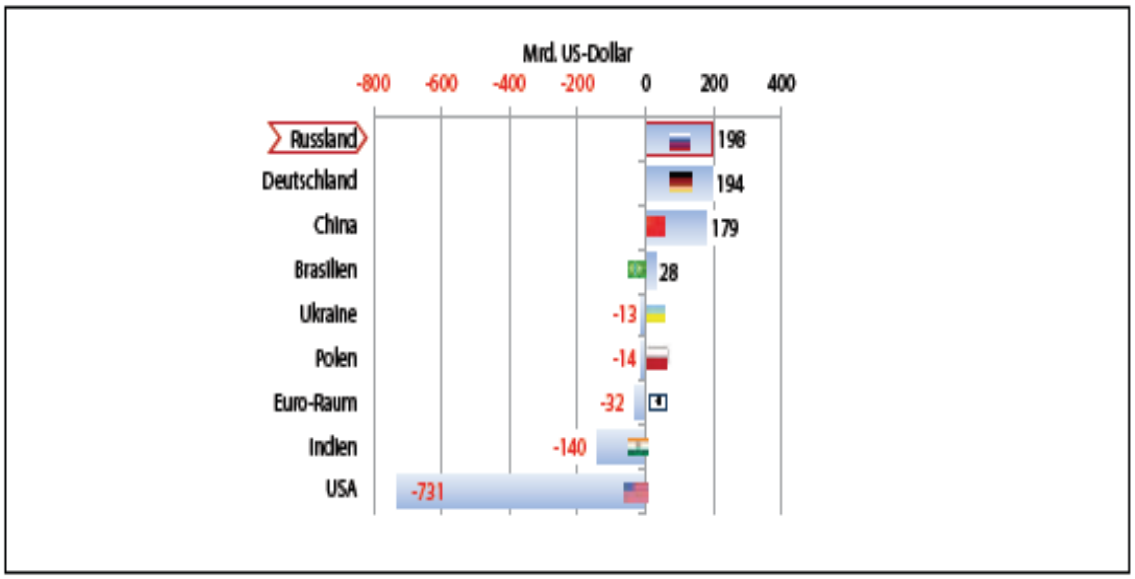
RusslandAnalysen, Nr. 240, 15.06.2012, S.13.

Im Außenwirtschaftsverhalten sind steigende Importe und langsam wachsende Exporte zu verzeichnen. Insbesondere wird der Export von Öl leicht absinken während Gasexporte und andere Rohstoffe zulegen werden.

Grundsätzlich hat sich aber seit Jahren an der Struktur des Handels wenig geändert. So bestanden russische Exporte 2010 zu 69% aus Energieträger, davon entfielen 53,4% auf Erdöl und Erdölprodukte, 12,8% auf Gas und 2,6% auf Kohle. Eisen, Stahl und Chemikalien folgten in weitem Abstand mit je ca. 5%. Maschinen und Transportmittel machten bescheidene 3,2% an den Exporten aus.

Importiert wurden Chemische Erzeugnisse in Höhe von 13,5%, Lebensmittel 12,3%Maschinen und Anlagen für 11,8% etc.

Handelsbilanz der letzten 12 Monate in Mrd. USD



Quelle: The Economist, http://www.economist.com/markets/indicators/

RusslandAnalysen, Nr. 234, 24.02.2012, S.10.

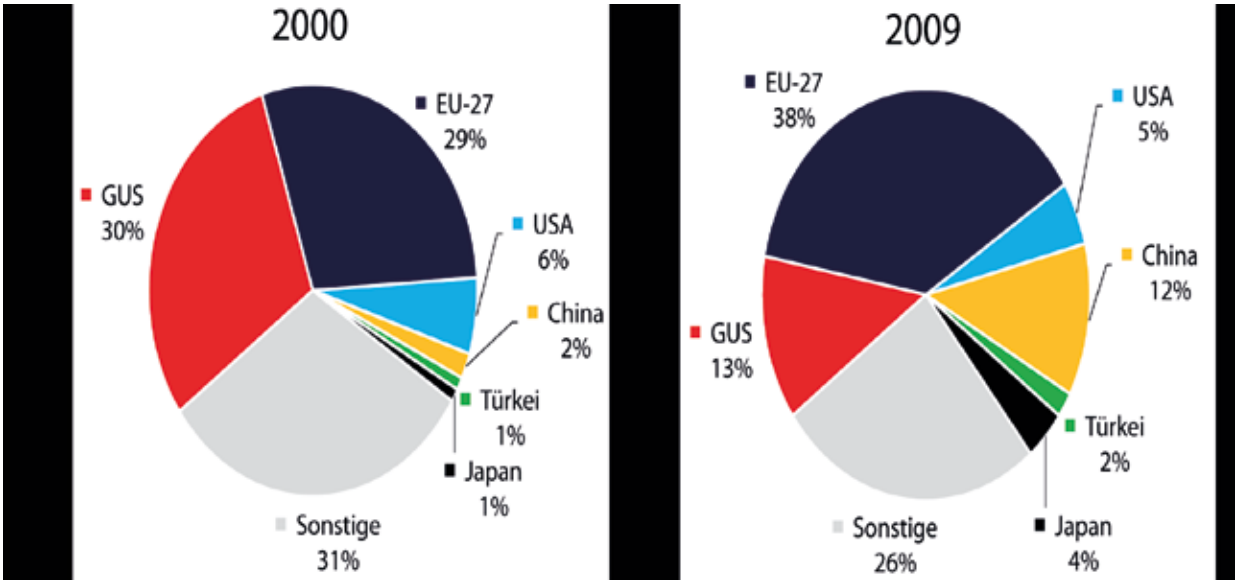
Trotz stärker steigender Importe weist die russische Handelsbilanz imposante Überschüsse aus. Selbst in den Krisenjahren 2008 bis 2010 wurden Überschüsse trotz Rückgangs der Preise und Volumina für Energieträger erzielt[51]. 2011 wies der Handel einen Überschuss von ca. 198 Mrd. USD aus.

So wenig Veränderungen es bei den Warengruppen des Imports und Exports gab, obwohl es zum Wechsel beim Import von Maschinen und Anlagen kam, so konstant blieben die Haupthandelspartner Russlands. Diese Tendenz verstärkte sich gegen Mitte der ersten Dekade Aus den Handelsbeziehungen, die ja in etwa auch die Orientierung der Außenpolitik mit konturieren, ist ersichtlich, dass beispielsweise die GUS, die zu Beginn der Dekade noch ca. 30% der Importe nach Russland bestritt und 14% der russischen Exporte aufnahm 2009 in ihrer handelspolitischen Relevanz für Russland starke Einbußen verzeichnen musste. Die Importe aus dem GUS-Raum fielen auf 13% und die russischen Exporte stagnierten bei 16%.

Allein aus diesen Zahlen kann abgelesen werden, und nimmt man noch die Warenstruktur des Handels hinzu, dass die GUS im Modernisierungskonzept der russischen Föderation nur eine Randrolle spielen kann.

[51] So betrug der Handelsüberschuss 2009 ca. 134 Mrd. USD und 2010 belief er sich auf 167,5 Mrd. USD; Angaben nach: GTI, Wirtschaftsdaten kompakt: Russische Föderation, Stand Mai 2011, S.2/4

Der russische Außenhandel: Importe nach Weltregionen

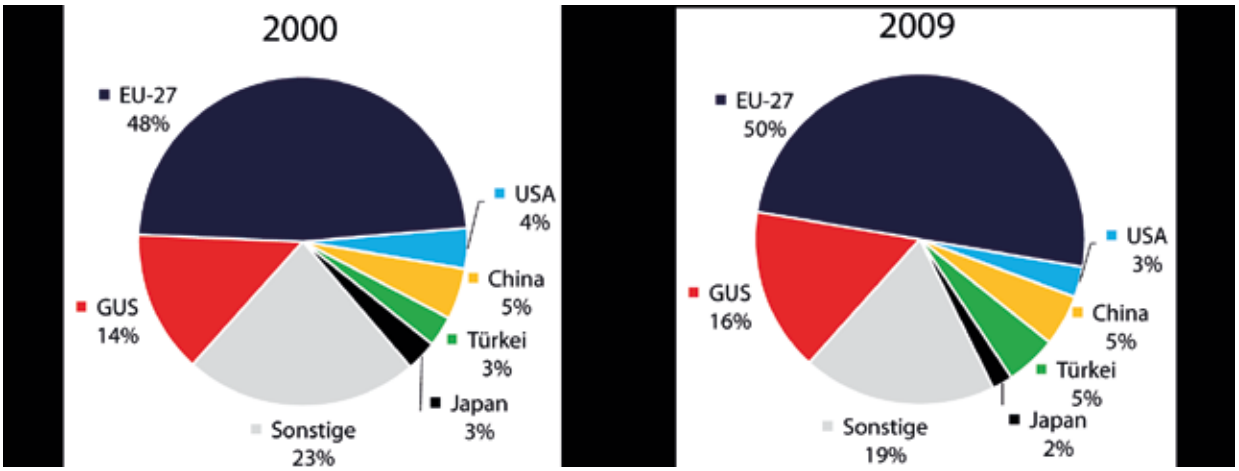


RusslandAnalysen, Nr. 221, 03.06.2011, S.10

Hierbei sei auf die besondere Struktur des Außenhandels mit der GUS hingewiesen. Denn russische Exporte in die GUS bestehen zu ca.40% aus Rohstoffen und Energieträgern. Aber zwischen 44% und 53% der Exporte setzen sich aus industriellen Waren zusammen. Die GUS fungiert also als eine Art Auffangbecken für russische Industrieprodukte, die zwar kostengünstiger sind aber auf den Weltmärkten nicht konkurrieren können.

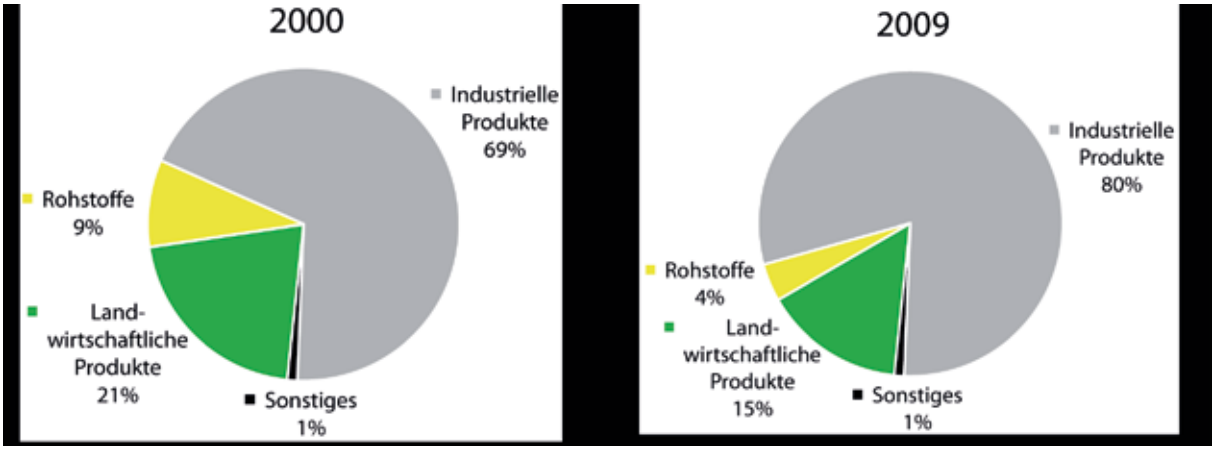
Im Gegensatz dazu die Europäische Union, die EU-27. Innerhalb von einer Dekade erhöhten sich die Importe aus der EU-27 anteilsmäßig an den russischen Gesamtimporten von 29% auf 38%. Eine ähnlich forcierte Entwicklung schaffte nur China. Die USA oder die Türkei fallen mit 3% und 5% kaum ins Gewicht.

Exporte nach Weltregionen



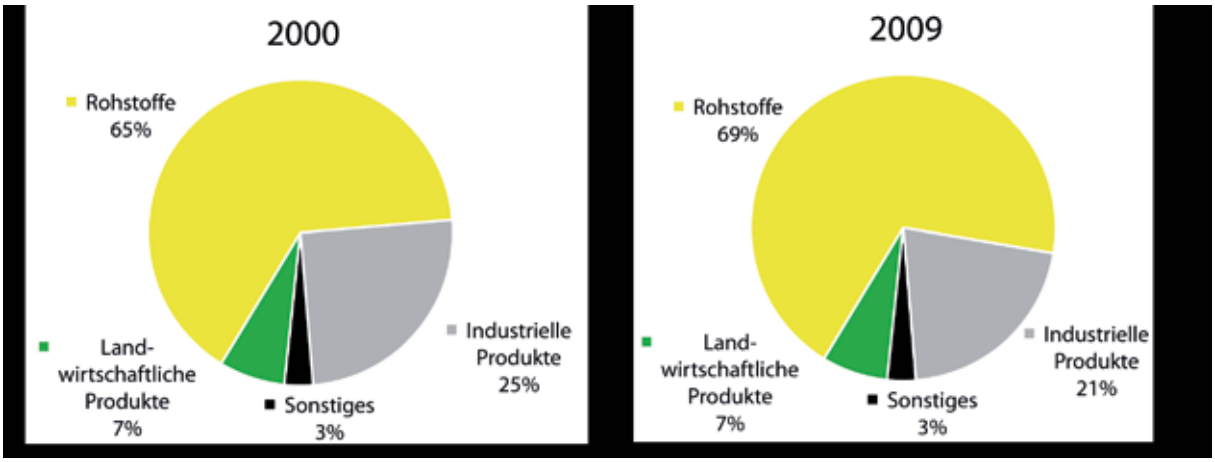
RusslandAnalysen, Nr. 221, 03.06.2011, S.10

Importe nach Warengruppen



RusslandAnalysen, Nr. 221, 03.06.2011, S.10

Exporte nach Warengruppen



RusslandAnalysen, Nr. 221, 03.06.2011, S.11

Die russischen Exporte in die EU blieben relativ konstant und machten ca. 50% an den Gesamtexporten aus. Nahezu alle übrigen Länder, einschließlich China und die USA lagen weit unter 10% bei den russischen Gesamtexporten[52].

Auf Basis dieser Handelsstraße ist die These nicht von der Hand zu weisen, dass Russland aus Gründen der eigenen wirtschaftlichen Entwicklung wenig Interesse daran haben kann, einen konfliktiven Kurs mit der EU zu fahren.

Innerhalb der Dekade veränderte sich die Warenstruktur der russischen Exporte in die EU-27 kaum. Über 80% sind Rohstoffe und Energieträger. Industrielle Produkte machen ca. 11% aus. Die EU spielt also eine dominierende Rolle beim industriellen Erneuerungsprozess Russlands.

[52] GTI, Wirtschaftsdaten kompakt: Russische Föderation, Stand Mai 2011, S.2/4, 2/5.

4. Prognose, Ausblick und eine vorsichtige Wertung

Wie schon die Annäherung von Wachstumsraten des russischen BIP an westeuropäische Standards indiziert, dass die fetten Jahre exorbitanten Wachstums vorbei seien, dass sich Russland in den europäischen Normalfall inkrementellen niedrigen Wachstums einpasst, so scheint diese Entwicklung nun auch auf die Politik durchzuschlagen. Die gesellschaftlichen Proteste sind der Auftakt für partizipatorisches Mitwirken aktiver Teilgruppen am politischen Entscheidungsprozess. Diese Proteste implizieren weder einen gesellschaftlichen Bruch mit dem System noch kann daraus eine vorrevolutionäre Situation abgelesen werden, wie Lilia Schewtsowa, eine der angesehensten Politologinnen des Moskauer Carnegie Zentrums, nicht müde wird, zu behaupten[53]. Russlands aktive Teile der Mittelklasse artikulieren ihre Interessen, eine Erscheinung wie sie aus der Politik aller entwickelten Industriegesellschaften der Westlichen Welt seit Dekaden bekannt ist. Der Protest richtet sich gegen Verkrustungserscheinungen in der Politik, gegen die Arroganz und Selbstisolation herrschender Kreise und deren Unwillen sich drängenden Problemen anzunehmen, sowie die daraus resultierenden Folgen von Korruption, repressiver Übergriffe und gravierender Defizite im Rechtssystem.

Die Präsidentschaft Putins kann sich weder den oppositionellen Forderungen verweigern noch sie durch administrative-repressive Mittel aufhalten. Die Pulverisierung der stützenden Machtpartei Edinaja Rossija wäre die Folge und der Legitimationsverlust der Präsidialmacht, sowieso schon angeschlagen durch die Manipulationsvorwürfe bei den Wahlen zur Staatsduma im Dezember 2011, wurde sich beschleunigen.

Solch ein Vorgehen würde auch das Ende des Modernisierungsprojektes und aller Ambitionen Putins bedeuten als Reformer und Wegbereiter der Moderne in die russischen Geschichtsbücher einzugehen. Entgegen der repressiven Option sollte der Kreml alles daran setzen, die sich artikulierenden Teile der Mittelklasse für sich zu gewinnen, ihr die Überzeugung vermitteln, dass es um „ihren Staat“ geht. Der Kreml ist herausgefordert, zu handeln. Eine Politik ohne und gegen die Mittelklasse und gegen ihre aktiven Gruppen würde zum Katastrophenszenarium von Schewtsowa oder zum Stillstand führen. Der Kreml braucht jene Kräfte, denn weder die Oligarchie noch regionale Machtgruppen sind in der Lage kompetente und loyale Kader für die Modernisierung bereitzustellen. Und Belehrungen von „außen“ sind wenig hilfreich, Investitionen schon.

---

[53] Shevtsova, Lilia, *The Temporary Return of Putin Co., Why Russia's Ruling Clan Won't Hold Power Forever* in: *Foreign Affairs* 03.10.2011, http://www.foreignaffairs.com/print/68236, >>Thus, future transformation in Russia could come only as the result of a revolution. Russian revolutions, of course, can have dramatic consequences. But Putin's rule offers Russia no other alternative<<. Im Text wird die deutsche Transkription, Schewtsowa, verwendet.

Projizieren wir die russischen Ereignisse in den historischen Kontext europäischer Entwicklungen, so kann man nüchtern konstatieren, dass Proteste und moderates wirtschaftliches Wachstum zum europäischen Alltag gehören. Insofern laufen die wirtschaftlichen wie die politischen Tendenzen in beiden Teilen Europas in etwa parallel: Russland reiht sich ein, wird zu einem n*ormalen Land in Europa*, aber das heißt auch mit all den Problemen und Besonderheiten, die dazu gehören. Und es bleibt zu hoffen, dass sich Mahner wie Wladislaw Surkow oder Alexander Kudrin in dieser unübersichtlichen innenpolitischen Lage mehr Gehör im Kreis der Entscheidungsträger verschaffen.

Hinzu kommt, dass Moskau ein ruhiges, kooperationswilliges außenpolitisches Umfeld zur Durchsetzung der Transformationsziele benötigt. Pragmatismus und Berechenbarkeit außenpolitischen Handelns sind gefordert, damit technologisches Know-How und Direktinvestitionen angezogen werden. Aber das impliziert nicht, bedingungslos die Vorgaben der EU oder der USA zu befolgen. Die Transformation ist in eine dritte Etappe nach der Auflösung der UdSSR getreten. Das Land hat die chaotische Phase der Jelzin-Ära hinter sich gelassen und muss sich nun von den Deformationen der ersten beiden Amtszeiten Putins emanzipieren. Ob dies in der dritten Präsidentschaft Putins gelingen kann, ist offen.

Die Entscheidungseliten, die seit dem neuen Millennium entstanden sind, vermögen dies nicht oder verweigern sich einer solchen Aufgabe, da sie mit dem Verlust von Privilegien und der Gefahr von rechtlichen Verfolgungen verbunden ist. Hier setzen die Aufgabe und das hoffentlich erfolgreiche Zusammenspiel von Protestbewegung und aufgeklärten Gruppen der Herrschaftsstruktur ein. Denn letztlich gehören zum Tango zwei Tanzpartner.

Was kann die EU in diesem Kontext tun, ohne als Störfaktor von dem einen oder anderen Lager ausgespielt zu werden? Denn diese Gefahr ist real.

Vor allem, die EU sollte aufhören das ewige Mantra zu beten, in Europa ist gegen und ohne Russland keine Sicherheit möglich, aber praktisch nichts tun, um Moskau in die Verantwortung einzubinden. Der Meseberg-Ansatz von Merkel und Medwedew vom Juni 2010 verabredet, war ein erster Schritt aus diesem Dilemma. Aber von Seiten der EU folgte kein ernsthaftes Eingehen auf den Vorschlag ein außen- und sicherheitspolitisches Forum analog dem NATO-Russland- Rat in der EU zu schaffen. Die Kontroversen um ein Folgeabkommen zum PKA illustrieren die verfahrene Lage. Die Lösung der Visaproblematik ist längst überfällig: die EU blockiert und die russisch-europäischen Wirtschaftsbeziehungen leiden darunter.

Europa kann und darf nicht riskieren, dass sich bei den russischen Entscheidungseliten eine anti-europäische Haltung verstärkt und die eurasische Option obsiegt. Leider sind solche Tendenzen real und die deformierte wie einseitige Zeichnung des Russlandbildes in den westlichen Medien kann mit daran Schuld tragen, falls sich Russland von Europa abwenden sollte. Noch ist diese

Gefahr nicht gegeben, aber angesichts der fundamentalen Umbrüche in den Machtkonstellationen des internationalen Staatensystems, der Ungewissheit über die Zukunft der EU sollten wir alles vermeiden, Russland in diese Richtung zu stoßen. Dabei wird die Diskussion über die Raketenabwehr sicher eine zentrale Rolle in der Zukunft einnehmen.

Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe – bisher erschienen

HEFT 1 (1981)
Albert Kadan: Parteifinanzierung in Österreich und der Bundesrepublik Deutschland
Erich Reiter: Vorschläge zur Neuregelung der Parteifinanzierung in Österreich
(vergriffen)

HEFT 2 (1982)
Wilhelm Brauneder: Staatsausgaben
(vergriffen)

HEFT 3 (1984)
Erich Reiter: Reform des Bundesrates
(vergriffen)

HEFT 4 (1984)
Eva Steindl: Die Fremdenverkehrsgesetze der Bundesländer
(vergriffen)

HEFT 5 (1985)
Erich Reiter (Hg.): Die friedenserhaltenden Operationen im Rahmen der Vereinten Nationen. Der Beitrag der neutralen Staaten Europas
(vergriffen)

HEFT 6 (1985)
Heinz Vetschera: Die Rüstungsbeschränkung des österreichischen Staatsvertrages aus rechtlicher, politischer und militärischer Sicht
(vergriffen)

HEFT 7 (1986)
Lothar Höbelt: Die Bundespräsidentenwahlen in der Ersten und Zweiten Republik
(vergriffen)

HEFT 8 (1986)
Helmut Berger: Verfahrensökonomie zum Verfahren 1. Instanz nach AVG und BAO
(vergriffen)

HEFT 9 (1986)
Anton Pelinka: Grün-alternative Aspekte in Ideologie und Programmatik der SPÖ
Manfried Welan: Grün-alternative Aspekte in Ideologie und Programmatik der ÖVP
Erich Reiter: Fortschritts- und Wachstumsverständnis in Ideologie und Programmatik der FPÖ
(vergriffen)

HEFT 10 (1987)
Ulrike Leopold-Wildburger: Ökonomie und Ökologie im Test der Meinungen
(vergriffen)

HEFT 11 (1987)
Heinrich Schneider: Akzeptanzprobleme der österreichischen Landesverteidigung
(vergriffen)

HEFT 12 (1988)
Ulrike Leopold-Wildburger: Österreich am Weg nach Europa. Modelle – Stichproben – Methoden.
Eine arbeitsökonomische Studie zum Meinungsbild der Österreicher

HEFT 13 (2006)
DIE ZUKUNFT EUROPAS
Franco Algieri: Zustand und Entwicklungsszenarien der EU im Lichte der Krise
Peter Schmidt: Die weltpolitischen Herausforderungen für die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika: Gemeinsamkeiten und Unterschiede
Herbert Scheibner: Friedensprojekt „EUropa“ vor neuen Herausforderungen
Erich Reiter: Die Aufnahme der Türkei – eine sicherheitspolitische Überdehnung?

HEFT 14 (2006)
Waldemar Hummer: Zum weiteren Schicksal des Vertrages über eine Verfassung für Europa

HEFT 15 (2006)
STEUERPOLITIK
Ernst Gehmacher: Im Zyklus gefangen zwischen Wachstum und Krise
Erich E. Streissler: Steuerpolitik und Umverteilung
Oliver Ginthör: Steuergerechtigkeit aus Sicht der Steuerzahler
Herbert Scheibner: Überlegungen zur Steuerpolitik

HEFT 16 (2006)
KAMPF DER KULTUREN?
EUROPA UND DER ISLAM
Elsayed Elshahed: Zwischen Menschenrechten und Menschenwürde. Einige Gedanken zur Rezeptions-problematik der Meinungsfreiheit
Hans Winkler: Toleranz ist keine Einbahnstraße
Herbert Scheibner: Ist ein „Kampf der Kulturen“ vermeidbar?
Erich Reiter: Integration und/oder Kulturkampf
KINDER UND GEWALT: OPFER UND TÄTER
Herbert Scheibner: Kinder und Gewalt: Opfer und Täter
Katharina Beclin: Erfordert die Entwicklung der Kriminalität Unmündiger neue Antworten?
Karin Gastinger: Ein politisches Statement zum Thema Kinder und Gewalt
Gabriele Zierung: Kinder und Gewalt: Opfer und Täter
Astrid v. Friesen: Kinder und Gewalt. Opfer und Täter

HEFT 17 (2006)
BEGLEITHEFT ZUR AUSSTELUNG
LIBERALE POLITIK IN ÖSTERREICH
Manfried Welan: Unwissenheit als Grund von Freiheit und Toleranz. Drei Weise aus dem alten Österreich: Friedrich August von Hayek, Karl Raimund Popper, Hans Kelsen
Lothar Höbelt: Das Schicksal des politischen Liberalismus in Österreich
Walter M. Iber, Erich Reiter: Die Soziale Marktwirtschaft als Ausdruck wirtschaftsliberalen Denkens. Programmatische Positionen der politischen Parteien seit 1945
Alfred Gerstl: Der verspätete Liberalismus im Österreich nach 1945. Politische, gesellschaftliche und „liberale“ Ursachen
Walter M. Iber: Der „Raab-Kamitz-Kurs“: Liberale Wirtschaftspolitik?
Friedhelm Frischenschlager, Erich Reiter: Teilweise überarbeitete Auszüge aus: Liberalismus in Europa
Anhang: Wirtschaftspolitische Positionen der österreichischen Parteien seit 1945: ÖVP, SPÖ, FPÖ/BZÖ und die Grünen

HEFT 18 (2006)
VOM LIBERALEN ZUM SOZIALEN STAAT
Erich Reiter: Einbegleitung: Über den politischen Gebrauch des Wortes „Liberalismus“
Manfried Welan: Liberales im Verfassungsrecht des Bundes
Urs Schöttli: Vom liberalen zum sozialen Staat. Eine ostasiatische Perspektive
Andreas Unterberger: Bürgerlich: Was ist das?
Gunther Tichy: Die neue Unsicherheit
Ernst Gehmacher: Die Gesellschaftsordnung des Erfolges. Der liberale Sozialstaat
Wolfgang Neumann: Welche Zukunft für den Sozialstaat? Europäischer und internationaler Vergleich
Jörg Schütze: Mittelstandsförderung und Fremdkapitalbedarf. Basel II und die Folgen **Werner Pleschberger:** Generationenvertrag – (noch) sozial gerecht?

HEFT 19 (2006)
DER LANGSAME WEG ZU EINER EUROPÄISCHEN SICHERHEITSPOLITIK
Lothar Rühl: Entwicklung und Möglichkeiten der ESVP
Reinhardt Rummel: Das Ende des Provinzialismus? Europäische und transatlantische Perspektiven der ESVP
Erich Reiter: Europas Sicherheitspolitik nimmt nur sehr langsam Gestalt an
Heinz Gärtner: Die Zukunft europäischer Armeen: Traditionalisten und Modernisierer. Woran orientiert sich Österreich?
Günter Hochauer: Verteidigungspolitische Erfordernisse. Konsequenzen aus dem stagnierenden Prozess einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik
Erich Eder: Miliz – Zukunftsträchtig für moderne Streitkräfte? Die Nationalgarde in den Vereinigten Staaten von Amerika
Helge Lerider: Die Türkei und die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union

HEFT 20 (2007)
DIE GENERATIONENFRAGE AUS LIBERALER PERSPEKTIVE
Wolfgang Mazal: Brauchen wir einen neuen Generationenvertrag?
Urs Schoettli: Die alternde Gesellschaft. Eine zentrale Herausforderung an die liberale Politik
Werner Pleschberger: Perspektiven des Generationenvertrages. Realistische Solidaritätskultur, neue Rechtsnormen und Institutionen
Thomas Neumann: Der Nachhaltigkeitsfaktor. Ein Instrument zur Generationengerechtigkeit im österreichischen Pensionssystem
Andreas Kirschhofer-Bozenhardt: Spurensuche nach den großen Problemen

HEFT 21 (2007)
Schwerpunkt: **FÖDERALISMUS ALS GESTALTUNGSPRINZIP**
Franz Fiedler: Föderalismus als Gestaltungsprinzip
Peter Bußjäger: Streiflichter zum österreichischen Föderalismus
Gerhart Wielinger: Legenden, Glaubenssätze und die österreichische Wirklichkeit. Bemerkungen eines langjährig praktizierenden Föderalisten
Günter Voith: Schein und Sein im österreichischen Föderalismus

sowie:
Martin Malek: Russlands „Energieaußenpolitik“ und der Südkaukasus**.** Geopolitik, *frozen conflicts* und europäische Abhängigkeiten

HEFT 22 (2007)
Schwerpunkt: **GENFORSCHUNG, GENTECHNIK UND GENMEDIZIN**
Andreas Kirschhofer-Bozenhardt: Statt eines Vorwortes: Genforschung verliert Schrecken. Ergebnisse einer IMAS-Umfrage im Auftrag des Internationalen Instituts für Liberale Politik Wien
Michael Stormann: Genmedizin in Europa
Clemens Leitgeb: Genmedizin in der Onkologie
Wolfgang Schallenberger: „Genmedizin“. Gentechnik in der Medizin aus wirtschaftlicher Sicht

sowie:
Iris Kempe: Die europäisch-russischen Beziehungen und die ***Russlandpolitik der EU***

HEFT 23 (2007)
LIBERALE POLITIK IN ÖSTERREICH.
Ein Nachheft zur Ausstellung des Internationalen Instituts für Liberale Politik vom 19. – 29. September 2006. Liberale Politik in Österreich.
Eine Ausstellung des Internationalen Instituts für Liberale Politik vom 19. – 29. September 2006 in der Säulenhalle des Parlamentsgebäudes in Wien
Erich Reiter: Über den politischen Gebrauch des Wortes „Liberalismus“
Lothar Höbelt: Das Schicksal des politischen Liberalismus in Österreich

HEFT 24 (2008)
KLIMAWANDEL UND ATOMENERGIE
Erich Reiter: Einführung in die Thematik Klimawandel, Schadstoffhandel und Atomenergie
Helmut Stubner: CO2-Emissionszertifikatehandel – ein liberaler Standpunkt
Volkmar Lauber: Kyoto-Protokoll, Emissionshandel und Energiewende
Stefan Pickl: Der internationale Emissionszertifikatehandel im Spannungsfeld von ökonomischen und ökologischen Ziesetzungen
Dieter Drexel: Ökologie und Ökonomie im Spannungsfeld des Kyotoprotokolls
Erich Gornik: Klimaschutz und Kernenergie

HEFT 25 (2008)
Schwerpunkt: **ÜBERLEGUNGEN ZUR NEUTRALITÄT**
Erhard Busek: Neutralität Österreichs – Herz oder Museumsstück
Heinz Gärtner: Eine moderne Neutralität ist flexibel
Erich Reiter: Neutralität als österreichische Ideologie
Gottlieb F. Hoepli: Neutralität in der Schweiz

sowie:
Peter W. Schulze: Elf Thesen ***zur russischen Innen- und Außenpolitik*** am Ende der zweiten Amtsperiode Putins
Günther Ofner: Die ***EU als Energiemanager***

HEFT 26 (2008)
Schwerpunkt: **ASIEN UND DIE AUßENPOLITIK DER EU**
Urs Schoettli: Chinas Rückkehr auf die Weltbühne
Gustav C. Gressel: „Brothers in Evil“ oder „Apfel und Birne“: Übersicht über die Menschenrechtsverletzungen, Demokratie- und Rechtsstaatsdefizite in der Volksrepublik China und Burma
Franco Algieri: Die Zentralasienpolitik der Europäischen Union: Interessen und Konflikte

sowie:
Eugene Kogan: Die Beziehungen ***Israels*** zur ***NATO***

HEFT 27 (2008)
Schwerpunkt: **GEORGIENKONFLIKT**
Gustav C. Gressel: Der Krieg im Kaukasus vom 07.08.2008 bis 14.08.2008
Aschot Manutscharjan: Georgien suchte Krieg mit Russland
Eugene Kogan: The Russian-Georgian Conflict: An Assessment
Peter Schmidt: Der Georgische Knoten – Mögliche Beiträge der EU zur Beilegung des Konflikts
sowie:
Gerhard Will: Permanenter Ausnahmezustand
Birmas leidvoller Weg ins 21. Jahrhundert
Gudrun Harrer: Zur Rolle von Stammesstrukturen in Konfliktlagen: Das Beispiel ***Irak*** und die US-amerikanische „Using the Sheickhs"-Politik

HEFT 28 (2009)
Schwerpunkt: **HAT DIE MARKTWIRTSCHAFT ZUKUNFT?**
Gerald Schöpfer: Ist die freie Marktwirtschaft zum Untergang verurteilt?
Erhard Fürst: Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise: Marktversagen? Staatsversagen?
Helmut Kern: Hat die Marktwirtschaft noch Zukunft? – Staatliche Regulierung löst die Probleme nicht
Bernhard Martin: Entwicklungschancen für Politischen Liberalismus in Österreich in Folge der weltweiten Finanzkrise. Eine makrosoziologische Diagnose
Rainer E. Schütz: Hat die Marktwirtschaft eine Zukunft?
sowie:
Walter Schragel: Schadenersatz für behindertes Kind?
Henriette Riegler: Der Staat Kosovo – wirklich ein Projekt Europäischer Sicherheit?

HEFT 29 (2009)
OSTASIEN – GEOSTRATEGISCHER SCHWERPUNKT DER WELT
Urs Schöttli: Brennpunkte in Ostasien – Sicherheitspolitische Herausforderungen
Gudrun Wacker: Auf der Suche nach Harmonie: China als regionaler und globaler Akteur
Rudolf Logothetti: Die Rolle der USA in Ostasien – eine europäische Sicht
Eugene Kogan: The Russian-Chinese Disconnect in the Defence Industry Field
Sebastian Harnisch: The Korean Conundrum: Moderating Expectations and Containing Nuclear Extortion
Urs Schöttli: Japans Rolle in Ostasien und in der Welt
Yuan-hsiung Chen: The Security Situation of the Republic of China
Chong-pin Lin: Melting the Ice: Beijing's Emerging Taiwan Policy
Bill Keh-ming Chen: The Role and Influence of the United States in East Asia
Gustav C. Gressel: Anmerkungen zu den politischen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Taiwan

HEFT 30 (2009)
ÜBERLEGUNGEN ZU STAATSREFORM UND EUROPAPOLITIK
Heimo Hofmeister: Staat und Individuum
Christian Stadler: Österreichische Staats- und Verwaltungsreform aus liberaler Perspektive
Roland Vaubel: Nie sollst Du mich befragen? Weshalb Referenden in bestimmten Politikbereichen – auch in der Europapolitik – möglich sein sollten.

HEFT 31 (2009)
BEITRÄGE ZUR ÖKONOMISCHEN UND GESELLSCHAFTLICHEN SITUATION
Erhard Fürst Die EU in der Finanz- und Wirtschaftskrise
Bernhard Martin Konkordat: Kulturpolitischer Klotz am Bein moderner, liberal-demokratischer Staatlichkeit?
Andreas Kirschhofer-Bozenhardt
Wahlen gewonnen, Zukunft gefährdet?
Beqir Sadikaj Causes That Have Influenced Appearance of Trafficking and Prostitution in Kosovo, Ways of Deceits of Victims and Their Submission into Slavery
sowie:
Gustav C. Gressel Bericht von der Veranstaltung: „Brauchen wir eine neue europäische Friedensordnung?"

HEFT 32 (2010)
EINE NEUE SICHERHEITSARCHITEKTUR FÜR EUROPA?
Russische und europäische Positionen
Andrei Zagorski: Der Medwedew-Vorschlag eines europäischen Sicherheitsvertrags
Vladislav Belov: Russische Positionen für eine europäische Sicherheitsentwicklung
Johann Frank: Die sicherheitspolitischen Möglichkeiten der EU: Kann die EU der Sicherheitspartner Russlands sein?
Peter Rudolf: Amerikanische Russlandpolitik und europäische Sicherheitsordnung
Peter W. Schulze: Braucht Europa eine neue Charta? Initiativen für und Widerstände gegen eine gesamteuropäische Friedensordnung

HEFT 33 (2010)
RECHTLICHE UND SICHERHEITSPOLITISCHE HERAUSFORDERUNGEN DER EU
Peter Becker: Die europäische Kompetenzordnung zwischen Anpassungsfähigkeit, Effizienz und Legitimität
Thorsten Hüller: Über Demokratie/Demokratisierung in der EU
Jan Oppermann: Flexibilisierung und Depolitisierung: Optionen für eine Steigerung der Effizienz europäischen Regierens
Roland Vaubel: Nie sollst Du mich befragen. Warum Referenden auch in der Europapolitik möglich sein sollten (Wiederabdruck aus Heft 30)

HEFT 34 (2010)
BRAUCHEN WIR EINE EUROPA-ARMEE?
Erich Reiter: Die Sicherheit Europas
Günter Barnet: Verteidigungspolitische Positionierungen und Ideen zu einer Europa-Armee – Gedanken über in Österreich nicht stattfindende Diskussionen
Werner Fasslabend: Brauchen wir eine Europaarmee?
Johann Frank: Perspektiven einer Europäischen Armee nach dem Vertrag von Lissabon
Herbert Scheibner: Euroarmee – Traum und Wirklichkeit
Anhang: Die Einstellung der Österreicher zu einer Europa-Armee

HEFT 35 (2010)
LIBERALISMUS – EIN ALLERWELTSBEGRIFF ODER ANWALT DER FREIHEIT?
Lüder Deecke: Freiheit und Verantwortung
Erich W. Streissler: Liberalismus in ökonomischer Sicht
Rudolf Burger: Anmerkungen über das Wesen des Liberalismus
Andreas Unterberger: Liberales Denken statt liberaler Parteien: 17 Denkanstösse

Gregor Henckel-Donnersmarck: Liberalismus und Religion
sowie:
Michael Macek: Über die Freiheit der Kunst

HEFT 36/37 (2011)
RUSSLAND MODERNISIERT SICH – ODER NICHT?
Peter W. Schulze: Eine neue Etappe der Transformation: Modernisierung, Machtsicherung und kooperative Großmachtpolitik
Hannes Adomeit: Russlands Modernisierungs-partnerschaft(en)
Falk Bomsdorf: Russland modernisiert sich – nicht
Johannes Auer: Die Rolle der Russisch-Orthodoxen Kirche

Schriftenreihe zur internationalen Politik, Erich Reiter (Hg.)

Band 1 **Die Sezessionskonflikte in Georgien**, Böhlau 2009 ISBN 978-3-205-78325-1

Band 2 **Der Krieg um Bergkarabach – Krisen- und Konfliktmanagement in der Kaukasusregion,** Böhlau 2009 ISBN 978-3-205-78404-3

Band 3 **Konfliktmanagement in Zentralasien**, Böhlau 2010 ISBN 978-3-205-78565-1

Band 4 **Entwicklungsszenarien in Osteuropa – mit Schwerpunkt Ukraine**, Böhlau 2011 ISBN 978-3-205-78709-9

Band 5 **Problemlage und Lösungsansätze im Transnistrienkonflikt** Böhlau 2012 ISBN 978-3-205-78824-7

Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe
Reihe Studien

Klaus Becher	Die USA als Faktor des Konfliktmanagements in Georgien	September 2007
Erich Reiter	Die Einstellung der Österreicher zu der Sicherheits- und Verteidigungs politikund zur EU; Bewertung der Ergebnisse einer IMAS-Umfrage vom April 2007und anderer Erhebungen	Oktober 2007
Peter W. Schulze	Energiesicherheit – ein Europäischer Traum. Russland als Energiemacht	Oktober 2007
Heinz Gärtner	Die Zukunft der Rüstungskontrolle	November 2007
Klaus Becher	Ziel und Zweck der US-Raketenabwehr und die europäische Interessenslage	Dezember 2007
Andrei Zagorski	Die Kontroverse über amerikanische Raketenabwehr in Europa: Lösungsversuche in der Sackgasse?	Dezember 2007
Egbert Jahn	Optionen für die Politik der EU gegenüber Georgien und den De-facto-Staaten Abchasien und Südossetien	Dezember 2007
Erich Reiter	Die Einstellung der Österreicher zu Kernenergie, Klimawandel und Genforschung Auswertung u. Kommentierung der Ergebnisse einer Meinungsumfrage	Jänner 2008
Erich Reiter	Bewältigung sozialer Probleme und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit – Details einer Studie über „politische Denkmuster“ der Österreicher	Jänner 2008
Erich Reiter	Meinungsfreiheit – Details einer Studie über „Meinungsfreiheit in Österreich“	Februar 2008

Peter W. Schulze	Zieloptionen russischer GUS-Politik: Geopolitische Neuordnung des Sicherheits- und Kooperationsraumes oder vernachlässigte Konfliktzone?	März 2008
Oliver Ginthör **Martin Haselberger** **Sandra Schreiblehner**	Die steuerliche Entlastung des Mittelstandes zwecks besserer Vorsorgemöglichkeiten	März 2008
Stefan Pickl	Investitionsverhalten in internationalen Emissionshandelssystemen Ökologie und Ökonomie im Spannungsfeld des Kyoto-Protokolls	April 2008
Eugene Kogan	Sicherheitspolitik im Nahen Osten Israels Lehren aus dem Libanonkrieg – Russlands Rolle im Nahen Osten	Juni 2008
Urs Schöttli	China: Was hat sich seit 1976 ereignet?	August 2008
Hannes Adomeit **Peter W. Schulze** **Andrei Zagorski**	Russland, die EU und „Zwischeneuropa“ Drei Studien	Oktober 2008
Eugene Kogan	Military and Energy – Security Situation Around the Black Sea Area	November 2008
Gudrun Harrer	Souveränität und Nachkriegszeit: Der Irak nach dem Abschluss des Status of Forces Agreement mit den USA	Jänner 2009
Uwe Halbach **Peter W. Schulze** **Andrei Zagorski** **Eugene Kogan**	Machtpoker am Kaukasus Nachlese zum „Fünf-Tage-Krieg“ in Georgien im Sommer 2008 Vier Studien	Februar 2009
Peter W. Schulze **Andrei Zagorski**	Russische und europäische Energiepolitik im Zeichen der globalen Krise Die strategische Orientierung Russlands zu Europa?	Mai 2009
Hüseyin Bağcı	Changing Geopolitics and Turkish Foreign Policy	Juni 2009
Gerhart Wielinger	Überlegungen zum Thema Gestaltung der Verfassung im Hinblick auf die Sicherung einer rechtsstaatlichen und sparsamen Bewältigung von Staatsaufgaben	Juli 2009
Urs Schöttli	Wird der Westen auch weiterhin die Vorgaben für die künftige Gestaltung der Weltwirtschaft geben können?	August 2009
Erich Reiter	Liberale Gesinnung in Österreich – Auswertung einer IMAS-Umfrage	September 2009
Erich Reiter	Wie die Österreicher unser Wirtschaftssystem sehen – (IMAS-Umfrage)	September 2009
Eugene Kogan	Turkish-American Strategic Partnership versus Turkish-Russian Partnership without Strategy	Oktober 2009
Hannes Adomeit	Russland und Iran – Welche Ziele und Interessen verfolgt Russland? Wie verlässlich ist Russland, wenn es darum geht, Teherans Aufstieg zur Atommacht zu verhindern?	November 2009
Gustav C. Gressel **Eugene Kogan**	Missile Defence in Europe – Systems, Policies and Stategic Choices	März 2010
Erich Reiter	Freiheit und Religion – die Österreicher und der Islam Auswertung und Kommentierung der Ergebnisse einer Meinungsumfrage	Juni 2010
Erich Reiter	Das soziale Selbstportrait der Österreicher und wie und als was sie den Liberalismus sehen	Oktober 2010
Eugene Kogan **Eugene Kogan** **Vahap Polat**	Turkey’s Place and Role in Changing NATO Is Turkey torn between the European Union and the Middle East? Die Türkei unter Erdoğan	November 2010
Erich Reiter **Heinz Gärtner** **Gudrun Harrer**	Wie realistisch ist die Errichtung einer nuklearwaffenfreien Zone? Nuklearwaffenfreie Zonen und Österreich Die Fata Morgana einer Middle East Nuclear Weapon Free Zone	März 2011
Erich Reiter	Denkschrift zur Wehrpflichtdebatte	Juli 2011
Eugene Kogan	Armenia’s and Georgia’s Security Agenda	Juli 2012
Egbert Jahn	Strukturen von Konflikt und Kooperation im Osten Europas	August 2012